

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN, SOZIALISTEN UND ANDERE LINKE

Frieden statt Völkermord!

Am Abend des 15. Februar berichteten das „Heute-Journal“ und die „Tages-themen“ über den Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) beim russischen Präsidenten in Moskau. Beide Sendungen wurden mit derselben Passage aus der Erklärung, die Scholz nach den Gesprächen mit Wladimir Putin in der gemeinsamen Pressekonferenz

Was ARD und ZDF nicht sendeten, war Putins Reaktion auf die Formulierung „undenkbar“. Das russische Staatsoberhaupt meinte, er gehöre auch zu den Menschen der Generation von Scholz, die sich „nur schwer vorstellen können, daß es in Europa einen Krieg geben wird“, und fuhr fort: „Aber wir haben doch bereits Krieg in Europa erlebt. Dieser Krieg wur-

es ist „unser“ Protektorat, und wenn alle Länder der Region Mitglieder von NATO und EU sind, herrscht „Frieden“.

„Völkermord“ war 1999 eine Lüge und ist es bis heute. Der imperialistische Zweck allerdings ist in der Ukraine derselbe wie damals: Das Land soll Mitglied von NATO und EU werden. Nur stehe das, fügte Scholz in Moskau hinzu, weder in seiner Amtszeit noch in der Putins, von der er nicht wisse, wie lange sie dauere, zur Debatte. Offenbar weiß Scholz schon, wie lange er Kanzler bleibt.

Putin unterbrach ihn daraufhin und sagte: „Gestatten Sie mir, folgendes nachzuschieben: Nach unserer Einschätzung ist es so, daß das, was im Donbass geschieht, heute Völkermord ist.“ Da schwieg der Kanzler.

Am Tag zuvor trafen die ersten zusätzlichen Bundeswehrsoldaten zur Stärkung der „Schnellen Eingreiftruppen“ der NATO in Litauen ein. Insgesamt will die Scholz-Regierung 350 weitere Soldaten und etwa hundert Militärfahrzeuge in das Land zwischen dem russischen Gebiet Kaliningrad und Belarus entsenden. 550 deutsche Soldaten von etwa 1200 NATO-Soldaten sind bereits ständig an dieser Grenze zu Rußland stationiert.

Der Scholz-Auftritt hat gezeigt, mit was Rußland es zu tun hat: ruhige Sprache, versteckte Lügen und in der Realität militärischer Vormarsch. Das geht seit mehr als 30 Jahren so. Rußland hat zwar Gespräche erzwungen und Friedensvorschläge gemacht – wie es weitergeht, ist offen.

Arnold Schözel



Es gab 1999 einen Krieg in Europa: Die NATO bombardiert Belgrad

abgab, eröffnet. Sie galt offenbar als besondere Nachricht und lautete: „Für meine Generation ist Krieg in Europa undenkbar geworden, und wir müssen dafür sorgen, daß das so bleibt. Es ist unsere verdamnte Pflicht und Aufgabe als Staats- und Regierungschefs, zu verhindern, daß es in Europa zu einer kriegerischen Eskalation kommt.“

Das klang vernünftig und unterschied sich deutlich von der Hetze, mit der z. B. US-Präsident Joseph Biden und der weit überwiegende Teil der deutschen Presse einschließlich ARD und ZDF in den vergangenen Monaten einen Krieg in der Ukraine herbeigeredet hatten.

Aber in der Scholz-Äußerung steckte eine Lüge, die zur Kriegspropaganda des Westens gehört. Zwei Tage zuvor hatte z. B. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier nach seiner Wiederwahl ganz ähnlich behauptet: „Die Abwesenheit von Krieg auf unserem Kontinent war uns zur Gewohnheit geworden – geschützt von Freunden, in Frieden mit den Nachbarn, seit über dreißig Jahren wieder-vereint.“ Steinmeier schob Rußland die Verantwortung dafür zu, daß nun Krieg drohe.

de von der NATO gegen Jugoslawien entfesselt. Das war eine großangelegte militärische Operation mit Raketen- und Bombenangriffen gegen eine der europäischen Hauptstädte, gegen Belgrad. Das gab es doch schon, und zwar ohne daß der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen das irgendwie genehmigt hat.“ Scholz, der 1999 während des NATO-Luftkrieges SPD-Kreisvorsitzender in Hamburg-Altona war und den Angriffskrieg befürwortete, fühlte sich durch Putins Bemerkung herausgefordert. Er antwortete: „Ich will gerne noch einmal sagen, daß ich glaube, daß es in Jugoslawien eine etwas andere Situation gab. Es gab die Gefahr eines Völkermordes. Das mußte verhindert werden. Ich bin froh, daß wir mittlerweile eine friedliche Entwicklung haben und daß die Länder des Balkans alle jeweils aus sich heraus eine eigene Perspektive in Richtung der Europäischen Union gefunden haben. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen.“

Im Klartext: Die Bundeswehr hat zwar auch 23 Jahre nach dem ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945 im Kosovo ein Kontingent stationiert, aber das ist ein gutes Zeichen. Denn

Aus dem Inhalt



NATO-Osterweiterung	2
In großer Sorge	3
Die Russen kommen	4
Krieg mit der Ukraine?	5
Spiel mit Kriegsgedanken	6
Militärpolitische Balance	8-11
60 Jahre Blockade gegen Kuba	12
Zur Lage in Kasachstan	13
Klassenkampf im Suda	15
Wahlergebnisse Portugal	17
Befreiungskämpfe im „Land der Reife“	18
PDL in Berlin	19
Wissenschaftliche Weltanschauung	23
Dialog zwischen Christen und Marxisten	25
Gedrucktes in der DDR	27
Justiz in der BRD	29
Olympia in Peking	30
Leserbriefe	33-35

NATO-Expansion? Niemals ...

Unmittelbar nach dem vermeintlichen Ende des Kalten Krieges wurden in den USA intensive Überlegungen angestellt, wie auf die neue Situation zu reagieren sei. Vor diesem Hintergrund gab der damalige US-Verteidigungsminister Dick Cheney ein Papier in Auftrag, das die Ausarbeitung einer künftigen US-Globalstrategie zum Inhalt haben sollte. Unter Aufsicht seines Unterstaatssekretärs für Verteidigung, Paul Wolfowitz, wurde das Dokument dann von Lewis Libby und Zalmay Khalilzad verfaßt, alles Personen, die vor allem in der späteren Bush-Administration noch einmal führende Rollen einnehmen sollten.

Heraus kam mit dem „Defence Planning Guidance“ (auch: „No-Rivals-Plan“) ein Katalog von Maßnahmen, wie die US-Vorherrschaft in der Welt dauerhaft zu zementieren sei: „Unser erstes Ziel ist, den (Wieder-)Aufstieg eines neuen Rivalen zu verhüten, sei es auf dem Gebiet der früheren Sowjetunion oder anderswo, der eine Bedrohung der Größenordnung darstellt, wie früher die Sowjetunion. Das ist die beherrschende Überlegung, die der neuen Verteidigungsstrategie für die Region zugrunde liegt. Wir müssen versuchen zu verhüten, daß irgendeine feindliche Macht eine Region dominiert, deren Ressourcen – unter gefestigter Kontrolle – ausreichen würden, eine Weltmachtposition zu schaffen. (Dies bedeutet) die hochentwickelten Industrieländer von jedem Versuch abzuhalten, unsere Führungsrolle in Frage zu stellen oder die bestehende politische und wirtschaftliche Ordnung umzustürzen (und) die Mechanismen aufrechtzuerhalten, um möglichen Konkurrenten alle Hoffnung auf eine größere regionale oder globale Rolle zu nehmen.“

Cheney stellte sich anschließend voll und ganz hinter die Thesen von Wolfowitz und Co. und bügelte einen deutlich moderateren Alternativentwurf des damaligen Generalstabschefs Colin Powell nieder. Seither gilt es als nahezu unbestritten, daß die Kernthesen des No-Rivals-Plans fortan die US-amerikanische Politik bestimmten.

Folgerichtig wurde hieraus unter anderem eine Politik zur gezielten Einkreisung und Schwächung Rußlands abgeleitet, wie der private Nachrichtendienst „Strategie Forecast“ (Stratfor), dem beste Kontakte zur CIA nachgesagt werden, nüchtern konstatiert: „Nach dem Fall der Sowjetunion startete der Westen eine geopolitische Offensive in Rußlands Hinterhof und war dabei überaus erfolgreich.“

Als wesentliches Instrument dieser geopolitischen Offensive wurde die NATO auserkoren, was aber zwingend erforderte, die – als faktische Gegenleistung für die Beendigung des Kalten Krieges – dem damaligen sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow gegebene Zusage zu brechen, keine Erweiterung des Bündnisgebietes nach Osten vorzunehmen. Da es sich hierbei um einen der wichtigsten

russischen Kritikpunkte handelt, sind die damaligen Vorgänge heute wieder Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen. Dabei wird teils mit allerlei spitzfindigen Argumentationsketten versucht, diesen eklatanten Vertrauensbruch vom Tisch zu wischen. Ausgangspunkt ist zunächst einmal folgendes, eigentlich nur schwer fälschlich zu interpretierendes Gespräch: „Als US-Außenminister James Baker bei KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 8. Februar 1990 um dessen Zustimmung für den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands in der NATO warb, versicherte Baker, es werde ‚keine Ausweitung der gegenwärtigen NATO-Jurisdiktion nach Osten geben‘. Gorbatschow setzte nach: ‚Jede Erweiterung der Zone der NATO ist unakzeptabel.‘ Bakers Antwort: ‚Ich stimme zu.‘“

Später argumentierte Baker, seine Sätze hätten sich lediglich auf das Gebiet der damaligen DDR bezogen, weshalb sie keine generelle Absage an eine Erweiterung der NATO gewesen seien. Das ist allerdings alles andere als glaubhaft, trat doch der damalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher am 2. Februar 1990 zusammen mit James Baker vor die Presse und beschrieb das Ergebnis ihres Gesprächs wie folgt: „Wir waren uns einig, daß nicht die Absicht besteht, das NATO-Verteidigungsgebiet auszudehnen nach Osten. Das gilt übrigens nicht nur in bezug auf die DDR (...), sondern das gilt ganz generell.“ Aus einem lange Zeit geheimen Aktenvermerk geht zudem hervor, daß dies auch genau die Aussage war, die in Gesprächen später im Februar 1990 der sowjetischen Seite übermittelt worden war: „Demnach sagte Genscher im Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse, ‚der Bundesregierung sei bewußt, daß die Zugehörigkeit eines vereinten Deutschlands zur NATO komplizierte Fragen aufwerfe‘. Für sie stehe aber fest: Die NATO werde sich nicht nach Osten ausdehnen.“

Allerdings wurde das Thema dann in den weiteren Verhandlungen nicht mehr angesprochen, und es gab wohl tatsächlich danach keine formale Zusage mehr, das Bündnisgebiet nicht zu erweitern. Westlicherseits wird nun argumentiert, hierdurch seien auch die Aussagen aus dem Februar 1990 gegenstandslos geworden: „Niemals wird laut den Quellen in jener entscheidenden Verhandlungsphase aber die Nichterweiterung der NATO nach Osten erwähnt. Wenn Gorbatschow sich wirklich auf die Gespräche hierzu vom Februar verlassen hätte, dann hätte er das Thema in dieser Zeit noch einmal vorbringen müssen. Er tat es nicht. Im Juli 1990 willigte er in die Vollmitgliedschaft eines vereinten Deutschland in der NATO ein. Zweifellos kann dieses Versäumnis Gorbatschows als geopolitische Dummheit allerersten Ranges bezeichnet werden, und über die Gründe hierfür läßt sich nur spekulieren. Allerdings belegen Aussagen Gorbatschows, daß er augenscheinlich von

der Gültigkeit der Zusagen ausging und die später einsetzende NATO-Realpolitik eindeutig als Bruch der damaligen Übereinkünfte bewertete: „Die Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die NATO nach Osten auszudehnen, wurde im Jahr 1993 gefällt. Ich habe dies von Anfang an als einen großen Fehler bezeichnet. Es war definitiv eine Verletzung des Geistes der Stellungnahmen und Versicherungen, die uns gegenüber 1990 gemacht wurden.“

Tatsächlich wurde die Idee, die NATO in Richtung des früheren „Ostblocks“ zu erweitern, schon 1993 vom damaligen deutschen Verteidigungsminister Volker Rühe in die Debatte eingespeist. Ein Jahr darauf hat man das Programm „Partnerschaft für den Frieden“ aufgelegt, mit dem vor allem Länder des Warschauer Vertrages schrittweise an das Bündnis herangeführt werden sollten. Daraufhin wurden Polen, Ungarn und die Tschechische Republik im Jahr 1997 formell zum NATO-Beitritt eingeladen, der am 12. März 1999 offiziell erfolgte. Fast zeitgleich begann die NATO mit ihrem Angriffskrieg gegen Jugoslawien – ein drastischer Völkerrechtsbruch, da er ohne Mandat des UN-Sicherheitsrates und damit am russischen Vetorecht vorbei durchgeführt wurde. Auch danach ging es Schlag auf Schlag weiter: Im November 2002 fiel die zwei Jahre später umgesetzte Entscheidung, weitere sieben Staaten, darunter Estland, Lettland und Litauen, auch ehemalige Unionsrepubliken der Sowjetunion, ins Bündnis aufzunehmen – und zwar obwohl Moskau dies stets als „rote Linie“ bezeichnet hatte, die keinesfalls überschritten werden dürfe.

Mit großer Sorge beobachtet Moskau zudem seit langem die NATO-Raketenabwehrpläne, in denen es – nicht ohne Grund – einen gezielten Versuch sieht, das russische Zweitschlagpotential zu neutralisieren. Ab 2003 setzten dann noch die „bunten Revolutionen“ ein, bei denen in Moskau unmittelbarer Nachbarschaft pro-russische durch pro-westliche Machthaber ersetzt wurden. Dazu gehörten insbesondere die vom Westen teils maßgeblich unterstützten Umstürze in Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgisien (2005).

Zusammengenommen bildeten diese Maßnahmen eine kritische Masse, die zur Folge hatte, daß in Rußland ein grundlegender Kurswechsel eingeleitet wurde, um der als feindlich empfundenen NATO-Expansionspolitik eigene Schritte entgegenzusetzen.

Jürgen Wagner

Redaktionell geringfügig bearbeitet

Aus: Jürgen Wagner, Expansion – Assoziation – Konfrontation: Europas Nachbarschaftspolitik, die Ukraine und der neue Kalte Krieg gegen Rußland

In großer Sorge

Unser Leser Dr. Rolf Funda aus Staßfurt wandte sich in großer Sorge um die immer weiter eskalierende Situation im Ukraine-Konflikt am 19. Dezember 2021 mit einem Brief an den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich, den wir hier abdrucken. Er schrieb:

Sehr geehrter Herr Mützenich!

Mit Genugtuung habe ich Ihre wiederholt mahnenden Worte zum Konflikt mit Rußland gelesen. Ich bin zwar kein Wähler Ihrer Partei, freue mich aber sehr, daß Sie als maßgeblicher Politiker dieses Landes mehr Zurückhaltung bei der aufgeheizten Stimmung gegenüber Rußland einfordern. Ich habe große Angst, daß wir in einen Krieg hier - mitten in Europa - reinschlitzen, bei dem es dann kein Halten mehr gibt, wie es auch keine Sieger geben wird. Ich bin zwar bereits 81 Jahre alt und habe mein Leben gelebt, aber ich habe Kinder, Enkel und Urenkel und die haben ihr Leben ja noch vor sich.

Die Stimmung gegen Rußland, diesen Russenhaß, kann ich nicht nachvollziehen. Ich erinnere mich noch gut an Putins Auftritt 2002 vor dem Deutschen Bundestag, wo er geradezu darum gebettelt hatte, die Russische Föderation als Teil Europas anzuerkennen und gemeinsam ein europäisches Haus aufzubauen. Diese Worte, auch seine Mahnungen 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz, sind antwortlos verhallt. Dagegen wurde Rußland immer stärker eingekreist. Jetzt befindet sich die NATO unmittelbar vor den Toren Petersburgs und es wird dort weiter aufgerüstet. Denken Sie an die amerikanischen Raketen in Polen und Rumänien, die angeblich gegen iranische Angriffe gerichtet waren, denken Sie an die zahlreichen Manöver dicht an den Grenzen Rußlands. Tagtäglich sind alle Medien voll von Haß auf Rußland. Nawalny ist ein Held, aber Assange ein Kriegsverbrecher. Rußland und China werden Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt und Guantanamo wird totgeschwiegen. Diese Palette ließe sich endlos fortsetzen.

Die EU hat 2013 die unsägliche Situation in der Ukraine erst heraufbeschworen, wo doch jeder einigermaßen in der Historie bewanderte Mensch wußte, daß es dieses Land zerreißen würde, wenn man es zwingen würde, sich für Ost oder West zu entscheiden. Dieses große Land besteht nun mal aus einem europafreundlichen Teil im Westen mit alten Bindungen zu Österreich/Ungarn, zu Polen und zu Westeuropa, einem Landesteil, der katholisch geprägt ist und zu einem erheblichen Teil der Sowjetunion erst nach 1945 zugeschlagen worden ist. Faschistische Horden verübten dort 1941 bereits schlimme Exzesse gegen Juden, Polen und Russen, noch ehe die deutsche Wehrmacht das Land richtig besetzt hatte.

Und es gibt einen russischsprachigen Osten mit russisch-orthodoxer Prägung, der bis in die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts noch zu Rußland gehörte und erst unter Stalin der Ukraine zugeschlagen worden ist. Es war doch zu erwarten, daß jede Entscheidung eines Entweder – Oder zu einem Bürgerkrieg führen mußte. Sie wissen, welche Unterstützung die Maidanleute von den USA und der EU erfahren haben, logistisch, finanziell und militärisch. Daß unter Vermittlung der französischen, deutschen und russischen Regierung eine Vereinbarung mit dem Maidan getroffen worden war, die Opposition an der Regierung zu beteiligen und Neuwahlen vorzuziehen. Die rechten und faschistischen Kräfte haben noch in der Nacht – die Tinte unter der Vereinbarung war noch gar nicht trocken – den demokratisch gewählten Präsidenten aus dem Amt gejagt. Der Westen, auch Deutschland, hat die Putschregierung augenblicklich anerkannt. Führende Politiker, auch Ihrer Partei, haben ausgewiesene Faschisten in der neuen Regierung hofiert und herzlich umarmt.

Was haben die Menschen im Osten der Ukraine gemacht? Dasselbe wie vorher die im Westen, nur mit umgekehrten Vorzeichen: Sie haben die Rathäuser besetzt und die Regierung übernommen. Die Putschregierung hat Soldaten mit Panzern, Flugzeugen und Kanonen gegen diese Aufständischen in Marsch gesetzt und dabei viele Menschen umgebracht. Ich sehe heute noch die Frauen und Männer in Mariupol, wie sie mit bloßen Händen versucht haben, die Panzer aufzuhalten. Solche Aktionen gab es in zahlreichen Städten des Ostens. In weiten Teilen des Donbass hat die Armee gesiegt. Aber weit im Südosten haben sich die Aufständischen erfolgreich zur Wehr gesetzt, ganz sicher auch unterstützt von zahlreichen Freiwilligen aus Rußland und von anderswo und haben ihr Land gehalten. Jetzt gibt es dort zwei nicht anerkannte Volksrepubliken mit mehr als 3,5 Millionen Menschen. Und es gibt seit fast acht Jahren dort Krieg.

Das Minsker Abkommen, das maßgeblich von Deutschland und Frankreich initiiert worden ist, sieht vor, daß in der ukrainischen Verfassung dieses Gebiet einen Sonderstatus erhält, daß die Kiewer Regierung mit den in diesen Gebieten die Macht Ausübenden verhandelt und daß die an diesem Konflikt auf beiden Seiten Beteiligten amnestiert werden sollten. Keiner dieser Punkte wurde von Kiew erfüllt. Der geringste Versuch von Selensky, auch nur ansatzweise Minsk umzusetzen, hatte sofort wütende Reaktionen der rechten Bataillone zur Folge, sodaß auch Selensky nur noch auf Krieg setzt. Die ukrainische Armee wurde vom Westen bis an die Zähne bewaffnet und von Tausenden Spezialisten der NATO ausgebildet. Allein die USA haben Rüstungsgüter im Wert von 3,5 Milliarden Dollar geliefert. Die türkischen Drohnen, die schon den Krieg im

Berg-Karabach-Konflikt entschieden haben, finden sich jetzt an der Kontaktlinie zu den abtrünnigen Gebieten. Dazu kommen mehr als 12 500 Soldaten und schwere Technik auch in Gebieten, die laut OSZE dort verboten ist.

Bereits im letzten Frühjahr bestand die Gefahr, daß die Soldaten losmarschieren würden, und nur der Aufmarsch der russischen Truppen hat die Hitzköpfe damals beruhigt. Dieser gewaltigen Übermacht hatten die Soldaten der Volksrepubliken wahrscheinlich nichts entgegenzusetzen. Jetzt nun der neue Truppenaufmarsch und das tägliche Aufstacheln der Kiewer Regierung durch die USA, Polen, die baltischen Staaten, aber auch durch Politiker Deutschlands, vornehmlich von der Außenministerin und Herrn Röttgen von der CDU.

Für mich ist klar, daß es zu tausenden Toten käme, würde es dort Krieg geben, und daß Rußland sich einmischen würde, denn vor allem wegen dieses drohenden Szenariums stehen die russischen Verbände in der Nähe des zu erwartenden Kriegsgebietes.

Sehr geehrter Herr Mützenich, machen Sie Ihren bedeutenden Einfluß geltend, damit unser Land nicht zu einem Vorreiter eines Krieges wird. Der Bundeskanzler hat die Richtlinienkompetenz, er muß Frau Baerbock zurückpfeifen, um der Erhaltung des Friedens willen und auch, weil Deutschland eine besondere Verantwortung gegenüber den russischen Menschen hat.

Es muß verhandelt werden, dazu gibt es keine vernünftige Alternative!

Dr. Rolf Funda
Staßfurt

In seinem Antwortschreiben vom 4. Januar erklärte der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Dr. Rolf Mützenich:

„Ich stimme Ihnen vollkommen zu, daß einseitige Schuldzuweisungen und Schwarz-Weiß-Malerei in der gegenwärtigen Situation nicht zu einer Entspannung der Lage zwischen der Ukraine und Rußland beitragen.

Richtigerweise weisen Sie auf Fehler der NATO in den 2000er Jahren hin, ohne die die heutige Situation nicht zu erklären ist. Gleichzeitig müssen wir natürlich auch immer wieder ganz deutlich betonen, daß Grenzverletzungen in keiner Weise akzeptabel sind und harte Konsequenzen nach sich ziehen müssen.

In ernsthaften Gesprächen muß jetzt zwischen Rußland, den USA, aber auch den Europäern alle Energie für eine friedliche Lösung eingesetzt werden.“

Die Russen kommen! – Aber wo bleiben sie denn?

Das „Digitale Wörterbuch der deutschen Sprache“ definiert das Wort „zunehmend“ als partizipiales Adjektiv. Wir sprechen vom zunehmenden Mond. Er nimmt für das menschliche Auge jeden Tag so lange zu, bis er ein Vollmond ist. Anschließend ist er ein abnehmender Mond. Anders verhält es sich im Umgang mit Rußland. NATO, USA und EU beklagen mittlerweile schon seit Monaten einen Aufmarsch russischer Truppen in Grenznähe zur Ukraine. Obwohl sich deren Anzahl seit Monaten überhaupt nicht verändert hat, nimmt in ihren Analysen das Wort „zunehmend“ einen Platz in der ersten Reihe ein. Dies allerdings immer nur in Verbindung mit „aggressiv“, „Aggressivität“ und „Feindseligkeit“, bezogen auf Rußland. Die für die Meinungsbildung im „Wertewesten“ Zuständigen sind wahrlich nicht zu beneiden. Jeden Tag müssen sie das immer gleiche Bild eines bevorstehenden russischen Überfalls auf die Ukraine reproduzieren. Der britische Premierminister Boris Johnson gibt in der Nachfolge Tony Blairs den Pudel 2.0 des US-amerikanischen Präsidenten und faselt über einen angeblich in Planung befindlichen Blitzkrieg Rußlands gegen die Ukraine. All das wird mit dem Wort „zunehmende Aggressivität“ ausgeschmückt. Das einzige allerdings, was seit Monaten zunimmt, sind die vom NATO-Regime ausgehenden Versuche, den Menschen den Glauben an einen baldigen bzw. unmittelbar bevorstehenden russischen Überfall auf die Ukraine einzuschärfen. Die so heraufbeschworene Kriegsgefahr wird begleitet von Sanktionsdrohungen noch nie dagewesener Art und tatsächlich zunehmenden Waffenlieferungen an die Staaten Osteuropas. Angefangen von der neuen Juso-Vorsitzenden bis hin zum US-Präsidenten müssen alle in politischer Verantwortung Stehenden bei jeder sich bietenden Gelegenheit beweisen, daß beim Thema Rußland ihre bedingten Reflexe funktionieren. Einer besteht aus dem Satz: „Für den Fall, daß Rußland die Ukraine überfällt, wird Nordstream 2 nicht in Betrieb genommen.“ Wer also benutzt Gas wirklich als Waffe? Vor der Handhabung derselben sollte aber dringend gewarnt werden. Allzu leicht könnte man sich dabei ins eigene Knie schießen.

Wirklich zu bedauern sind auf russischer Seite Marija Sacharowa, die Sprecherin des Außenministers, und Dmitri Peskow, Pressesprecher des Präsidenten, sowie ihre jeweiligen Vorgesetzten, Sergej Lawrow und Wladimir Putin. Sie sehen sich gezwungen, tagein tagaus zu verkünden, daß sie nicht im Traum daran denken, das Nachbarland einzukassieren. Doch „manchmal kommt es anders, als man denkt“, heißt es in einem Schlager. Zur Überraschung aller hat nämlich der ukrainische Präsident in dieser überhitzten Situation für erhebliche Irritationen in der NATO gesorgt. Wolodymyr Selenskyj warf ausländischen Journalisten bei einer Pressekonferenz Ende Januar Panikmache vor. Von einer größeren Kriegsgefahr als

noch vor einem Jahr könne keine Rede sein, sagte er und verblüffte seine Zuhörer mit der Frage: „Fahren bei uns etwa Panzer auf den Straßen herum?“ Mit dieser Frage blamierte er nicht nur den Pudel in London, sondern auch die eigene Militäraufklärung, die noch für Ende Januar einen russischen Einmarsch prognostiziert hatte. Grundlage dieser Äußerungen des Präsidenten ist die prekäre wirtschaftliche Lage im Land. Die Kriegshysterie führe zur Panik auf den Märkten und im Finanzsektor,



stellte er fest, mache also seinem ökonomisch ohnehin schwachen Land zu schaffen. Umgerechnet hätten ausländische Investoren bereits mehr als elf Milliarden Euro abgezogen. Die Inflation sei schon jetzt im zweistelligen Bereich ... Allerhöchste Zeit, um zu Vernunft zu kommen. Schön wäre es! Ich selbst bin auch überzeugt, daß weder in Brüssel oder Berlin noch in Washington ein Krieg (der ja nur ein atomarer sein würde) in Erwägung gezogen wird. Aber das ist nicht der entscheidende Punkt. Denn: Wenn eines Tages die Blase platzt, muß die Kriegsrhetorik nur neu justiert werden. Der Imperialismus hätte den Begriff nicht verdient, wenn er seine schützende Hand denjenigen entziehen wollte, die er zu ihrem Glück gezwungen hat bzw. zwingen will. Man wird sagen: Wir haben dem russischen Präsidenten die (Folter-)Werkzeuge gezeigt, für den Fall, daß er es darauf angelegt haben sollte, die Ukraine zu überfallen. Hat Putin verstanden? Gewiß, aber anders interpretiert. Der russische Präsident weiß, daß sich „die NATO bemüht, die Ukraine technisch und militärisch zu erschließen“ (Sergej Netuschajew, russischer Botschafter in Deutschland). Aber Putin weiß auch, daß die Ukraine nur eine Speiche im großen Rad ist. Doch diese kann, wenn sie wegbricht, schnell andere Brüche nach sich ziehen und das Vorwärtstommen erschweren, sofern man nicht schnell für eine Reparatur sorgt. Doch dem in den (Fälscher-) Werkstätten tätigen Personal fiel nichts anderes ein, als in Werkzeugkästen zu wühlen, die mit den Etiketten „Überfall auf den Sender Gleiwitz (1939)“, „Tonkin-Zwischenfall (1964)“ oder „Rechtfertigung des Irakkriegs (2003)“ versehen sind. Alle Lügen wurden entlarvt, allerdings jeweils mit einiger Zeitverzögerung. Das hindert aber anscheinend die Verantwortlichen

nicht daran, es erneut zu versuchen. Denn (frei nach Wilhelm Busch) ist der Ruf erst ruiniert, lügt sich's völlig ungeniert. Den neusten Schrei aus Washington zu kommentieren, ist schon fast eine Zumutung. Demnach würde Rußland einen vorgetäuschten Angriff durch als ukrainische Militär- und Geheimdienstkräfte Kostümierte gegen russisches Hoheitsgebiet oder russischsprachige Menschen als Vorwand für eine Invasion in die Ukraine planen. Die Halbwertzeiten der oben genannten Lügen waren um einiges länger. Deshalb mußten sich die hiesigen Leitmedien beeilen, ihren Leserinnen und Lesern den Unfug aufzutischen, bevor er sich als ein solcher herausstellte. Daß sie es aber überhaupt getan haben, zeigt, daß sie mit ihren selbstgesetzten Qualitätsansprüchen zugunsten einer von antirussischer Hysterie erfüllten Berichterstattung den Grund des Mariannengrabens erreicht haben. Die russische Botschaft verhielt sich – wie soll man es nennen – ausgesprochen nobel, als sie diese Verdächtigung mit dem Wort „kreativ“ geadelt hat.

In einem Artikel schreibt Rainer Rupp (früher einer der „Kundschafter des Friedens“ bei der NATO und heutiger Publizist): „Die antirussische Hetze, die aus den Mainstream-Medien der USA zu uns herüberschwappt und hier von scharfgestellten transatlantischen Blättern nachgeplappert wird, erinnert an eine Episode aus den Anfängen des amerikanischen Imperiums. Nach dem Motto: ‚Du lieferst die Bilder, ich liefere den Krieg‘ gelang es im Jahr 1892 einem mächtigen amerikanischen Zeitungsmogul, den langersehnten US-Krieg gegen Spanien in die Wege zu leiten.“ Ja, die Bilder spielen heute, spätestens seit dem Irak-Krieg, eine noch viel wirkmächtigere Rolle als vor 130 Jahren. Nicht nur deshalb macht sich die Führung in Moskau auch keine Illusionen und weiß, ebenso wie die chinesische, daß der „Wertewesten“ nicht eher rasten und ruhen wird, bevor sich nicht alle Staaten seinem Verständnis einer „regelbasierten Ordnung“, genauer: seiner Gesinnungsdiktatur, unterworfen haben. Ihre Methoden überschreiten zwar mehr und mehr alle Gesetze der Logik, und ihre Urheber verweigern sich im Gleichschritt jeder halbwegs rationalen Debatte, weshalb die hochgepeitschte Kriegshysterie wohl so bald nicht abflauen wird. Interessant ist aber doch am Beispiel der Ukraine, daß die Schnittmengen zwischen Nationalismus und Imperialismus manchmal Bruchstellen aufweisen können, die nicht immer verborgen bleiben.

„Inakzeptabel“, ein Wort, das der eindimensional denkende bisherige NATO-Generalsekretär Stoltenberg gern benutzt, wenn er mit Vorschlägen aus Rußland für die von dort geforderten Sicherheitsgarantien konfrontiert wird. Stimmt! Sie können in der Tat nicht in Einklang mit den imperialen Zielen des NATO-Blocks gebracht werden. Deshalb bleibt die von ihm ausgehende Kriegsgefahr ein bestimmendes Element seiner DNA.

Hans Schoenefeldt

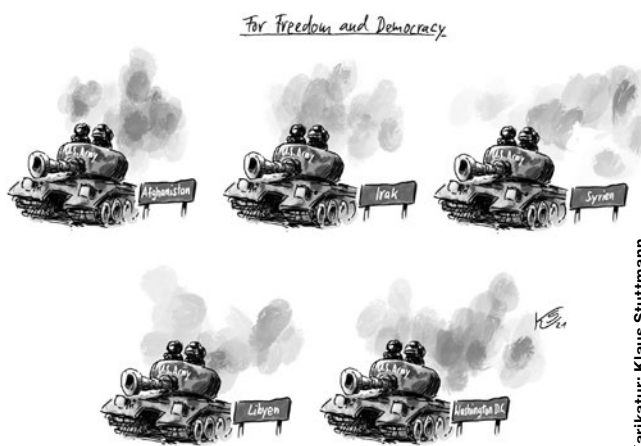
Wollen die Russen Krieg mit der Ukraine?

Um uns herum nur noch Kriegsgeschrei: Die Russen wollen die Ukraine überfallen! Im Internet kursieren Bilder, die bezeugen sollen, wie Rußland an den Grenzen Truppen zusammenzieht und den Angriff vorbereitet. Es sind aber nur Fotos von übenden Truppen auf Übungsplätzen oder in Dislozierungsräumen. Da wird geplant, das Botschaftspersonal der USA und anderer Staaten aus Kiew zu evakuieren. Da ruft der Bürgermeister von Charkow die Bevölkerung auf, tapfer die Stadt zu verteidigen, wenn die Okkupanten sie einnehmen wollen. Der Gipfel der Kriegshysterie und diplomatischen Fehlverhaltens war der Auftritt des ukrainischen Botschafters Melnyk am 25. Januar, der Waffenlieferungen aus Deutschland an die Ukraine geradezu einforderte. Wozu? Werden sie gebraucht, einen Krieg Kiews gegen die Republik Donbass und Lugansk vorzubereiten, um diesen dann Putin in die Schuhe zu schieben?

Alle Erklärungen des Präsidenten der Russischen Föderation, des Außenministers, des Verteidigungsministers und seiner Generäle, nie die Absicht zu haben, einen Krieg gegen die Ukraine zu führen, verhalten. Der Generalstabschef der Streitkräfte Gerasimov und der Stellvertretende Minister für Verteidigung Fomin informieren regelmäßig die ausländischen Militärattachés über die Handlungen der russischen Truppen in den Ausbildungshalbjahren. Außerdem berichten die Befehlshaber der Militärbezirke ständig über die geplanten Übungen und Manöver ihrer Truppen. Bekannt sind allen, die es wissen wollen, die Stärke der russischen Armee, ihre Dislozierungsräume, Übungsplätze und auch das russische Ausbildungssystem. Die russische Armee ist eine Berufsarmee mit ca. 1,01 Millionen aktiven Soldaten und knapp einer Million Zivildiensttuenden. An diesem Umfang hat sich nichts geändert. Weniger als ein Drittel des Unteroffiziers- und Soldatenbestandes sind Wehrpflichtige. Die Armeen der Militärbezirke (MB) sind außerdem auch unterschiedlich aufgefüllt und besitzen keine Kriegsstärke. So haben z. B. im südlichen MB die 150. MSD der 8. Armee nur zwei MSR, kein Panzerregiment (PR). Die 49. Armee nur Brigadestruktur. Die MSD auch im westlichen MB nur zwei MSR. Ohne Mobilmachung und ohne Schaffung einer Angriffsgruppierung, also Bereitstellung der Truppen, getarnt, auseinandergedrungen in Bereitstellungsräumen für einen Angriff einen Krieg führen zu wollen, wäre nicht nur mehr als riskant, sondern tatsächlich Unsinn. Das wissen auch die westlichen Militärs.

Interessant ist, daß diese Kriegshysterie von höheren westlichen Militärs nicht unterstützt wurde. Sie müssen das ja in erster Linie wissen, dafür sind sie da. Dafür haben sie in Moskau ihre Militärattachés, die ständig informiert sind, die wissen, ob Rußland einen Krieg vorbereitet. Diesbezüglich war bisher nichts zu vernehmen, bis der Inspekteur der Bundesmarine, Vizeadmiral Schönbach, wohl

„unbedacht“ sagte, daß die unterstellte Kriegsabsicht Rußlands „Nonsens“ ist. Und wie General a.D. Kujat bestätigte, hat er ja nichts falsches gesagt, sondern nur die Meinung der Amerikaner vertreten, nämlich daß es um die Ostukraine und die Krim keinen großen Krieg geben wird. Warum auch sollte Rußland die Ukraine okkupieren wollen? Das Land ist seit



Karikatur: Klaus Stuttmann

2014 politisch und wirtschaftlich kaputt gespielt worden. Die einstige starke Wirtschaft, vor allem die starke Verteidigungsindustrie gibt es nicht mehr. Den Ton geben Nazis an, die Nachkommen der Banderas. Es wird von der EU und den Amerikanern nur als Drohgebärde gegen Rußland am Leben gehalten. Seit 2014 wurden über 17 Milliarden Euro hineingepumpt, um die Armee aufzubauen. Ein Krieg um die Ukraine wäre also für Rußland politisch, ökonomisch und militärisch nur ein Verlust. Politisch würde sich Rußland selbst ins Abseits stellen, ökonomisch wäre es mehr als ein Verlustgeschäft, besser gesagt, nicht zu bezahlen und militärisch zwar schnell einzunehmen, aber die Ukraine wäre auf Dauer nicht zu gewinnen.

Betrachten wir die Situation wie sie wirklich ist: Die NATO verstärkt ihre Truppenpräsenz und ihre Manöverfähigkeit an den Grenzen Rußlands, schickt Schiffe ins Schwarze Meer und in die Ostsee, erhöht ihre Aufklärungsflüge an Rußlands Grenzen, baut die ukrainische Armee weiter aus, stationiert Spezialeinheiten der NATO im Land und rüstet die ukrainische Armee mit neuen Waffen und Munition aus. Wen wundert es da, wenn Rußland seinerseits seine Truppen in den Militärbezirken zu Ausbildungsmaßnahmen auf eigene Übungsplätze verlegt, Kompanie- und Bataillonsübungen, Alarmüberprüfungen und Truppenverlegungen durchführt. Das können sie, weil die Armee eine Berufsarmee ist und ein dementsprechendes Ausbildungssystem dafür hat. Das geschieht aber, mehr als 100 Kilometer von der ukrainischen Grenze entfernt, alles auf ihrem eigenen Territorium. Und wenn Zweidrittel der Truppen zweier MB zur Ausbildung und zu Übungen ausrücken, sind das schon mal so an die 120 000 Mann. Das als einen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze mit der Absicht, einen Krieg auszulösen, zu verkaufen, können nur mit Blindheit Geschlagen tun. Doch all diese Tatsachen interessieren

westliche Politiker nicht. Für sie gilt: Rußland will die Ukraine überfallen und basta. Warum verbreiten sie und die ihnen in Treue folgende Kriegspresse entgegen der Wahrheit diese Kriegshysterie? Hintergrund ist die Zielsetzung amerikanischer Politik, Rußland und vor allem China als Weltmächte auszuschalten. So wird weiter daran gearbeitet, den „Cordon

Sanitär“ um Rußland zu schließen, wird versucht, ein „Regime change“ durchzuführen, um damit Rußland zumindest wieder auf die Jelzin-Zeit, sozusagen als amerikanische Kolonie, zurückzustufen und Chinas weltpolitischen Vormarsch zu stoppen. Und deutsche Politiker, wie auch andere NATO-Politiker folgen in Nibelungentreue den amerikanischen Vorstellungen.

Die Amerikaner und auch ihre Verbündeten in der NATO wissen aber mittlerweile auch, daß ihr Ziel mit einem Krieg nicht zu erreichen ist. Rußland und China bestimmen heute in der Welt mit und wissen auch ihre Interessen zu schützen. Die Kräfteverhältnisse haben sich verändert. Die USA können nicht mehr allein bestimmen, wollen das aber auf keinen Fall anerkennen. Durch den technischen Fortschritt hat sich auch das Militärwesen verändert und die moderne Industrie hat Waffen geschaffen, die jeden Punkt der Erde erreichen können. Russische Raketen sind damit heute so nahe an Amerika herangerückt, wie zu Zeiten der Kuba-Krise. Somit wäre im Falle eines Krieges gegen Rußland oder China dieser durch die USA und NATO nicht mehr zu gewinnen, und die Verluste in „Gottes eigenem Land“ wären verheerend. Das hat sich der amerikanische Präsident von seinen Militärs sicher ausrechnen lassen und möglicherweise haben die Gespräche mit Putin ihm dabei geholfen, das zu begreifen. Also wurde versucht, nach alter Erfahrung mit Abschreckung und Reden, Rußland und China hinzuhalten, gute Worte ja, aber keine ernstzunehmenden Verpflichtungen übernehmen. Dieses Rezept kann aber nicht mehr funktionieren. Rußland und China geben sich damit nicht mehr zufrieden, machen das Spiel nicht mehr mit, wollen nicht nach den „Werteregeln“ der Amerikaner, sondern nach neuen Regeln miteinander verhandeln. Putin hat das klar ausgedrückt und verlangt von den USA Sicherheitsgarantien, d. h. schriftliche Garantien, die weitere Ausdehnung der NATO nach Osten zu unterlassen und keine weiteren ehemaligen Unionsrepubliken der UdSSR in die NATO aufzunehmen. Rußland will bei Gesprächen nun auch Ergebnisse sehen. Dazu wurde den USA und auch der NATO jeweils ein entsprechender Vertragsentwurf übergeben. Es muß Schluß sein mit der Truppenverstärkung der USA und der NATO an Rußlands Grenzen und mit gefährlichen Manövern dort. Gefordert wird deshalb, die Raketenysteme in Rumänien abzubauen und in Polen nicht zu installieren. Und vor allem muß Schluß sein, die Ukraine weiter gegen Rußland aufzurüsten.

Generalmajor a. D. Sebald Daum
Mansfeld

Werte, Werte, Werte ...

Oder wie mit Kriegsgedanken gespielt wird

Es ist schon außerordentlich beunruhigend, morgens beim Aufwachen im Radio die Stimme der Juso-Chefin Jessica Rosenthal zu hören, wie sie im Brustton der Überzeugung verkündet, daß die deutsche Politik mit Bundeskanzler Scholz an der Spitze alles tun wird, um einen Dritten Weltkrieg zu vermeiden. Da ist man doch gleich hellwach und fragt sich unwillkürlich, ob wir denn jetzt schon soweit wären. Auf jeden Fall schleicht sich großes Unbehagen ins Gemüt. Als früherer Soldat habe ich schon so eine Art apokalyptische Vorstellung von dem, was dort gesagt wurde. Weiter geht es im Radio mit der Frage, ob man sich auf die SPD verlassen könne – gemeint ist: in Kriegsdingen –, nachdem Ex-SPD-Kanzler Schröder doch gerade zur Vernunft und Gelassenheit aufgerufen hatte. Das ficht Frau Rosenthal nicht an, nein, der Schröder redet nicht für die SPD (andere wollen ihn gar ganz exkommunizieren, also aus der SPD rausschmeißen). Denn, so Rosenthal weiter, da ist man sich im SPD-Vorstand ganz einig: Rußland ist der Aggressor! Erschreckt und entsetzt werde ich vollends wach und versuche zu sortieren. Nein, es gibt noch keinen heißen Krieg, die Glut schwelt noch. Aber die Vorbereitungen darauf gehen weiter, medial und materiell. NATO-Soldaten werden in die Nähe Rußlands in Marsch gesetzt. Großzügig erhält die Ukraine Munition und Helme von NATO-Staaten geschenkt, denn angeblich wollen die Russen dort einfallen, um innerhalb von 48 Stunden dann eine Siegesparade auf dem Kreml in Kiew abzuhalten. Aber warum sollten sie das tun? Die einfachste Antwort ist wohl: Weil Putin das so will! Putin soll einen Weltkrieg riskieren, weil er das so will? Glauben die Leute das etwa? Zumindest wird es als Begründung nicht reichen, wenn man, abertausende Opfer in Kauf nehmend, junge und auch nicht mehr so junge Männer in Uniform mit einem G-36 bewaffnet und in Begleitung ihrer treuen Freunde Leopard und Marder zur zukünftigen Belegschaft von Kriegsgräbern abkommandiert. Was treibt den „kollektiven Westen“ an, mit Feuer und Schwert zu versuchen, die Welt nach ihrem Bilde zu formen? Versuchen wir, die Antwort in der Werteskala des Westens zu finden, mit der deutschen Soldaten weisgemacht wird, das Richtige zu tun, wenn sie bereit sind, in den Kampf zu ziehen.

Fangen wir mit jenen christlich-jüdisch-abendländischen Werten an, denen wir uns angeblich verpflichtet fühlen und die uns befähigen, zur Krönung göttlicher Schöpfung aufzusteigen und solches auch den armen, weit unter uns stehenden anderen Erdbewohnern sendungsbewußt nahezubringen. Wir erinnern uns, daß diese Werte ständig von jenen noch nicht Erleuchteten bedroht werden, wie es z. B. am 11. September 2001 geschah. Oder noch viel früher: 813 wird Ludwig der Fromme in Aachen zum Mitkaiser gekrönt. 1297 schlägt William Wallace die Engländer

und vertreibt sie aus Schottland und 1697 schlagen die kaiserlichen Truppen unter Prinz Eugen die osmanische Armee Mustafa II. Wenn das nicht alles Zeichen waren ... Doch eigentlich gibt es gar keine christlich-jüdisch-abendländische Werte. Alles fake. Schauen wir uns einmal die Geschichte genauer an.



„Humanitäre Intervention“ mit fast 2 500 Toten:
Zerstörte Donaubrücke von Novi Sad 1999

Das Christentum ist aus dem Judentum hervorgegangen. Offenbar bestand vor mehr als 2000 Jahren wohl ein Bedürfnis nach einer neuen Variante einer monotheistischen Religion. Weitere 500 Jahre später gab es dann die dritte Ausgründung namens Islam. Aber bleiben wir beim Christentum. Der Gründungsmythos verwebt reale historische Gestalten mit Legenden. Eine dieser Legenden betrifft die Geburt von Jesus. Die Prophezei orakelte, daß ein Knabe das Licht der Welt erblicken würde, der als der neue König der Juden sie alle von ihren Bedrückungen erlösen könne. Der Begriff Christus geht auf Chrestos (griech. für Gesalbter, dadurch wurden Könige inthronisiert) zurück, Messias auf das hebräische Wort für König. Natürlich wollte der damalige Statthalter für Rom und Titularkönig Herodes das verhindern. So befahl er, alle Knaben, die in jenem Jahr geboren wurden, umzubringen. Ob es so ein Ereignis tatsächlich gegeben hat, ist strittig. Wichtig aber ist, daß der Kindsmord fürderhin jüdischen Menschen als typisch in die Schuhe geschoben wurde. Immer wieder hat man diese Geschichte über Jahrhunderte benutzt, um das Christentum als dem Jüdischen moralisch überlegen darzustellen. Judenpogrome wurden in ganz Europa von Christen angezettelt. Im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts gehörte eine offen antijüdische Haltung im christlich basierten Bürgertum zum guten Ton. Den traurigen Höhepunkt des Christlich-Abendländischen bildeten dann die Faschisten aller Couleur. Daß man nun seit ein paar dutzend Jahren die christlichen und die jüdischen Werte gemeinsam mit dem Abendländischen zusammennagelt,

entspricht weder der gelebten historischen Praxis noch der gegenwärtigen. Abgesehen davon sind alle drei monotheistischen Religionen nicht abendländisch, sondern wurden in den Wüsten Südwestasiens erfunden. Der zweite Wert, für den wir uns auf die Schlachtbank führen lassen sollen, ist Demokratie. Wir verteidigen unsere Demokratie mit Feuer und Schwert gegen Despoten und Diktatoren und Terroristen (auch wenn ein nicht kleiner Teil der wirklichen Despoten und einige Terroristen erst durch die westliche Welt stark gemacht wurden). Bürgerliche Demokratie, denn um die geht es, wird hier immer als Volksherrschaft übersetzt und auch so den Menschen nahegebracht. Das Wort Demokratie kommt tatsächlich aus dem Griechischen und wird meist verkürzt mit Volksherrschaft übersetzt. Gemeint war jedoch in der Antike das Staatsvolk. Jenes schloß aber nur einen Teil der Bewohner der alten Stadtstaaten ein. Heute würde man sagen die „Leistungsträger“. Alle, die keine Vollbürger waren, Zugereiste und Sklaven sowieso, gehörten nicht zum Volk und hatten nichts zu sagen. Das blieb dann in den nächsten fast 3000 Jahren so. Die bürgerliche Revolution machte dann zwar nominell alle gleich – bis auf Frauen, Sklaven/Leibeigene, Schwarze, Gelbe oder Rote, Schwule selbstredend. Und nicht nur das. Der größte Ungleichmacher war die Macht, die auf ökonomischer Macht beruht. Anders gesagt: Dreimal im Jahr Stimmzettel in die Urne werfen zu dürfen bedeutet noch keine Volksherrschaft. Da waren wir in der DDR, bei allen Fehlern und Schwächen, schon mal weiter. Die dritte große Sache, welche die Oberen berechtigt, mit Feuer und Schwert über andere zu kommen, sind die immer wieder gern strapazierten Menschenrechte. Diese wurden zum ersten Mal umfassend nach dem Zweiten Weltkrieg 1948 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fixiert. Nach heutiger Lesart gelten sie aber nicht für alle, weil nicht alle unterschrieben haben. Also wurden je nach Gusto diverse Vereinbarungen zu den Menschenrechten von verschiedenen Staaten initiiert. Auch die wurden nicht von allen unterschrieben, gaben aber den „bürgerlichen Demokratien“ die Möglichkeit, das Ganze auf Freiheitsrechte allgemeiner Art zu begrenzen. Der Freiraum wird dann von den jeweiligen Gesetzen bestimmt – natürlich nur im kollektiven Westen. Wirtschaftliche und kulturelle Rechte, wie sie noch 1948 formuliert wurden, werden unter den Tisch gekehrt. Lohnt es sich, für derart zusammengeschusterte Menschenrechte, welche die Freiheit, an europäischen Außengrenzen zu erfrieren, zu verhungern oder in kleinen Räumen zusammengepfercht zu leben, weil bezahlbarer Wohnraum nicht zu haben ist, zu sterben? Ein neuer Krieg muß verhindert werden! Er würde uns alle treffen, welchen Werten wir uns auch verpflichtet fühlen!

Aufruf aus der Friedensbewegung

Die Krise um die Ukraine hat sich zur ernststen Bedrohung des Friedens in Europa zugespitzt. Eine einseitige Schuldzuweisung an Rußland, wie sie von einigen westlichen Regierungen und in den großen Medien vorgenommen wird, ist nicht gerechtfertigt und nimmt zunehmend den Charakter von Kriegspropaganda an.

Trotz der Militärmanöver in der Nähe zur Ukraine hat Rußland kein Interesse an einem Krieg, der für alle Seiten katastrophale Folgen hätte. Es stehen ähnlich viele Soldaten auf der ukrainischen Seite und bedrohen die von pro-russischen Rebellen kontrollierten Gebiete in der Ostukraine. Auch ohne kriegerische Absicht besteht angesichts der angespannten Situation die Gefahr, daß eine Provokation zum Funken wird, der das Pulverfaß explodieren läßt. Es ist ein legitimes Sicherheitsinteresse Moskaus, daß die Osterweiterung der NATO, die seit 1999 immer näher an die russischen Grenzen heranrückt, nicht auch noch auf die Ukraine ausgedehnt wird. Das würde die Vorwarnzeit für Moskau bei einem Angriff mit Atomraketen auf 5 Minuten verkürzen.

Die aktuelle Krise ist Teil eines globalen und seit längerem bestehenden Konflikts, dessen Wurzeln im Anspruch der USA liegen, „daß Amerika wieder die Welt führt,“ wie es der US-Präsident formuliert. Die

europäischen NATO-Partner schließen sich dem mit einigen Nuancierungen als Juniorpartner an. Dagegen lehnen andere, darunter Rußland, eine westliche Dominanz ab und wollen als gleichberechtigte Partner in einer multipolaren Weltordnung respektiert werden.

Es ist an der Zeit, daß das Prinzip der ungeteilten, gemeinsamen Sicherheit wieder akzeptiert wird, wie es bereits im Kalten Krieg anerkannt wurde. Im Atomzeitalter kann keine Seite ihre Sicherheit auf Kosten der anderen erhöhen. Sicherheit gibt es nur gemeinsam. Dauerhafter Frieden mit Rußland erfordert daher eine gesamteuropäische Friedensordnung.

Erste Schritte müssen eine Demilitarisierung entlang der russisch-ukrainischen Grenze und an den Grenzen zwischen Rußland und der NATO sein, sowie die Umsetzung des Abkommens von Minsk II. Es sieht einen Waffenstillstand vor, Dialog der Konfliktparteien und einen Sonderstatus der Regionen Donezk und Luhansk innerhalb der Ukraine. Durch einstimmigen UN-Sicherheitsratsbeschluß hat Minsk II auch verbindlichen Völkerrechtsstatus. Die Umsetzung wird jedoch hauptsächlich von der Ukraine blockiert. Sanktionen werden an dem Konflikt nichts ändern. Sie schädigen sinnlos sowohl Rußland als auch die anderen europäischen Länder.

Kräfte, die mit aggressivem Nationalismus und Revanchismus die Spannungen anheizen, müssen auf allen Seiten zurückgedrängt werden.

Propagandakrieg, Säbelrasseln, Sanktionen und Aufrüstung müssen aufhören. Statt dessen brauchen wir Deeskalation und Diplomatie. Dies um so mehr, als die globale Bedrohung durch Klima- und Umweltkatastrophen nur durch internationale Kooperation abgewendet werden kann.

Wir fordern

- konkrete Schritte zur Deeskalation, keine militärischen Lieferungen an Kiew
- Schluß mit Kriegsrhetorik, Konfrontationspolitik und Sanktionen gegen Rußland
- aktives Eintreten für die Umsetzung des völkerrechtlich verbindlichen Abkommens Minsk II
- Verhandlungen mit Rußland auf der Grundlage eines klaren Bekenntnisses zu Entspannung und dem Prinzip der gemeinsamen Sicherheit
- aktives Eintreten für Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen

Aufruf hier unterzeichnen:
<https://nie-wieder-krieg.org>



HEXENKÜCHE BRÜSSEL

Stoltenberg, der Hexenmeister,
 Ober-NATO-Suppenkocher:
 Was er aufbrüht, klebt wie Kleister.
 Auch aus diesem Grunde heißt er
 Stolperberg, der Darmwandlocher.

Wie es zu dem Höllennamen
 Dieser Unschuldshauptstadt kam,
 Reinigt kein Gebet, kein Amen.
 Schuld an diesem Krieger-Samen
 Trägt der NATO-Truppen-Wahn.

Dumm an dieser Trauersache,
 Daß es keinen Feind mehr gibt.
 Also her, die tausendfache
 Altbewährte Russenmache,
 Wenn auch tausendfach versiebt.

Rühre, rühre Lügenschwüre!
 Fakten sind der Truppe schnuppe.
 Klitschko wirft aus Autotüre
 Boxhandschuhe ohne Schnüre
 In die Propaganda-Suppe.

Prawda, Prawda muß nicht sein.
 Im Kalten Krieg wird Wahrheit klein.

Lutz Jahoda

PS: Neuer NATO-Generalsekretär
 wird gesucht.

Jens Stoltenbergs Amtszeit läuft am
 30. September 2022 aus.

Nächster NATO-Gipfel im Juni.

Jüngste Nachricht: Die NATO will
 sich von Putin keine Grenzen setzen
 lassen.

Na bravo! Gute Aussichten!

Der Frieden ist Gebot und Verpflichtung zugleich

Die uns alle bewegende Frage lautet: Kann ein die Menschheit vernichtender Krieg verhindert und der Weltfrieden nachhaltig gesichert werden?

USA und NATO haben nach 1945 mehr als 50 Kriege und militärische Konflikte entfacht, die alle das Ziel hatten, die immer wieder von der Sowjetunion und später durch Rußland in aufwändiger Nachrüstung wiederhergestellte militärstrategische Balance zu ihrem Vorteil zu verändern.

1945 haben die Vereinigten Staaten Atombomben gegen das bereits militärisch geschlagene Japan eingesetzt. Sie sind damit der einzige Staat, der ohne Not Atomwaffen einsetzte, die in Nagasaki und Hiroshima mehr als 450 000 Menschen den Tod brachten. Die dabei zerstörte militär-strategische Balance konnte erst 1949 mit dem Brechen des Atomwaffenmonopols durch die Sowjetunion wiederhergestellt werden. Wieder waren es die USA, die mit dem Koreakrieg (1950 bis 1953), der Auslösung der Kuba-Krise (1962) sowie des Vietnamkrieges (1965 bis 1975) weitere Versuche zur Zerstörung dieses Gleichgewichts unternahm. So tragen die USA die Hauptverantwortung für Millionen Kriegstote, Verwüstungen und die Zerstörung von Staaten, nur um sich als Beherrscher der Welt sehen zu können und den Kriegsgewinnlern Maximalprofite zu sichern. Diesen Zielen ist ihr System bis heute verpflichtet.

Die Niederlage der Sowjetunion in Afghanistan und das Implodieren der sozialistischen Weltmacht ab 1989 zerstörten die friedenssichernde Balance und brachten den USA zeitweilig bestimmende Vorteile und fast die alleinige Macht über die Welt. Die USA und deren Verbündete versprachen die Nichtausdehnung der NATO nach Osten. Doch dieses Versprechen wurde schnell Makulatur. 1997 schien endlich der Weg für die beschleunigte NATO-Osterweiterung frei zu sein. Das schwache Rußland leistete nur geringen Widerstand, was das Begehren stärkte, das noch in Rußland vorhandene militärstrategische Potential unschädlich zu machen, das Land wie Jugoslawien zu zerschlagen und dessen Teile in die Einflußsphären der Länder des kollektiven Westens einzugliedern. USA und NATO bauten zur Umsetzung ihres Zieles ein überlegenes konventionelles und atomares Angriffspotential mit interkontinentalen ballistischen Raketen (IBR), Kurz- und Mittelstreckenraketen für einen Enthauptungsschlag, im Verbund mit einem Antiraketensystem zur Kompensierung eines eventuellen Antwortschlages gegen Rußland auf. Dieses Vorhaben zur endgültigen Zerstörung des militärstrategischen Gleichgewichts begann im Jahre 2000 und wird bis zum heutigen Tag verfolgt. Auf eine Teilhabe Rußlands am sogenannten Raketenabwehrsystem der USA gegen den Iran und auf dessen Abrüstungsvorschläge ging der Westen nicht ein und kündigte ein Rüstungsbegrenzungsabkommen nach dem anderen, um unbegrenzt aufrüsten zu können.

Die Angriffs- und Verteidigungskomponenten von USA und NATO zur Führung eines Enthauptungsschlages gegen die militärstrategischen konventionellen und atomaren Triaden Rußlands

Dazu wollen USA und NATO landgestützte IBR „Minutmen-3“, U-Boot-gestützte „Trident-2-5“, die bereits über 40 Jahre im Einsatz sind, „Tomahawk“-Flügelraketen, luftgestützte Angriffsmittel, darunter Langstreckenbomber mit weitreichenden Raketen gegen große Land- und Seeziele, tieffliegende Satelliten gegen IBR, orbitale Flugapparate, Aufklärungs- und Kampfdrohnen, Flugzeugträger und Marinekräfte mit Angriffsraketenbewaffnung sowie Aegis Ashore-Anti-Raketen-Systeme, mit SM-3-Raketen-Abschußplattformen MK-41, die in Rumänien und in Polen vor der Indienstellung stehen, zusammenbinden. Diese MK-41 wurden und werden modernisiert für den Start von SM-3, auch als ballistische Raketen, von land- und see-gestützten Flügelraketen (Reichweite über 2500 km), von Kampfdrohnen und von neuen Kurz- und Mittelstreckenraketen, welche die Russische Föderation (RF) ernsthaft bedrohen würden. Der endgültige Sieg schien nahe.

Noch vor zehn Jahren waren USA und NATO auf der Grundlage ihrer damals relativ modernen Waffen und insbesondere durch die weltweite Stationierung ihrer Antiraketensysteme davon überzeugt, daß sie die konventionellen und atomaren Kräfte Rußlands ohne großes Risiko auf deren Territorien vernichten können. Sie waren so mit sich und der Welt beschäftigt und so sehr von ihrer Außergewöhnlichkeit und Überlegenheit überzeugt, daß sie nicht mitbekamen, wie Rußland, in Reaktion auf die ernsthafte westliche Bedrohung sein militärisches Potential – Abwehr- und Angriffssysteme – qualitativ überarbeitete, modernisierte, erneuerte und dieses in ihre Streitkräfte eingliederte.

Die steile Entwicklung Chinas sowie die militärische und ökonomische Stabilisierung Rußlands machten den USA und der NATO nun einen Strich durch die Rechnung. Ihre hoch dotierten Geheimdienste hatten die rasanten und nachhaltigen Entwicklungen Rußlands und Chinas wieder einmal verschlafen.

Die bei der Erneuerung und Modernisierung erreichten Resultate, die viele qualitative Durchbrüche beinhalteten, wurden durch Präsident Putin am 1. März 2018 und durch den Vorsitzenden Xi auf der Parade im Oktober 2019 vorgestellt. Diese neuen sowie die in Syrien auf Kriegstauglichkeit gebrachten Waffensysteme haben dazu geführt, daß die militärstrategische Balance nun wieder von Rußland und China bestimmt wird.

Diesen Zustand, den USA und NATO auf keinen Fall hinnehmen wollen, versuchen sie mit dem größten Nachrüstungsprogramm für Überlegenheitswaffen und mit immer umfangreicheren und aggressiven

Kriegsübungen auszuhebeln und somit ihre Vormachtstellung wieder zurückzuerobieren. Dazu haben sie 2020 die unvorstellbare Summe von 1100 Milliarden US-Dollar eingesetzt, die den sozialen Sektoren vieler Länder entzogen wurden. Es sieht aber nicht so aus, daß ihnen das gelingen wird, da sich Rußland und China mit ihren höheren Bildungssystemen und wachsenden Wirtschaftspotentialen beschleunigt weiterentwickeln.

Rußland und China sind reagierende Staaten, die alles Notwendige unternehmen, um die Existenz und Souveränität ihrer und anderer Staaten sowie den Frieden in der Welt zu sichern. Sie wirken für die Entwicklung einer multipolaren Welt in solchen Organisationen wie die SOZ, BRICS, RIC, G 20 und setzen ihre Potentiale für die Aufrechterhaltung der militärstrategischen Balance ein.

Rußland mit seinen neuen militärischen und diplomatischen sowie China mit seinen ökonomischen und finanziellen Möglichkeiten bringen eine neue Qualität in die internationalen Beziehungen. Rußland entwickelt nicht nur preiswertere Hightech-Waffen, sondern modernisiert preisgünstig vorhandene sowjetische Waffen, was Finanzen und Ressourcen in volkswirtschaftlicher Größenordnung einspart, die der Wirtschaft zugeleitet werden. Außerdem betreibt Rußland eine ausgedehnte militärtechnische Zusammenarbeit mit China, Indien, Iran sowie sogar mit Südkorea, was ebenfalls zu geringeren Militärausgaben führt. So können die genannten Staaten die Auswirkungen eines von den USA und der NATO forcierten neuen Wettrüstens bei Beibehaltung hoher Wirkungsstandards niedrig halten. Rußland und China setzen bei der Waffenentwicklung Prioritäten und verbrauchen dabei nur ca. ein Zehntel der finanziellen Mittel von USA und NATO.

Derzeitige und perspektivische Aktions- und Reaktionsmöglichkeiten Rußlands und Chinas, um einen überraschenden Enthauptungsschlag durch USA und NATO nicht zuzulassen oder abzuwehren:

- Vorwarn- und Luftkosmische Verteidigungssysteme sowie Komplexe zur Vernichtung gegnerischer Angriffsmittel bzw. zur Überwindung der Raketenabwehrsysteme des Westens;
- orbitale kosmische Kontroll- und Abfangsputniks zur Kontrolle und Vernichtung feindlicher Satelliten;
- neue Systeme für den funkelektronischen Kampf sowie elektromagnetische und Cyber-Systeme;
- mit Atomenergie gespeiste Kampflaser;
- neue strategische Waffensysteme der RF, die von Putin am 1. März 2018 erstmals vorgestellt wurden;
- neue Raketenysteme Chinas vom 1.10.2019.

Zu einigen Waffensystemen mit überlegenen Eigenschaften

Frühwarnkomplexe

Während Rußland ein auf seine Erfahrungen fußendes weltweites Frühwarnsystem für alle Raketenstarts gemeinsam mit China auf hohem Niveau aufgebaut hat, besitzen die USA (laut ihrem Rechnungshof) ein eher rudimentäres Frühwarnsystem, welches im Ernstfall von den effektiven Systemen des funkelektronischen Kampfes (FEK-Systeme) Rußlands und Chinas zu einem sofortigen Totalausfall werden würde. Weiterhin fehlen in dem lückenhaften US-System moderne Frühwarnsensoren und die Mittel zur Feuerleitung ihrer Langstreckengefechtssköpfe in Echtzeit, wodurch die Gefechtsmöglichkeiten spürbar eingeschränkt werden. Die Streitkräfte der USA verfügen über kein solches integriertes System zur Raketenabwehr, welches ein großes Territorium oder große Truppen-gruppierungen schützen könnte.

Effektive Luftkosmische Verteidigungssysteme (LKV) der RF

Aktuell sind die russischen und chinesischen Streitkräfte mit neuen oder modernisierten Komplexen zur Luftkosmischen Verteidigung ausgerüstet:

Der FRK S-400 (1. qualitativer Sprung): Ziel-erfassungsradius über 400 km, parallele Zielbekämpfung: 6, kann ballistische und Flügelraketen bekämpfen und ist dem US-LV-System „Patriot“ beim Störschutz, bei der Einsatzzeit, Mobilität und der Vernichtungswahrscheinlichkeit überlegen. Der S-400 ist besonders effektiv im Zusammenwirken mit dem Raketen- und Kanonen-Komplex „Pan-zir-S“ für tieffliegende Flugkörper (Syrien-erfahrung) sowie mit dem Komplex S-350.

Der S-350 (2. qualitativer Sprung): Der Ende 2019 eingeführte automatisierte FRK mittlerer Reichweite S-350 „Witjas“ war bis zur Einführung des S-500 2020 und des S-550 2021 der effektivste FRK Rußlands. Er besitzt das zweifache Vernichtungspotential eines modernisierten S-300 (entwickelt mit südkoreanischen Komponenten). Er nutzt die Raketentypen des S-400.

Der S-500 (Nachfolger des S-400 mit großer Reichweite): Vernichtungsradius 600 km, gleichzeitige Bekämpfung von 10 ballistischen u. a. Zielen, darunter tief- und sehr hoch fliegende; Zielbekämpfungsgeschwindigkeiten: bis zu 7 km/s.; kann tieffliegende und bis 300 km hochfliegende Satelliten und Flugkörper mit Tarnkappeneigenschaften bekämpfen.

Systeme zur Überwindung der Raketen- und Flugkörperabwehr von USA und NATO

IBR-Raketen „Sarmat“, „Skif“ u. a. Raketen-systeme

Die „Sarmat-Rakete“ ist eine dreistufige Flüssigkeits-IBR der 5. Generation. Sie ist beim Flug manövrierfähig und kann Ziele über den Nord- oder Südpol angreifen. Sie

stört die US-Antiraketen- und Flugkörper-verteidigung sowie das Erfassen der anfliegenden Gefechtsköpfe. Damit verkörpert sie eine neue Qualität im Raketenbau. Sie fliegt nach dem Start in den Kosmos und stößt dann mit einer Geschwindigkeit von über 7000 km/h wieder in die Erdatmosphäre und auf die Ziele herab. Diese Rakete kann durch kein Anti-Raketen-System der USA abgefangen werden.

Die „Sarmat“-Rakete bildet gemeinsam mit den landgestützten IBR „Jars“- , „Topol-M“ und „Wojewode“, aber auch mit den seegestützten IBR „Skif“ sowie „Bulava“, die Hauptschlagkraft der russischen Strategischen Raketen-Truppen. Heute verfügt die Russische Föderation über mehr als 400 strategische land- und seegestützte Raketen-systeme, die die US-Raketenverteidigung überwinden können. Am 24.11.2017 wurde in die russische Armee ein neues seegestütztes Raketen-system mit dem Namen „Skif“ (neue Qualität) eingeführt. Dabei werden U-Boot und Raketencontainer getrennt gelagert. Die Raketen-Container werden in Binnen- und Randmeeren abgelegt. Dadurch sind sie besser gesichert und schwerer aufzuklären als die landgestützten IBR. China besitzt die mobile Feststoff-IBR DF-41 mit 15 000 km Reichweite, welche die US-Abwehr überwinden kann.

Der Hyperschallgleiter „Feuerkugel“ (Avangard), der durch den Einsatz neuer Verbundstoffe (die es derzeit nur in Rußland gibt) sogar in den dichten Schichten der Atmosphäre Geschwindigkeiten von bis zu 27 Mach und eine interkontinentale Reichweite erreicht. Er bewegt sich wie eine Feuerkugel auf das Ziel zu, kann den Abfangsystemen des Gegners ausweichen und alle Großziele auf der Erde in kürzester Zeit (30 Min.) erreichen. Einen solchen technischen Durchbruch kann kein weiteres Land der Erde aufweisen. Der Gleiter wird 2022 in die russischen Streitkräfte eingeführt.

Orbitale kosmische Abfang-Satelliten der RF (13.6.2017)

Der Chef des Strategischen Kommandos der US-Streitkräfte führte dazu aus: „... Die Russen besitzen die Technologie zur Vernichtung von Satelliten seit den 80er Jahren und verfügen heute im Kosmos über neue Vernichtungsmöglichkeiten gegen Satelliten, Lasersysteme eingeschlossen. In Kürze werden sie in der Lage sein, beliebige kosmische Apparate unseres Landes im Orbit zu bedrohen (zu kontrollieren und unschädlich zu machen)“ Am 26.10.2017 hatte Rußland einen lenkfähigen Sputnik mit Kontroll- und Abfangfunktionen zur Vernichtung von kosmischen Abfällen auf eine geostationäre Umlaufbahn gebracht. Er ist in der Lage, gegnerische kosmische Apparate bis zu einer Höhe von 35 000 km abzuschießen oder in den Orbit hinauszudrücken. Auf diese Weise könnten z. B. GPS-Satelliten oder Orbital-Komplexe der USA als kosmischer Abfall fixiert und unschädlich gemacht werden. Die russischen Möglichkeiten Geschwindigkeit und Flugbahn von Sputniks zu verändern, stellt eine neue

Qualität im Kosmos dar. Auf diesem Gebiet vereinen China und Russland ihre Kräfte.

Unterschall-Raketen „Kalibr“

Die USA haben von dem Vorhandensein solcher see- und luftgestützter russischer Präzisions-Flügelraketen verschiedener Reichweiten erst bei deren erfolgreichem Einsatz in Syrien erfahren. Der Vorsprung der USA bei ihren Tomahawk-Raketen war damit nicht nur aufgeholt. Rußland knackte den Code der Tomahawks und setzte neue Maßstäbe. Eine israelische Tomahawk-Rakete wurde Ende November 2017 in Syrien mit einem sowjetischen FRK S-200 der SAA abgeschossen.

Hyperschall-Raketen „Onyx“ (3-4 Mach) sind bereits viele Jahre als Schiff-Schiffs-Raketen auf Schiffen, U- Booten und zur Küstenverteidigung im Einsatz. Reichweite: 500 und 1000 km (kann einzeln Zerstörer und Kreuzer aus einer Flugzeugträger-Gruppe vernichten). Ein U-Kreuzer der RF kann bis zu 72 „Onyx-Raketen“ aufnehmen. Die VR China verfügt über effektive Mittelstreckenraketen des Typs DF-17 mit Reichweiten von 800 bis 2500 km sowie über Hyperschallflugkörper DF-100. Die US-Schiff-Schiffs-Raketen-„Harpoon“, vor 40 Jahren eingeführt und heute noch in allen neuen US-Schiffen eingebaut, haben nur eine Reichweite bis 280 km und können daher kaum Schiffe und Boote der RF und Chinas bekämpfen.

Hyperschall-Flügelraketen „Zirkon“

(9 Mach). Diese neuen russischen „Angriffs-Flügelraketen“ (westlicher Begriff) können während des gesamten Fluges manövrieren und verfügen über einen selbstlenkenden und zielerfassenden, störgestützten Gefechtskopf. Das sich rund um die Rakete bildende Plasma wirkt beim gegnerischen Radar wie eine Hülle der Unsichtbarkeit. Zirkon-Raketen dienen der Vernichtung von Großschiffen und großen Landobjekten. Sie werden zunächst auf Schiffen und strategischen Bombenflugzeugen, später auf U-Booten der Generationen 4++ und 5, die bereits im Bau sind, installiert. Sie sind wegen ihrer hohen Geschwindigkeit auch mit den Anti-Raketen der USA nicht bekämpfbar. Bei den Kräften der Luftkosmischen Verteidigung Rußlands befindet sich eine Version des von Putin vorgestellten strategischen Systems „Kinshal“ (Träger „MiG-31 K“, später „MiG-41“) mit der Hyperschall-Luft-See-Land Rakete X-32 mit V: 2 km/Sek., bereits in der Truppe. Das Gefechtsteil von einer Tonne ist ausreichend, um einen Flugzeugträger außer Gefecht zu setzen. Weitere Trägersysteme für Kinshal-Raketen sowie für die Luft- und Boden-Rakete „X-32“ können die Bomber „Tu-22 M3“ und „Tu-160 M2“ sowie die Jagdbomber „Su-34“ und die Mehrzweckflugzeuge „Su-30 SM“, die „Su-35“ und die „Su-57“ sein.

Am 11.11.2017 verbreitete Lenta.ru die Mitteilung, daß in dem Zentralen chinesischen Fernsehen der Prototyp aller Hyperschallentwicklungen Chinas in einem Testkanal gezeigt wurde, der eine Geschwindigkeit von 5 bis 10 Mach erreicht haben soll. Am 23.11.2017 hat das indische

Verteidigungsministerium bekanntgegeben, daß die mit Rußland entwickelte und in einem gemeinsamen Betrieb produzierte luftbasierte Hyperschall-Rakete BrahMos mit einer „Su-30 MKI“ erfolgreich ein Ziel bekämpft hat.

Diese Waffensysteme helfen dabei, daß die Herrschaft der Flugzeugträger, ein Stützpfiler der US-Streitkräfte, unweigerlich ihrem Ende entgegengeht.

Meinung des Obersten Rechnungshofs der USA zu den Hyperschallwaffen:

Die USA besitzen noch keine Waffen dieser Kategorie, wegen Fehlentscheidungen, fehlender Voraussetzungen für die Entwicklung, den Bau und Einsatz solcher strategischen Waffen. Auf den Gebieten Materialforschung, Sensorik, Feuerleitung sowie bei steuerbaren Triebwerken haben die USA großen Nachholbedarf gegenüber Rußland. Auch wenn die USA in einigen Jahren über Hyperschallwaffen für den Einsatz in den dichteren Schichten der Atmosphäre (bis 6 M) verfügen werden, könnte der Rückstand für strategische Waffen 10 Jahre betragen.

Mit der Einführung des IBR-Systems „Skif“, der strategischen IBR „Sarmat“ und den Hyperschall-Raketen „Zirkon“ und „Gremelin“ sowie der „X-32“ verliert ein Überfall auf Rußland oder ein sogenannter Enthauptungsschlag der US-KW-Kräfte seinen Sinn, denn die neuen russischen IBR und Hyperschall-Raketen entwerfen die US-Raketen-Abwehrsysteme. Das Erscheinen dieser Systeme verändert die geopolitische Situation, da Rußland und z. T. auch China zu vernichtenden Antwortschlägen fähig bleiben. Die USA haben bei ihren landgestützten und einem Teil der seegestützten IBR sowie bei Schiffs-Schiffs- und Land-Schiffs-Raketen einen qualitativen Rückstand gegenüber Rußland und China. Zur Überwindung dieses Mangels wollen die USA bis 2024 mindestens 26 Milliarden US-Dollar für neue strategische IBR ausgeben und noch weitere Milliarden für die Entwicklung und Nachrüstung mit Hyperschallwaffen.

Bemannte und unbemannte Flugkörper der 4. bis 6. Generation von USA, RF und China

US-Experten: „Nur die USA verfügen über Flugzeuge der 5. Generation und sind deshalb allen gegnerischen Flugzeugen überlegen“. Ist das so? Z. B. wird die „Su-35“ als 4++ bewertet, verfügt aber über Systeme der 5. Generation, über welche z.B. die F-22 nicht verfügt. Raptor hat keine Nachtkampfoptik, wird nicht vor anfliegenden Raketen gewarnt, besitzt keine Rundumsicht. Die Su ist schneller, manövrierfähiger, hat eine größere Reichweite, besitzt aktiven und passiven Störerschutz.

Russische Luft-Luft-Rakete R-37, Reichweite: ca. 300 km (US-Raketen 150-180 km).

Mit dieser Rakete erreichen die modernisierten „MiG-31 BM“, „Su-27 SM3“, „Su-35“, „Su-34“ und die neue „Su-57++“ nicht nur die Neutralisierung der angeführten US-Maschinen der 5. Generation, sondern bereits

eine Teilüberlegenheit. Die perspektivische „Su-57“ bewies bereits 2018 in Syrien ihre Überlegenheit, als die USA ihre Raptors bei Eintreffen der Su sofort vom Himmel nahmen. Auch China verfügt über mehrere Flugzeuge der 5. Generation. Mit der vorgesehenen Indienststellung von Kampfdrohnen der 6. Generation würde die RF beim technologischen Überholen der USA eine kritische Größe überwinden und das gesamte Potential des Westens könnte Rußland dann nicht mehr daran hindern, seine Kräfte nach eigenem Ermessen zu entwickeln und einzusetzen. China und Rußland haben Multifunktions-Drohnen-Komplexe der 6. Generation vorgestellt. China beherrscht bereits als einziges Land die Drohnenschwarm-Strategie und die Aufklärungsdrohne WZ-8 besitzt kein Analogon in der Welt.

Der Oberste Rechnungshof der USA stellt fest, daß die USA ihre Flugzeuge rund um die Tarnkappeneigenschaften nur mit mäßigem Erfolg konstruierten. Rußland dagegen entwickelt seine Flugzeuge erfolgreich rund um das Hauptkriterium „Kampffähigkeit“, wobei die Manövrierfähigkeit (wie man bei Luftkämpfen in Indien und in Kampfeinsätzen in Syrien sehen konnte) im Mittelpunkt steht.

Kleinst- und Klein-Raketen-U-Boote der RF – ein strategischer Faktor?

Die russischen Flotten wurden bereits ab 2018 mit 18 Klein- und Kleinst-U-Booten einer neuen Generation mit bisher nicht für möglich gehaltenen Charakteristiken ausgerüstet. Die „Kleinen-Raketen-U-Boote“ besitzen die Geschwindigkeit eines Zerstörers, die Ausmaße einer Korvette und die Feuerkraft eines Kreuzers. Sie haben das Zeug und die Balance der Kräfte zwischen Rußland und der NATO nicht nur in einem Seekrieg radikal zu verändern, sondern auch bei Landkriegsoperationen auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Diese Einheiten können Spezial-Kräfte an feindlichen Küsten absetzen und Kernschläge auf strategische Ziele im Hinterland des Feindes ausführen. Alle diese Boote sind Nachfolger des Kleinst-U-Bootes „Piranha“.

Eine Gruppe aus sechs Booten kann das Schwarze Meer oder die Kaspische- oder Ostsee unter Kontrolle halten. Diese Schiffe lösen mit ihren geringen Geräuschpegeln, wegen ihrer hohen Luft-unabhängigkeit sowie ihrer modernen Bewaffnung, eine Revolution in der Unterseekriegsführung aus und werden für alle Großschiffe und für viele Landziele zu einer konventionellen oder atomaren Waffe mit höchstem Zerstörungspotential.

Neue Systeme des FEK, elektromagnetische- und Cyber-Systeme

Die Armeen USA, der NATO, Chinas und vor allem Rußlands verfügen über Waffensysteme für den funkelektronischen Kampf. Von 2010 bis Ende 2021 wurden in der RF mehr als 22 neue FEK-Systeme entwickelt, erprobt und an die Erfordernisse (in Syrien) angepaßt sowie in alle Teilstreitkräfte, Waffengattungen und Waffensysteme der

russischen Armee auf taktischer und operativer Ebene eingeführt.

In einem Artikel der „Militärrundschau“ äußerten sich mehrere US-Generale zu diesen Fakten: „Die neuen russischen elektronischen Waffen können die Funktion elektronischer Geräte in Raketen, Flugzeugen und Schiffen ausschalten; ... im Unterschied zu den US-Streitkräften verfügt die russische Armee über leistungsstarke Einheiten der elektronischen Kampfführung. Wir haben eine gute Funkaufklärung. Wenn es aber darum geht, Geräte außer Betrieb zu setzen, betragen unsere Fähigkeiten nicht einmal ein Zehntel der Leistungsstärke der russischen Armee.“

Das FEK-System „Rytschag“ stört gegnerische Radar-Sonar- und Aufklärungssignale der gegnerischen Abwehrsysteme. Es gibt die Annahme, daß die fehlgeleiteten „Tomahawks“ des US-Luftschlages auf die syrische Air-Base Schairat auf dessen Konto geht. Ein solches FEK-Flugzeug kann die Signale von Funkmeß- und anderen elektronischen Aufklärungs- und Ortungssystemen am Boden und in der Luft in einem Radius von 300 km unterdrücken. Damit wird ein sich in der Luft befindliches Geschwader unsichtbar, wie unter einer Tarnkappe. Es ist wahrscheinlich, daß die Flugzeuge auf diese Weise unbemerkt von Rußland nach Syrien geflogen sind.

Cyber- und elektromagnetische Waffen

Die GPS-Anomalie: Am 22. Juni 2017 zeigten die GPS-Daten US-amerikanischer Handels- und NATO-Schiffe im östlichen Schwarzen Meer plötzlich Standorte an, die diese nicht auf dem Meer, sondern weit auf russischem Territorium sahen. Die russische Armee hatte ein bis dahin unbekanntes Waffensystem den FEK-Komplex „Murmansk BN“ getestet. Er kann GPS-Signale im tiefen Hinterland des Gegners unterdrücken und verschieben, aber auch den Kurzwellenbereich der amerikanischen Flugzeugträger-Gruppierungen, deren Flugzeuge eingeschlossen, auf allen Ozeanen (Reichweite 5000 km) unterdrücken. Solche Komplexe gehören heute bereits zur Bewaffnung aller russischen Flotten. Der Nachfolgetyp FEK-Komplex „Samarkand“ kann GPS-Signale weltweit sehen, hören, unterdrücken, umwandeln und austauschen. Die elektromagnetische Waffe Rußlands – die funkelektronische Rakete „Alabuga“ – ist in der Lage, Kommunikationssysteme des Gegners auszuschalten und Waffensysteme unschädlich zu machen. Diese Technologie soll in die neuen russischen Drohnen eingebaut werden, um gegnerische Flugkörper damit abzulenken. Das FEK-System „RTUTCH“ ist eine funkelektronische Waffe, die eine Schutzkuppel bildet, von der Geschosse, Gefechtsköpfe von Raketen und andere Angriffsmittel abgelenkt werden. Im Ukraine-Konflikt mußte die Mitte April 2021 vorgesehene Angriffsoperation der ukrainischen Armee auf den Donbass, durch den Einsatz von auf russischem Territorium basierten operativen FEK-Mitteln wegen Unterbrechung der Führungsfähigkeit abgebrochen werden. Das äußerte der Vorsitzende

der national-liberalen Partei Rußlands Shirinowski im russischen TV.

Präsident Putin zur militärtechnischen und strategischen Situation (Dezember 2021)

„Früher mußten wir stets aufholen, so bei der Atombombe, bei den strategischen Trägermitteln und bei den IBR. Heute haben wir eine einzigartige Situation: Wir haben die anderen hinter uns gelassen. In keinem Land gibt es einsatzbereite interkontinentale Hyperschallwaffen. Der luftgestützte Hyperschallkomplex „Kinschal“ und der Kampflaser „Pereswet“ befinden sich bereits in den Streitkräften. Die Strategischen Raketentruppen sind bei der Einführung des interkontinentalen Hyperschallkomplexes „Awangard“. Die IBR „Sarmat“, mit erhöhter Reichweite und Sprengkraft, sowie die land- und seegestützte Hyperschallrakete „Zirkon“ befinden sich im Prozeß der Truppeneinführung.

Weitere modernste strategische Waffensysteme, wie die atomenergiebetriebene Unterwasserdrohne „Poseidon“ und der atomangetriebene Marschflugkörper „Burewestnik“, befinden sich im Endstadium der Entwicklung. Die in Syrien kampferprobten Marschflugkörper „Kalibr“ und „Onyx“ werden massenweise in seegestützte Trägermittel sowie Küstenschutzkomplexe integriert. Die Verringerung der Rüstungsausgaben auf den 9. Platz bedeutet nicht, daß wir unsere Kampfbereitschaft absenken. Wir arbeiten lediglich nach Plan und erhalten die Verteidigungsfähigkeit unseres Landes durch unsere Köpfe, durch Intellekt und Kreativität, bessere Arbeitsorganisation, Minimierung von Diebstahl und Nachlässigkeit sowie Konzentration auf die Hauptfelder. Die strategischen Waffensysteme wurden durch Rußland als Reaktion auf den einseitigen Ausstieg der USA aus dem Vertrag über Raketabwehrsysteme und auf die De-facto-Stationierung solcher Systeme in Osteuropa – in Rumänien und in Polen – sowie in Asien entwickelt. Keine der angeführten neuartigen Waffen können mit den derzeitigen Abwehrsystemen von USA und NATO abgewehrt werden. Die RF bedroht niemanden und will auch niemanden angreifen. Die RF strebt die Wiederherstellung des internationalen Rechts sowie die Regelung von Rüstung und deren Kontrolle an. Die Nukleardoktrin der Russischen Föderation sieht den Einsatz von Kernwaffen nur bei einem Kernwaffenangriff auf Rußland vor oder dann, wenn die Existenz des Landes auf dem Spiel steht. Rußland sieht China, Indien und Iran als strategische Verbündete, ist aber auch offen für gleichberechtigte Beziehungen zu den USA und NATO.“

Sperrzonen der Russischen Föderation für USA- und NATO-Truppen

Russische Sperrzonen (Flugverbotszonen und Verbotszonen rund um Armeebasen) sind Ausdruck einer militärtechnischen Überlegenheit der russischen Armee auf einem festgelegten Territorium. Der

US-General Philip Bridlav bestätigte bereits 2016, daß Rußland über Zonen verfügt, in denen Handlungen von US-Truppen begrenzt oder gar nicht möglich sind und daß die Mittel der US-Armee nicht ausreichen, um solche Zonen aufzulösen. Rußland stützt sich zur Realisierung dieser Sperrzonen auf die angeführten Verteidigungs- und FEK-Mittel. Sperrzonen Rußlands gibt es bereits im Gebiet von Kaliningrad, auf der Krim, im Donbass, auf dem Schwarzen Meer, im Ost-Mittelmeer, in Fernost sowie entlang der Nordpassage, aber auch in Syrien. Ab 2022 werden sich Rußlands Möglichkeiten auf diesem Gebiet bedeutend vergrößern, denn die konventionellen Streitkräfte werden zu über 70 % mit modernsten Waffensystemen – viele davon Überlegenheitswaffen – ausgerüstet sein.

Rußlands Allianzen neuen Typs

Neben den strategischen Bündnissen mit China, Indien und Iran unterhält Rußland unterschiedlich gewichtete Allianzen mit Cuba, Venezuela, Nicaragua, Serbien, Ungarn, Österreich, Deutschland, Frankreich, den mittelasiatischen Staaten, Saudi-Arabien, Syrien und der syrischen Opposition, mit Libyen, der KVDR, Südkorea, Türkei, Algerien, Tunesien, Japan, Turkmenistan, Thailand, Philippinen, Indonesien, Vietnam, Singapur, Israel, Palästina u.a. Diese Länder haben erkannt, daß sich die Russische Föderation zu einem potenten selbständigen Machtzentrum entwickelt hat, mit dem man trotz abweichender Interessen partiell zusammenarbeiten sowie Probleme und Konflikte unmilitärisch lösen kann. Rußland tritt dabei als Vermittler und zuverlässiger Friedensgarant auf. Rußland bietet vielen Länder die Möglichkeit, eine größere Unabhängigkeit von den USA und anderen Staaten des kollektiven Westens zu erreichen. Es geht dabei um Industrie- und Energie-Infrastruktur-Projekte wie etwa Bahnstrecken (Iran – RF); Gas- Pipelines, Autowerke und Wasserkanäle, Atomkraftwerke und militärische Zusammenarbeit.

Was bedeutet dieses in Rußland und teilweise in China vorhandene und einsatzfähige Potential für die aktuelle Politik?

Dazu hat sich der ehemalige Chef eines israelischen Geheimdienstes, Jakov Kermi, geäußert: „Rußland, welches die Welt unter der Führung der USA und der NATO als ungerecht empfindet, hat erkannt, daß es zu Veränderungen der jetzigen Weltordnung nur über ein überlegenes militärisches und militärtechnisches Potential und mit gleichwertig entwickelten Partnern kommen kann. Die RF hat in den letzten 15 Jahren ihren Plan umgesetzt und tritt nun mit den Resultaten an die Öffentlichkeit, weil die Macht im Lande gefestigt ist, weil die Ökonomie eine stabile (nicht optimale) Entwicklung aufweist, weil es seine militärtechnologischen Ziele erreicht hat und weil die internationale Lage Rußland Rückenwind gibt. Diese militärtechnologischen Vorteile werden eine längere Zeit

Bestand haben, weil das Land über die notwendigen kreativen Wissenschaftler und eine hochentwickelte materielle Basis verfügt sowie sehr konzentriert vorgeht.“

Weitere Erkenntnisse

Die ergriffenen Maßnahmen von USA und NATO bei der Vorbereitung eines unmittelbaren globalen Schlages (PGS) mit konventionellen und oder atomaren Angriffs- und Verteidigungswaffen beweisen, daß ihre geplante Veränderung der militärstrategischen Balance und des internationalen Kräfteverhältnisses hauptsächlich durch quantitative militärische Überlegenheit Rußlands und Chinas nicht das von ihnen erwartete Resultat brachte. Im Gegenteil: Rußland und Chinas haben durch wissenschaftlich-technische und militärische Höchstleistungen und Durchbrüche das militärstrategische Gleichgewicht nicht nur wiederhergestellt, sondern auf mehreren Gebieten sogar Überlegenheit erreicht. Beide Länder sind dabei, der bestimmende Faktor bei der Vermeidung eines konventionellen oder atomaren Weltkrieges sowie bei der Erzwingung von Sicherheits- und Rüstungsvereinbarungen mit dem Westen zu werden.

In Syrien wurden den USA und deren Verbündeten die Grenzen ihrer militärischen Macht aufgezeigt. So konnte die US-Koalition nur im Nachhinein feststellen, daß 44 Flugzeuge der RF in Syrien gelandet waren, daß die russische Armee über funktionierende, effektive und weitreichende luft- und seegestützte Flügelraketen verfügt, daß die Flugzeuge, Hubschrauber und Panzer denen der USA nicht nachstehen, daß die RF in der Lage ist, Zonen zu schaffen, die es der US-Koalition nicht gestattet, dort zu handeln, ohne vernichtet zu werden, daß die Kräfte der LKV- und des FEK der syrisch-arabischen Armee (SAA) die Luftangriffsmittel der US-Koalition und Israels erfolgreich abwehren können. Zwei Raketenschläge der USA fielen buchstäblich ins Wasser und ein vorbereiteter sogenannter entscheidender Raketenschlag des gesamten Westens fand gar nicht erst statt. Die USA und die mit ihnen verbündeten Kurden können in Syrien keine entscheidenden militärischen Erfolge mehr erringen, da die russisch-arabischen Kräfte deren Handlungsräume ständig eindämmen. Die vollständige Lösung dieses Konfliktes kann jedoch derzeit, wegen der vielen vor Ort handelnden Mächte, nur durch Verhandlungen erreicht werden.

Alle an der Vermeidung eines Weltkrieges oder eines Krieges in Osteuropa interessierten Kräfte sollten Rußland und China in ihrem Kampf für den Frieden unterstützen, indem sie für die Wiederherstellung von internationalen Verträgen zur Begrenzung, Verringerung, Vernichtung und Kontrolle konventioneller und Kernwaffen, für die Auflösung von militärischen Stützpunkten sowie für den Stopp der NATO-Osterweiterung eintreten und einfordern, daß Interessenkonflikte zwischen Staatengruppen oder Staaten nur mit friedlichen Mitteln gelöst werden.

Oberst a. D. Gerhard Giese
Strausberg

60 Jahre Wirtschafts-, Handels- und Finanzkrieg gegen Kuba

Erklärung der revolutionären Regierung

Die revolutionäre Regierung verurteilt die mehr als 60 Jahre andauernde Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade, die von den USA am 3. Februar 1962 formell verhängt wurde. An diesem Tag erließ der damalige Präsident John F. Kennedy die Proklamation 3447, die gemäß Abschnitt 620 (a) des Außenhilfegesetzes ein vollständiges „Embargo“ für den Handel mit unserem Land verfügte. Damit erhielten die aggressiven und einseitigen wirtschaftlichen Maßnahmen, die seit dem revolutionären Sieg gegen Kuba ergriffen worden waren, einen offiziellen Status.

Von diesem Moment an wurde die Politik der Blockade und wirtschaftlichen Erstickung als zentrale Achse der Strategie gefestigt, die auf die Einschränkung des legitimen Rechts der Kubaner abzielt, ihre Souveränität zu verteidigen und ein emanzipatorisches Projekt außerhalb der imperialistischen Vorherrschaft zu schmieden. Die damals von den USA verwendete Hauptrechtfertigung für diese Maßnahme waren Kubas Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die angeblich gegen „die Grundsätze des interamerikanischen Systems“ und gegen die Sicherheit der USA und der Hemisphäre verstießen. Im Laufe der Zeit haben sich die Vorwände geändert, aber die Ziele sind dieselben geblieben.

Die präziseste Definition der wirklichen Ziele der Politik gegenüber Kuba war bereits im Memorandum des Unterstaatssekretärs Lester D. Mallory vom 6. April 1960 enthalten: „Enttäuschung und Entmutigung durch wirtschaftliche Unzufriedenheit und Not zu provozieren (...) das Wirtschaftsleben zu schwächen, indem Kuba Geld und Lieferungen verweigert werden, und somit die Nominal- und Reallohne zu senken, Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen.“

Die Blockade hat sich zum komplexesten, langwierigsten und unmenschlichsten Akt der Wirtschaftskriegsführung entwickelt, der je gegen eine Nation geführt wurde. Ihre Auswirkungen haben die Möglichkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung eingeschränkt, da sie darauf abzielt, die Handelsbeziehungen mit Drittländern zu verhindern, Bank- und Finanzgeschäfte so weit wie möglich zu behindern, ausländische Investitionen einzuschränken und alle Einnahmequellen abzuschneiden.

Es handelt sich um eine im Wesentlichen extraterritoriale Politik, die gegen das Völkerrecht verstößt und anstrebt, Kuba durch Druck, Erpressung und Sanktionen

zu isolieren und diejenigen zu bestrafen, die wirtschaftliche, kommerzielle oder finanzielle Beziehungen zu dem Land unterhalten. Sie ist der praktische Ausdruck der Monroe-

die Entwicklung kubanischer Impfstoffe zu behindern versucht und die Möglichkeiten des Zugangs zu Medikamenten und Grundversorgungsgütern einschränkt. Während



der Pandemie und in diesen 60 Jahren hat die Blockade unermessliche menschliche Kosten und Leid verursacht, die mehrere unserer Generationen am eigenen Leib zu spüren bekommen haben.

Die Stärken des kubanischen sozialistischen Systems und die Einheit des Volkes haben es ermöglicht, trotz der Blockade den angestrebten wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch zu vermeiden, eine herausragende menschliche Entwicklung gemäß den von den Vereinten Nationen anerkannten

Doktrin im 21. Jahrhundert, die Lateinamerika und die Karibik aus der Position des Besitzers betrachtet, sei es nun „Hinterhof oder Vorhof“.

Die Blockade hat nie auch nur den Hauch einer Legitimität oder moralischen Rechtfertigung gehabt.

Sie stellt eine massive, eklatante und systematische Verletzung der Menschenrechte aller Kubaner dar. Sie gilt als Völkermordhandlung im Sinne der UN-Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes.

Um sie zu rechtfertigen, sieht sich die US-Regierung gezwungen, Lügen zu verbreiten, und um ihre kriminelle Wirkung zu verbergen, fördert sie eine von Washington aus finanzierte Kampagne, die darauf abzielt, den Eindruck zu erwecken, daß die Auswirkungen der Blockade nicht real sind, daß sie der kubanischen Wirtschaft nicht wirklich schaden, daß sie kein bedeutendes Problem für unsere Entwicklung und unsere wirtschaftliche Stabilität darstellen. Es ist eine Unwahrheit, die über die mächtigen Medien im Dienste des Imperialismus und über die digitalen Netze verbreitet wird, um das Denken vieler, auch einiger unserer Landsleute, zu beeinflussen.

Der in diesen sechs Jahrzehnten entstandene Schaden übersteigt 144 413,4 Milliarden Dollar, zu aktuellen Preisen.

Seit 2019 sind die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen qualitativ noch aggressiver geworden. Mit Maßnahmen der unkonventionellen Kriegsführung, die zu Friedenszeiten nicht angebracht sind, wird versucht, Kuba der Brennstoffversorgung zu berauben.

Im Rahmen der Bekämpfung von Covid-19 hat die Verschärfung der Blockade ungeahnte Grenzen der Grausamkeit erreicht, indem sie Solidaritätsspenden verhindert,

Indikatoren zu erreichen, unbestreitbare Fortschritte bei der sozialen Gerechtigkeit zu gewährleisten und eine schrittweise Umgestaltung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur auf der Suche nach einer nachhaltigen Entwicklung zu erreichen. Das wirft die Frage auf, wie viele kleine und unterentwickelte Volkswirtschaften eine Aggression solchen Ausmaßes hätten überstehen können.

Diese Politik der wirtschaftlichen Blockade wird fast einstimmig und allgemein abgelehnt. Außer der überwältigenden Unterstützung für die Resolution, die jedes Jahr von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wird, finden weltweit ständig zahlreiche Forderungen und Aktionen zur Anprangerung von Einzelpersonen, Organisationen und Institutionen statt, selbst in den Vereinigten Staaten. Seit 1959 haben dreizehn Präsidenten im Weißen Haus regiert. Mit gewissen Nuancen blieb in allen Fällen die dahingehende Fokussierung bestehen, durch die strikte Anwendung der Blockade den wirtschaftlichen Zusammenbruch und die Unhaltbarkeit des revolutionären Projekts zu provozieren. Offenbar haben 60 Jahre nicht ausgereicht, um zu begreifen, daß sie die Ziele ihrer Befürworter nicht erfüllt hat und auch nicht erfüllen wird.

Die Revolutionäre Regierung fordert im Namen des kubanischen Volkes erneut nachdrücklich und energisch die Beendigung der von den USA verhängten Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade. Unsere Anprangerung wird so lange bestehen bleiben, bis diese unmenschliche und illegale Politik vollständig aufgehoben ist.

Havanna, den 3. Februar 2022

Quelle: cubaminrex

Erklärung des Präsidiums des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation

Die Stimme der werktätigen Bevölkerung Kasachstans muß gehört werden!

Kasachstan durchlebt schwere Tage. Die seit langem aufgestaute Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung führte zu einem unheilvollen Ausbruch von massenhaften und gewalttätigen Protesten. (...) Oligarchische Clans sind offensichtlich genauso wie ausländische Organisationen und islamistische Extremisten dazu bereit, diese im Kampf für die Umverteilung der Macht zu nutzen. (...) So fegten Massenproteste über Kasachstan hinweg, in deren Verlauf es in der ehemaligen Hauptstadt Almaty zu blutigen Ausschreitungen mit einer großen Zahl von Opfern und Zerstörungen kam. (...) Es ist klar, daß die Situation in Kasachstan eine direkte Folge der Tragödie ist, die uns allen vor dreißig Jahren widerfahren ist – die Zerstörung der UdSSR. (...) Der primitive Kapitalismus, in den die post-sowjetischen Republiken gestürzt wurden, verurteilt die werktätige Bevölkerung unweigerlich zur Verarmung und Entrechtung und führt überall zu eklatanter Ungleichheit. (...) Entgegen den Versprechungen der Liberalen wurden die neu entstandenen Staaten keine vollwertigen Mitglieder der „zivilisierten Welt“. Das globale Kapital hat sie statt dessen auf die Rolle von Rohstofflieferanten, Absatzmärkten und Quellen billiger Arbeitskräfte festgeschrieben. Auch Kasachstan folgte diesem Weg. Der Rohstoffsektor wurde ausländischem Kapital überlassen, während fortgeschrittene Industrien im Strudel der Privatisierung verschwanden. (...) In enger Verbindung mit dem ausländischen Kapital aus den USA (Chevron und Exxon Mobil), Frankreich (Total), Großbritannien und den Niederlanden (Royal Dutch Shell) profitierte auch die junge Bourgeoisie des Landes von der Ausbeutung der Arbeits- und Rohstoffressourcen Kasachstans. (...) Wie fast überall im postsowjetischen Raum hat Kasachstan ein oligarchisch-kompradorisches System geschaffen, das typisch für einen ungehemmten Kapitalismus ist. Nur Krümel des Nationalinkommens bleiben für die Menschen übrig, weshalb soziale Spannungen zunahmten. 2011 endete ein monatelanger Streik der Ölarbeiter in Shanaosen mit Zusammenstößen und dem Tod von 16 Menschen. (...) Die Corona-Pandemie hat den Mythos des „sozialen Friedens“ endgültig zerschlagen. (...) Umfragen zufolge ist der Anteil derer, die nicht einmal genug für Nahrung haben, von drei auf 13 Prozent gestiegen. Weitere 44 Prozent haben gerade noch genug Geld für Lebensmittel und sonst nichts. Gleichzeitig ist die Zahl der Dollar-Milliardäre im ersten Jahr der Pandemie von vier auf sieben angewachsen, und ihr gemeinsames Vermögen hat sich fast verdoppelt. In den letzten zwei Jahren haben die Streiks bei den Unternehmen Kasachstans daher auch nicht aufgehört. Der Westen des Landes war dabei das Zentrum der meisten Streiks und Demonstrationen. (...) Tausende von Menschen sehen sich immer wieder mit Verzögerungen

bei der Auszahlung von Löhnen und plötzlichen Entlassungen konfrontiert. Gleichzeitig kommen ununterbrochene Preiserhöhungen dazu – selbst nach offiziellen Angaben lag die Inflation bei Nahrungsmitteln in den letzten zwei Jahren bei 20 Prozent. (...) Anstatt soziale Probleme zu lösen, zog es die herrschende Klasse vor, die Gesellschaft zu spalten und Russophobie und interethnischen Haß zu provozieren. In den Schulen lernen junge Menschen beispielsweise etwas über den „russischen Kolonialismus“ und den „blutigen sowjetischen Totalitarismus“. Auf offizieller Ebene wurde eine Kampagne für die vollständige Rehabilitierung aller „Opfer der sowjetischen Repression“ gestartet, einschließlich der Kollaborateure, die auf Hitlers Seite übergelaufen waren. (...) Innerhalb Kasachstans gibt es zudem ein staatliches Programm zur Umsiedlung von Bürgern nicht-kasachischer Nationalität in die nördlichen, überwiegend russischsprachigen Regionen. (...) Die Behörden selbst unterstützten zwar die eurasische Integration, liebäugelten aber zugleich mit westlichen Regierungen. Die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten haben mittlerweile das Niveau einer „erweiterten strategischen Partnerschaft“ erreicht. Jedes Jahr finden in Kasachstan gemeinsame Militärübungen mit der NATO statt. (...) Gleichzeitig wurde die linke Opposition von staatlicher Seite stark bekämpft, sowohl Kommunisten als auch unabhängige Gewerkschaften stark unter Druck gesetzt. Vor diesem Hintergrund kam es zu der gegenwärtigen sozialen Explosion im Land. Der direkte Grund war die Erhöhung der Kosten für Flüssiggas. Zuvor hatten die Behörden den Übergang zur „Marktpreisgestaltung“ und den vollständigen Abbau von Subventionen angekündigt. Westkasachstan wurde dabei zu einer Brutstätte der Unzufriedenheit. (...) Der Brennstoff wird in dieser Region produziert und die Menschen dort sind daher abhängig vom Absatz des Flüssiggases. Innerhalb weniger Tage breitete sich die Empörung auf andere Regionen Kasachstans aus. Anfangs verliefen die Proteste friedlich, die Teilnehmer der Kundgebungen forderten niedrigere Preise, höhere Löhne und Sozialleistungen sowie die Rücknahme von sogenannten Rentenreformen. Aus Solidarität mit den Demonstranten traten die Arbeiter auf mehreren Ölfeldern in den Streik. Die Situation änderte sich jedoch schnell und geriet außer Kontrolle. Erste Terrorakte und Vandalismus wurden aus den Städten Shanaosen und Aktau im Oblast Mangistau im Südwesten Kasachstans gemeldet. In Almaty und anderen Städten eskalierten die Unruhen schließlich zu gewaltsamen Zusammenstößen. Insbesondere die Flughäfen Aktobe, Aktau und Almaty wurde lahmgelegt und sogar für das Kosmodrom Baikonur bestand eine Bedrohung der Sicherheit. Gruppen bewaffneter

Schläger griffen Sicherheitskräfte, Ärzte, Feuerwehrleute und Zivilisten an. Eine Welle der Plünderungen fegte durch die Städte. (...) Diese kriminellen Gruppen nutzen die Demonstrationen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen. Zunächst einmal sind das radikal-islamistische Zellen. Deren Aktivität ist durch demonstrative Grausamkeit gegenüber den Sicherheitskräften charakterisiert, was unter anderem durch das Abschneiden der Köpfe bei Angriffen auf die Polizei belegt ist. Agenten externer Kräfte sind ebenfalls aktiver geworden. Zunächst in Almaty, das traditionell als Hochburg des liberalen Einflusses gilt. Hier befinden sich die Büros einer beträchtlichen Anzahl pro-westlicher NGOs. Ebenso entfesselten nationalistische Gruppen ihre Aktivitäten, als mittels Brandstiftung gezielte Angriffe auf Gebäude staatlicher Einrichtungen durchgeführt und zudem auch die Beschlagnahme von Waffen stattgefunden hatte. Es kann nicht ausgeschlossen werden, daß die Aktionen all dieser Kräfte von einem Zentrum aus koordiniert wurden, das Kasachstan destabilisieren wollte. Aber es ist unmöglich, die Führung der Republik von der Verantwortung für die Tatsache zu entbinden, daß Aktivitäten pro-westlicher Kräfte lange genug geduldet und eine versöhnliche Position gegenüber Islamisten eingenommen wurde. (...) Vor dem Hintergrund der Verschärfung der Situation gegenüber der Russischen Föderation haben wir einen Schlag gegen diese an ihren südlichen Grenzen gesehen. (...) Den Ausbruch der Empörung des Volkes über die Preiserhöhungen nutzte ein die dschihadistischen Kämpfe in Syrien und dem Irak stützender terroristischer Untergrund sofort aus (...), der dort zudem auch eigene Kampferfahrungen gesammelt hat. (...) Vertreter dieses Untergrunds gelang es, mit den Massen der Demonstranten zu verschmelzen und gleichzeitig kriminelle Elemente zu aktivieren. Tausende von Menschen litten unter den Handlungen dieser Kriminellen. Hunderte wurden ins Krankenhaus eingeliefert, Dutzende liegen auf der Intensivstation, und viele wurden auch getötet. Randalierer behinderten die Arbeit von Krankenwagen und medizinischen Einrichtungen, benutzten Schusswaffen, schüchterten die Bevölkerung ein und plünderten Geschäfte. Dieses Handeln zeugt von geplanten Schritten, die aus dem Ausland koordiniert und finanziert wurden. Der Präsident Kasachstans rief den Ausnahmezustand aus, entließ die Regierung und wandte sich angesichts des Ausmaßes der Ereignisse an die Organisation des Vertrages über Kollektive Sicherheit (OVKS). Für die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPdRF) ist der Einsatz von OVKS-Friedenstruppen eine angemessene und rechtzeitige Maßnahme, um eine weitere Farbrevolution zu verhindern. (...) Wir betrachten die Hauptaufgabe des

Friedenssicherungskontingents im Schutz strategischer Einrichtungen, die das normale Leben der Bürger gewährleisten, und dem Schutz der Bevölkerung vor Terroranschlägen von Dschihadisten. Die Verwicklung von Friedenstruppen in den internen Streit kasachischer Machtgruppen wäre vollkommen inakzeptabel. Denn es wäre ein Fehler der kasachischen Führung, den Weg zur Verfolgung friedlicher Demonstranten freizumachen

und alle Demonstranten als Terroristen zu bezeichnen. Wir glauben, daß die Regierung sofort in einen Dialog mit der arbeitenden Bevölkerung treten sollte.

(...) Die wichtigste Schlußfolgerung aus den Ereignissen in Kasachstan besteht in der Einsicht, daß der Versuch der kasachischen Bourgeoisie, ihr Land in die Welt des globalen Kapitalismus zu integrieren und es so zu einer Marionette der Weltoligarchie zu machen,

gescheitert ist. Das grundlegende Interesse der Völker Rußlands, Kasachstans und aller anderen Staaten ist es, eine solche katastrophale Politik zu verhindern. (...)

Der Pressedienst des ZK der KPdRF veröffentlichte diese Erklärung am 8. Januar 2022 auf der Website kprf.ru.

Übersetzung aus dem Russischen und redaktionelle Bearbeitung: Silvio Rossi

Hunger wird gemacht

Die aktuelle Hungerkatastrophe in Afghanistan ist maßgeblich von den westlichen Mächten mitverursacht worden. Das zeigen Berichte von Hilfsorganisationen wie auch Analysen der afghanischen Wirtschaft während der Zeit der westlichen Besatzung. Demnach haben USA und NATO das Land bei ihrem Abzug im August 2021 in einem Zustand umfassender Abhängigkeit von Hilfgeldern zurückgelassen, die eine logische Folge der Besatzungsökonomie war. Noch kurz vor dem überstürzten Rückzug der westlichen Truppen machten laut Angaben der Weltbank humanitäre Hilfe, westliche Entwicklungsgelder und finanzielle Unterstützung des Westens für das afghanische Militär 43 Prozent des gesamten afghanischen Bruttoinlandsprodukts aus. Hinzu kam, daß die westlichen Streitkräfte und sonstiges westliches Personal weitere Gelder ins Land brachten. Das führte dazu, daß Sektoren aufgebläht wurden – vor allem Dienstleistungen –, die der Westen für den Aufenthalt seines Personals und für seine Operationen benötigte, daß aber zugleich wichtige Branchen, die Afghanistan Unabhängigkeit hätten bringen können – insbesondere jede industrielle Produktion –, systematisch vernachlässigt wurden. Daß die afghanische Währung aufgrund der sicheren Mittelzuflüsse überbewertet war, begünstigte Importe und erschwerte so zusätzlich den Aufbau jeder eigenständigen Industrie.

Hatte die afghanische Wirtschaft unter diesen Bedingungen faktisch keine Chance auf eine eigenständige Entwicklung, so ist sie mit dem Abzug des militärischen und zivilen Personals aus dem Westen und der Einstellung westlicher Zahlungen nahezu unmittelbar kollabiert – 43 Prozent des Bruttoinlandsprodukts sind nicht ohne weiteres auf die Schnelle zu ersetzen. Laut Angaben der International Labor Organization (ILO) haben seither zwischen 700 000 und 900 000 Afghanen offiziell ihre Erwerbsarbeit verloren. Bei einer Gesamtbevölkerung von geschätzten 40 Millionen und zugleich einer hohen verdeckten Arbeitslosigkeit ist dies eine gewaltige Zahl. Besonders betroffen sind das Dienstleistungs- und das Baugewerbe, in denen vor dem Abzug des Westens rund 2,5 Millionen Afghanen tätig waren – drei Viertel aller Beschäftigten in den Städten. Auch zahlreiche Staatsangestellte wurden entlassen. Hinzu kommt, daß die Biden-Administration im August Afghanistans Devisenreserven eingefroren hat, die sonst zur Überbrückung des Schlimmsten genutzt werden könnten. Von den

neun Milliarden US-Dollar liegen allein sieben Milliarden bei der US-Zentralbank; auch der Rest wird von Washington faktisch fast vollständig blockiert.

Eine verheerende Wirkung entfalten zusätzlich die Sanktionen, die Washington einst gegen die aufständischen Taliban verhängte, die aber weiter in Kraft sind, obwohl die Taliban im August 2021 an die Macht gelangten; damit ist jetzt die Regierung in Kabul inklusive aller ihr unterstehenden staatlichen Einrichtungen mit Sanktionen belegt. Insbesondere ist das Land vom globalen Finanzsystem abgeschnitten. Das bedeutet nicht nur, daß Importe nicht mehr bezahlt werden können, darunter Medikamente. Es bedeutet auch, daß die Tätigkeit von Hilfsorganisationen ausgehebelt wird, die – wenn überhaupt – nur unter erheblichen Schwierigkeiten Hilfsgüter auftreiben oder ihren afghanischen Angestellten Gehalt zahlen können. So mußten Ärzte sowie Pflegepersonal inmitten der Covid-19-Pandemie nicht nur ohne die benötigten Medikamente, geschweige denn Schutzausrüstung, auskommen; sie erhielten auch keinerlei Entgelt. Selbst die Lieferung frisch gedruckter Banknoten, die eine Druckerei in Polen hergestellt hatte, erwies sich als vollkommen unmöglich; Arbeiten zur Verbesserung der Stromversorgung mußten ebenso eingestellt werden wie vieles mehr. Die US-Sanktionen trugen damit maßgeblich zum umfassenden Zusammenbruch der afghanischen Wirtschaft bei. Einwände in Washington, der UN-Sicherheitsrat habe am 22. Dezember humanitäre Hilfe für Afghanistan von allen Sanktionen freigestellt, und auch die US-Regierungsbehörden hätten zahllose Sondergenehmigungen für humanitäre Hilfe auf den Weg gebracht, werden von Praktikern als Augenwischerei abgetan. Hauptursache ist, daß die US-Sanktionsgesetze als solche weiterhin gelten; sie umfassen hunderte teils juristisch komplex ausformulierter Seiten und sind oft – mutmaßlich bewußt – so schwammig formuliert, daß sehr breite Grauzonen bestehen bleiben. Sie verhindern nicht nur alle gewöhnlichen Wirtschaftstätigkeiten, die dringend nötig wären, um den weiteren Absturz Afghanistans zu verhindern. Sie sorgen auch dafür, daß kaum ein Unternehmen und insbesondere so gut wie keine Bank sich auf die Ausnahmeregelungen verläßt; allzu groß ist die Sorge, jenseits der Ausnahmeregelungen eine der noch geltenden Sanktionen zu verletzen – und die Härte der US-Administration bei der Durchsetzung ihrer Sanktionen ist

einschlägig bekannt. (...) Die Armut in Afghanistan war schon vor dem Abzug der westlichen Truppen dramatisch; der Anteil derjenigen, die unterhalb der Armutsschwelle lebten, war von 33,7 Prozent im Jahr 2007 auf 54,5 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Im Juli 2021 hatte die UNO die reichen Staaten aufgefordert, zusätzliche Mittel für Afghanistan zur Verfügung zu stellen: Rund 18 Millionen Afghanen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen, hieß es; ein Drittel der Afghanen sei unterernährt, die Hälfte der Kinder unter fünf Jahren sogar akut. (...) So haben nach Angaben des UN-Welterrnährungsprogramms 98 Prozent aller Afghanen nicht genug zu essen. Laut der Hilfsorganisation International Rescue Committee sind 24,4 Millionen Menschen von extremem Hunger bedroht; laut Save the Children sind mehr als 13 Millionen Kinder auf humanitäre Hilfe angewiesen, 3,9 Millionen sind schwer unterernährt. Die Hoffnung, die Sanktionspolitik könne eingestellt werden, ist schwach. In den USA wird aktuell einmal mehr daran erinnert, was Außenministerin Madeleine Albright im Jahr 1996 antwortete, als sie gefragt wurde, ob die US-Sanktionsziele im Irak den damals gemeldeten sanktionsbedingten Tod einer halben Million irakischer Kinder „wert“ seien. Albright erklärte damals im Fernsehen: „Wir denken, sie sind diesen Preis wert.“

Quelle: german-foreign-policy.com, 20.1.22

Redaktionell gekürzt

Am 6. März begeht

Dr. Matin Baraki

aus Marburg seinen 75. Geburtstag. Die Beiträge, die Matin als Autor und Referent seit vielen Jahren dem „RotFuchs“ zur Verfügung stellt, tragen die Handschrift eines prinzipienfesten, erfahrenen und überzeugten Marxisten-Leninisten. Seine Analysen und Berichte entlarven den geostrategischen Machtpoker des Westens um sein Heimatland Afghanistan. Wir sagen danke und wünschen Dir, lieber Matin, für das neue Lebensjahr Kraft und stabile Gesundheit.

Redaktion und Vorstand

Eine stolze Nation steht auf

„Der Neokolonialismus beruht auf dem Prinzip der Zerschlagung ehemaliger, lange vereinigter Kolonialgebiete in eine Reihe kleiner, nicht lebensfähiger Staaten, die nicht in der Lage sind, sich unabhängig zu entwickeln, und sich bei der Verteidigung und sogar bei der inneren Sicherheit auf die ehemalige imperiale Macht verlassen müssen.“ (Kwame Nkrumah: *Neo-Colonialism, the Last Stage of Imperialism*, London 1965, S. XIII)

Der Sudan, das ehemals größte Land Afrikas, ist bereits seit 2011 geteilt. Zwar hatte die südsudanesisch Befreiungsfront nur eine föderative Teilautonomie angestrebt, aber nach dem Tod ihres charismatischen Vorsitzenden John Garang (Hubschrauberabsturz unter dubiosen Umständen) und dem Nachrücken des Stellvertreters Salva Kiir zum neuen Vorsitzenden waren die Weichen für die Separation gestellt, was drei Konsequenzen nach sich zog: Erstens wurde der Staat ökonomisch empfindlich geschwächt, ihm verblieben nur 86 Mio. Barrel pro Tag der Ölförderung, aber trotz „Hilfen“ der arabischen Verbündeten die Gesamtheit der Schulden. Diese bezahlte der Sudan mit Soldaten im Krieg gegen den Jemen. Zweitens verlor er die politökonomische Dominanz über den Südsudan und damit einen Großteil des Erdöls (170 Mio. Barrel/Tag). Und drittens wurde der Einfluß Chinas (wie in Libyen) im jahrelangen Bürgerkrieg um die Führung Südsudans bezüglich ihrer Ansprüche auf zerstörte Ölfelder reduziert. Die Zeche der Abspaltung zahlte das Volk mit zehntausenden Toten und hunderttausend Vertriebenen. Zeitgleich mit der Abtrennung des Südsudans und des dort aufbrechenden Bürgerkriegs begann der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag Präsident El-Bashir wegen „Unterstützung des Terrors, Genozid in Darfour“ zu verfolgen. Dem voraus ging ein inszenierter Schachzug des „US-Ankerstaates“ Tschad. General Idriss Deby finanzierte die sudanesisch Darfour-Guerilla „Mouvement pour la Justice et l'Égalité“ (MJE) im Gegenzug für den grenzüberschreitenden Einsatz gegen die tschadischen Rebellen im eigenen Land, die wiederum im Sudan mit den berüchtigten Janjawid-Milizen gegen den MJE wüteten. Die blutigen Kämpfe um Land und Leben im von Trockenheit, Ausbreitung der Sahara und Sahel und des Hungers gebeutelten Darfour gaben den Anlaß zu einer internationalen Medienkampagne, Präsident El-Bashir des Terrors und Genozids anzuklagen. Die USA, die dem ICC nicht angehören, verhängten einschneidende ökonomische Sanktionen. Weltbank und Internationaler Währungsfonds setzten wie 2013 die Dauerschrauben der Kreditbedingungen, die sogenannten Anpassungsreformen, an: Austeritätspolitik, Kürzung sozialer Ausgaben und Streichung der Subventionierung von Lebensmitteln. Es war nur eine Frage der Zeit, daß 2019 das sudanesisch Volk

aufstand und in massenhaften, friedlichen Demonstrationen die Herrschenden zur Einsicht brachte, daß es so nicht weitergehen könne.



Das Plakat rief zu einer erneuten landesweiten Protest-Rally am 24. Januar auf, welche die Militärjunta blutig unterdrückte

Das Volk revoltierte nicht zum ersten Male: Von den vier Revolutionen folgten nur der „Oktoberrevolution“ 1984 und der „April Intifada“ zivile Regierungen. Seit General El-Bashirs Abgang 2019 hat der Sudan alle vier Phasen der Counterforce durchschritten:

- Machtergreifung durch das Militär,
- Repression des Widerstands, die über 70 Menschen das Leben kostete,
- formale Zugeständnisse für eine gemischte Militär-Zivil-Übergangsregierung,
- politisch-ökonomische Restauration durch Aufhebung der US-Sanktionen (erkauft durch die Anerkennung Israels), Schuldenschnitte von Deutschland und Frankreich, PPTE-Entschuldungsprozeß beim Internationalen Währungsfonds über 53 Prozent der Kredite und Investitionshilfen auch aus Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Das Militär sperrte sich dagegen, die militärische Macht von einem zivilen Verteidigungsminister einschränken und die vom Militär kontrollierten (und abgeschöpften) Staatsunternehmen durch Zuweisung an verschiedene Ministerien entflechten zu lassen, um diese später entsprechend den IWF-Bedingungen zu privatisieren und dem internationalen Kapital zum Fraß vorwerfen zu müssen. Der starke Mann, Vorsitzender des „Sovereign Council“, General Al-Burhan, setzte die Ministerbesetzung aus und den Premier Hamdock vor die Tür. Allerdings rechnete er nicht mit dem medial verstärkten Einspruch der hinter ihm stehenden Gebermächte, worauf er den ungeliebten Premier wieder in Amt und Würden setzen ließ. Dieser jedoch wollte sich nicht als Galionsfigur mißbrauchen lassen und trat zurück, es sei ihm unmöglich, den Übergangsprozeß entsprechend

der Transitions-Charta umzusetzen. Geschwächt durch interne Widersprüche sah er sich offensichtlich nicht ausreichend durch die den zivilen Widerstand tragende Oppositions-Allianz „Forces of Freedom and Change“ (FFC) gestützt. General El-Burhan ernannte Minister für die Übergangsregierung nach seinem Gusto. Die westlichen „Aufbauhilfen“ wurden ausgesetzt, wie Radio Dibanga meldete, „bis zur Einsetzung einer zivilen Regierung“. Die USA hatten den in Syrien „verbrannten“ Gesandten Jeffrey Feltman gegen David Satterfield ausgetauscht, der mit Volker Perthes als UN-Beauftragter der „UN Integrated Transition Assistance Mission in Sudan“ (UNITAMS) versuchte, einen „nationalen Dialog“ in Gang zu bringen, wogegen sogar aus dem Busch von Rebellengruppen heftig opponiert wird, so „Africa Intelligence“ vom 26. Januar 2022. Weitere Risse im System der Militärmacht deutet der Rücktritt des Gouverneurs des Bundesstaates El Gezira an. Er sei vor der Ernennung nicht konsultiert worden. Das war schon der dritte Rücktritt nach dem Minister für Jugend und Sport aus der geschäftsführenden Regierung des Junta-Chefs Abdelfattah El-Burhan. Der Unterstaatssekretär im Gesundheitsministerium war schon im Dezember zurückgetreten.

La lotta continua – Der Kampf geht weiter

Trotz divergierender Klasseninteressen nehmen soziale Konflikte zu. Die 22 sozialen, politischen und bewaffneten Bewegungen und Organisationen tragen den zivilen Part FCC im 11köpfigen „Sovereign Council“, dem höchsten Organ in der Transition. Obwohl einige Parteien, darunter die Sudanesisch Kommunistische Partei (SCP), die Interessen der arbeitenden Klassen vertreten, ist in der FCC der Weg bürgerlicher, für die das Agro- und Handelskapital vertretenden „Effendi“-Parteien ein gänzlich anderer. Die Klimakatastrophe ist in Afrika und insbesondere im Osten Sudans seit Jahrzehnten brutalste Realität und führt zu radikalen, auch bewaffneten Konflikten um Wasserzugang, Land- und Wegenutzung etc. Die Bevölkerung leidet unter extremer Armut. Nach dem Human Development Index, was Bildung, Energie und Gesundheit betrifft, belegt das Land den 170. Platz von 189 gelisteten Ländern. Knapp 40 Prozent sind Analphabeten. Nach Wirtschaftsdaten kompakt von German Trade & Invest betrug im letzten Jahr die offizielle Arbeitslosigkeit 28,4 Prozent. Die Inflationsrate ist von 2019 (51 Prozent) über 163 Prozent 2020 auf 197,3 Prozent im Jahr 2021 gestiegen – ein täglicher Kampf ums tägliche Brot. Auf dem Welthunger-Index liegt der Sudan – eigentlich die Kornkammer Zentralafrikas – auf Platz 95 von 116 aufgeführten Ländern. 12,3 Prozent der 43,85 Millionen Sudanesen sind nach Angaben der Welthungerhilfe akut

unterernährt. Über 60 000 Flüchtlinge aus der äthiopischen Region Tigray kommen zu den Hunderttausenden aus dem von Bürgerkrieg, Dürren und Heuschrecken geplagten Südsudan hinzu.

Die treibende Kraft im FFC, die durch monatelangen Massenprotest den Machthaber El-Bashir zum Rücktritt gezwungen hatten, sind – wie in den früheren Revolutionen – die in der „Sudanese Professional Association“ (SPA) zusammengeschlossenen Berufsverbände und Gewerkschaften, die Sudanesisch Kommunistische Partei und die den Widerstand aufs Land tragenden „Widerstands-Komitees.“ Die von der SPA formierten Nachbarschafts-Widerstandskomitees sind vor Ort dabei, administrative Aufgaben zu übernehmen und den Schutz der Bewohner zu organisieren. Weit entfernt, die Führung zu beanspruchen, strebt die Sudanesisch Kommunistische Partei danach, Allianzen aus Nachbarschafts-Widerstandskomitees, Gewerkschaftsgruppen und lokalen Initiativen zu bilden, soziale Forderungen zum täglichen Überleben zu stellen und den Widerstand zu unterstützen. Sie hatte ihre Lehren aus dem gescheiterten Umsturz 1971 gezogen. Führende Mitglieder von Widerstandskomitees in Groß-Karthum händigten UNITAMS ein Memorandum aus, das nunmehr eine komplette zivile Übergangsregierung und die Bestrafung der an den Massakern an Demonstranten beschuldigten Militärs fordert. Der „Central Command Council“ von FFC ist zur Zusammenarbeit mit der UN-Mission bereit, um den „Nationalen Dialog“ zu erleichtern: „Die Militärherrschaft zu beenden, ist der einzige Ausweg mit freien, international überwachten Wahlen“. Danach sollten die verschiedenen militärischen und paramilitärischen Formationen in eine nationale Berufarmee zusammengeführt werden. Die Kommunistische Partei forderte in ihrer Presseerklärung von Volker Perthes, UNITAMS solle anerkennen, daß „die derzeitige Regierung eine diktatorische Militärregierung“ ist,

sie solle „das Recht der Sudanesen auf eine zivile Regierung und auf alle Rechte und Freiheiten bekräftigen und davon abraten, vorgezogene Wahlen abzuhalten, insbesondere angesichts der Präsenz der militärischen Komponente an der Macht“. Sie unterstrich: „Jeder Versuch, zur Situation vor dem 25. Oktober zurückzukehren, wird zurückgewiesen!“

Der neue US-Gesandte für das Horn Afrikas, David Satterfield, besuchte mit der US-Unterstaatssekretärin für Afrika, Molly Phee, den Sudan und unterstützte die Militärjunta, eine „unabhängige Regierung von Technokraten“ zu bilden (mit anderen Worten: die FFC auszuschalten, wenn nicht zu spalten) und einen „Nationalen Dialog“ zu führen, wofür er in Gesprächen mit Widerstandskomitees geworden hatte.

Khaled Omar, ein führendes Mitglied von FCC, der als Kabinettsminister zurückgetreten war, forderte eine „neue Verfassung, legitimiert durch eine Volksabstimmung, die auf voller ziviler Macht beruht“. Und er gab die angemessene Antwort: „Es gibt keinen Weg aus der augenblicklichen Krise, außer man geht auf die Forderungen der Straße ein.“

Zum ersten Mal, seit das Duo Karriere-Militär General El-Burhan und Milizen-Chef General „Hemeti“ Dagalo die alleinige Macht ausüben, waren am 17. Januar Tausende auf den Straßen, begleitet von Streiks, sieben Protestanten wurden getötet, wie Le Monde meldete. Für den 24. Januar hatten landesweit die Widerstands-Komitees erneut zum „Marsch der Millionen“ aufgerufen und blockierten in Khartum die Hauptstraßen und im Norden für 200 LKWs den Grenzübergang zu Ägypten. Die dortigen Widerstandskomitees forderten ihren Teil an den Einkünften der Goldminen und anderen Ressourcen in „Northern State“, die bislang nur nach Khartum in die Taschen der Militärs abflossen. Berater im Justizministerium prangerten den Tag zuvor mit einem Sit-in vor dem Gebäude die Tötungen friedlicher

Demonstranten an, der Unterstaatssekretär im Justizministerium beteiligte sich an dieser Mahnwache – er wurde von Junta-Chef El-Burhan entlassen.

Wird die vierte Revolution in Restauration versinken?

Es ist noch zu früh, eine Prognose zu wagen. Die angeführten Rücktritte deuten Risse im System der Militärmacht an. Es wird wohl darauf ankommen, welchen Druck die USA, UN und Afrikanische Union mit welchem Ziel ausüben werden.

Auf der anderen Seite der Front ist der Widerstand noch nicht so stark wie zu Beginn. Die sozial heterogene Volksbewegung FCC wird nur durch den Minimalkonsens „Weg mit dem Militär“ zusammengehalten. Auf der einen Seite agieren die Kommunistische Partei mit einer im ländlichen Sudan schwach entwickelten Arbeiterbewegung sowie aufreißerische Studenten, auf der anderen Seite in der PLA Kleinunternehmer, Basaris, Handwerker und Weiße-Kragen-Angestellte.

Muzan Aineel, die sudanesisch Gründerin des „Innovation, Science and Technology Think-tank for People-Centered Development“, ist angesichts der „konterrevolutionären globalen Allianzen“ pessimistisch. Sie sieht die Voraussetzungen nicht gegeben: „Der Weg zur Verwirklichung der Ziele der sudanesischen Revolution erfordert eine organisierte sudanesisch Arbeiterklasse, die den größten Anteil an der Verwirklichung der Ziele der Revolution hat. Er erfordert auch die Bildung einer strategischen Allianz mit allen, die sich im antiimperialistischen Widerstand engagieren und ähnliche Ziele verfolgen, innerhalb und außerhalb der sudanesischen Grenzen.“

Dennoch, Francis Arzalier, dem Herausgeber des Magazins „Aujourd'hui L'Afrique“, ist zuzustimmen, wenn er schreibt: „Allein das sudanesisch Volk wird seine Zukunft entscheiden und wir, wir können nur solidarisch mit ihren Kämpfen sein, die auch die unseren sind.“

Georges Hallermayer

Herzliche Gratulation für Egon Krenz

Am 19. März begeht Genosse Egon Krenz seinen 85. Geburtstag. Die Redaktion des „RotFuchs“ und der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins gratulieren Dir herzlich und wünschen Dir alles Gute und vor allem Gesundheit.

Wir verbinden das mit dem Dank für Dein Engagement zur Unterstützung der RF-Regionalgruppen. Die Veranstaltungen mit Dir sind unsere wahrscheinlich am besten besuchten und haben weit über unsere Mitglieder hinaus ein starkes öffentliches Echo. Das hat mit der zugespitzten Kriegsgefahr, dem Aufmarsch gegen Rußland und die Volksrepublik China zu tun. Denn Du bist mit Deiner Sachkunde und Deinem Eintreten für Frieden und

Entspannung für viele Menschen zu einem wichtigen Mahner geworden, der begründet Hoffnung vermitteln kann. Regelmäßig veröffentlichen wir dazu Artikel und Reden von Dir – auch dafür herzlichen Dank.

Als Dich die BRD-Rachejustiz verfolgte, hast Du Dich ihr standhaft entgegengestellt. Die Verteidigung des deutschen Friedensstaates, an dessen Spitze Du bis zur Konterrevolution standst, ist gerade in der heutigen Weltlage von besonderer politischer Bedeutung. Das Erbe der DDR zu bewahren, gehört zu Deinen wichtigsten Anliegen.

Du veröffentlichten wir Deine Rede, die Du wenige Wochen zuvor in Peking gehalten hattest. Dort sagtest Du: „Solange

die Sowjetunion und mit ihr auch die DDR existierten, gab es in Europa keinen Krieg. Im Umkehrschluß bedeutet das allerdings auch: Das Verschwinden der DDR von der politischen Landkarte ist ebenfalls ein europäischer Wendepunkt. Zum ersten Mal nach 1945 wurde Krieg in Europa – sogar mit deutscher Beteiligung – wieder geführt. Die Vision eines friedliebenden Europa, die nach dem Zweiten Weltkrieg möglich schien, zerschellte, als die US-geführte NATO Jugoslawien bombardierte.“

Daran zu erinnern ist gegenwärtig nötiger denn je. Wir wünschen Dir viel Kraft und beste Gesundheit in den Auseinandersetzungen, die vor uns liegen.

Keine Konjunktur für Alternativen

Linkskräfte mußten bei Wahl in Portugal schwere Einbußen hinnehmen

Bei der vorgezogenen Parlamentswahl in Portugal am letzten Januarsonntag haben durch Umfragen beeinflusste taktische Wahlentscheidungen den Ausschlag dafür gegeben, daß sich die Sozialisten (PS) eine absolute Mehrheit der Sitze in der Assembleia da República sichern konnten. Wie erste Analysen zeigten, ging für Oppositionsführer Rui Rio von den rechtsliberalen Sozialdemokraten (PSD) der Schuß nach hinten los. In der Endphase des Wahlkampfes, als einige Meinungsforscher ein unerwartet enges Rennen sahen, hatte Rio angedeutet, daß sich seine Partei von der rechtsextremen Chega tolerieren lassen würde – ähnlich der Zusammenarbeit von Sozialisten und kleineren Linksparteien in der Vergangenheit. Die Folge war eine Mobilisierung der Wählerschaft aus dem Mitte-links-Lager, während dasselbe auf der Rechten nicht eintrat. Die Angst vor einem Sieg der PSD mit der hoffähig gemachten Chega im Schlepptau sorgte dafür, daß auch viele, die nicht unbedingt mit der PS sympathisieren, für die Partei von Ministerpräsident António Costa stimmten.

Costa kann ohnehin auf eine hohe Popularität bauen. Die von der Realität weit entfernten, doch medial aufgebauchten Umfragen spielten ihm zusätzlich in die Hände. Und während die Sozialisten geschlossen auftraten, hatte die PSD in den Monaten vor der Wahl mit innerparteilichen Machtkämpfen Schlagzeilen gemacht. Daß sie dennoch leicht zulegen konnte, hat sie in erster Linie der Fokussierung der Leitmedien auf einen Zweikampf der größten Parteien zu verdanken. Die Gesellschaft im Corona-Modus stärkte die Position der Autoritäten und erschwerte es den kleineren Parteien, in der Öffentlichkeit in Erscheinung zu treten. Entsprechend haben sich die Gewichte im Parlament verschoben, die Zahl der darin vertretenen Kräfte hat sich reduziert. Auf PS und PSD entfielen zusammengenommen fast 71 Prozent der Stimmen. Daß sich die beiden Parteien seit Jahrzehnten an der Macht ablösen, hängt auch mit dem nicht proportionalen portugiesischen Wahlsystem zusammen. In Bezirken, die nur wenige Sitze zu vergeben haben, sind alle anderen Bewerber faktisch chancenlos und Stimmen für sie verschenkt. So reichten den Sozialisten dieses Mal 41,5 Prozent, um 119 der 230 Abgeordneten des Nationalparlamentes zu stellen. Nach zwei Minderheitsregierungen seit 2015 können Costas Sozialisten nun durchregieren, ohne auf Kompromisse mit Stützparteien angewiesen zu sein. Nach der Wahl betonte der Ministerpräsident indes, daß eine absolute Mehrheit in einer Demokratie nicht mit absoluter Macht verbunden sei und er weiterhin den Dialog mit den anderen Parteien suchen werde.

Was die für sie ungünstigen Rahmenbedingungen bei dieser Wahl betrifft, stimmen die bisherigen PS-Tolerierungspartner – seit

2019 ohne feste Vereinbarungen von Fall zu Fall –, der Linksblock (BE) sowie Kommunisten und Grüne in ihren Wahlauswertungen mit den Experten überein. Hinzu kommt, daß die Sozialisten die Gunst des Augenblicks zu nutzen verstanden. Die Auflösung des Parlaments und die Ansetzung vorgezogener Neuwahlen waren das Resultat gescheiterter Verhandlungen über den Haushaltsentwurf der Regierung im vergangenen Herbst. Die Parteien links der PS hatten, auch mit Blick auf die Milliardenhilfen der EU, deutlich mehr Geld für Gesundheit und Soziales und eine wirksame Bekämpfung von prekärer Arbeit gefordert. Costa ließ sie damit letztlich kalkuliert auflaufen.



Paula Santos, Fraktionsvorsitzende der PCP

Nachdem der Haushalt mit den Stimmen der Parteien links und rechts der Sozialisten im Parlament durchgefallen war, machte der konservative Staatspräsident Marcelo Rebelo de Sousa seine Ankündigung wahr, in diesem Fall das Wort zurück an die Wähler zu geben. Und die Sozialisten machten die angeblich zu keinen Kompromissen bereiten Linksparteien dafür verantwortlich, daß es soweit gekommen ist. Diese mußten herbe Rückschläge einstecken. Der plurale Bloco de Esquerda war besonders stark von der Wählerwanderung zu den Sozialisten betroffen und ist jetzt nur noch mit fünf Abgeordneten im Parlament vertreten, bisher hatte er 19 Sitze. Die Fraktion der PCP ist mit sechs Abgeordneten nur noch halb so groß wie nach der 2019er Wahl. Die mit ihnen in der Wahlallianz CDU zusammengeschlossenen Grünen (Partido Ecologista Os Verdes) sind nicht mehr in der Assembleia da República vertreten. Auch, wenn die PCP besonderes Gewicht auf ihre außerparlamentarische Verankerung und ihren Einfluß in den Gewerkschaften legt, limitiert diese Entwicklung ihre Möglichkeiten, politisch zu intervenieren. An die Spitze der kommunistischen Fraktion tritt mit der

41jährigen Chemie-Technologin Paula Santos, die für Setúbal erneut ins Parlament gewählt wurde, erstmals eine Frau.

Während die Verschiebungen im linken Spektrum eher konjunktureller Art sein dürften, sind die Umbrüche auf der Rechten tiefer und nachhaltiger. Die erst 2019 gegründete rechtsextreme Partei Chega unter ihrem Anführer und bis zur Neuwahl einzigen Abgeordneten André Ventura wurde mit 7,3 Prozent der Stimmen und 12 Sitzen drittstärkste Kraft. Einen ähnlichen Aufstieg erlebte auch die bisherige Kleinpartei Liberale Initiative (IL), die für weniger Staat und ein ungebremstes Walten des Marktes eintritt. Dafür stürzte die traditionelle rechtskonservative CDS-PP ab und gehört dem neuen Parlament nicht mehr an.

Chega gelingt es vor allem durch populistische Losungen und mit Schützenhilfe konservativer Medien, Aufmerksamkeit zu erregen und besonders frühere Nichtwähler für sich zu gewinnen. Nun dürfte sich auch in Portugal eine Partei vom äußersten rechten Rand fest etabliert haben. In die neue Legislatur startete die mit einem besonderen Affront gegen die politische Ordnung, die sich nach dem Sturz des Faschismus 1974 im Land etabliert hat. Für das ihr zustehende Amt eines der Vize-Parlamentspräsidenten schlug sie provokativ Diogo Pacheco de Amorim vor. Der Chega-Mitbegründer hatte sich 1975 der Demokratischen Bewegung zur Befreiung Portugals (MDLP) angeschlossen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollte und auf deren Konto zahlreiche Bombenanschläge und Morde gehen. Er war ein Gefolgsmann von General António de Spínola, dem Übergangspräsidenten nach der Nelkenrevolution, der die Entlassung der portugiesischen Kolonien in die Unabhängigkeit vereiteln wollte und nach einem rechten Putschversuch ins Ausland fliehen mußte. Später arbeitete Pacheco de Amorim für Politiker der CDS-PP und ist ein gutes Beispiel für die Durchlässigkeit rechtskonservativer Kreise für Leute seines Schlages. Der Chega-Vizechef gilt als ideologischer Kopf der Partei, die die Salazar-Diktatur weißwaschen will. Bevorzugt beklagt er den Verfall der Moral und der „jüdisch-christlichen und zivilisatorischen Werte“ in der neuen Zeit. Mit der aussichtslosen Kandidatur und einer Verfassungsbeschwerde nach Ablehnung ihres Vorschlags möchte sich Chega einmal mehr als Opfer der etablierten Politik inszenieren.

Für die Portugiesen geht es nun im wesentlichen weiter wie gehabt. Als eine der ersten Maßnahmen in der neuen Legislatur wollte Ministerpräsident António Costa den Haushalt verabschieden lassen. An bereits akzeptierten Vorschlägen von Linksblock, PCP, den Grünen und auch der Tierschutzpartei PAN wollten die Sozialisten dabei nicht rütteln. Vielleicht braucht man sich ja in der Zukunft erneut.

Wenn der Quetzal und der Condor gemeinsam fliegen ...

Vor 530 Jahren, am 12. Oktober 1492, rief der Mann im Mastkorb: „Land in Sicht!“ Kurz darauf betreten Christoph Kolumbus und seine Leute das Land, von dem sie glaubten, daß es Indien sei. Ein barbarischer Raubzug begann, geführt mit Schwert und Bibel. „Sie raubten uns das Gold, das Silber, und noch schlimmer, sie nahmen uns die Sprache, die Kultur und die Religion“, resümierte Fidel Castro anlässlich des 500. Jahrestages der Conquista.

Abya Yala, Land der Reife, nannten die Kuna in Panama und aus dem Nordwesten Kolumbiens den amerikanischen Kontinent vor der Ankunft der Europäer. Die verschiedenen Volksstämme Abya Yalas liebten die Vorstellung von der freien Gemeinschaft. Ihre Träume drückten sie poetisch aus: „Eines Tages wird der Adler gemeinsam mit dem Condor fliegen.“ Der Adler war das Symbol der Volksstämme des Nordens, der Condor das der Volksstämme des Südens. Die Vorstellung vom gemeinsamen Flug des Adlers und des Condors, der „Kämpfer des Regenbogens“, sollte die sich bekriegenden Volksstämme davon überzeugen, sie auch zu verwirklichen. Die Zeiten änderten sich. Auf die Kolonialherrschaft der spanischen Krone folgte der Interventionismus des nordamerikanischen Imperiums. An Stelle des Adlers muß zunächst ein anderer Vogel den Condor begleiten: der Quetzal.

Für die Einwohner Guatemalas ist der Quetzal ein unbezähmbarer grüner Vogel von mittlerer Größe mit einem bis zu 70 cm langen Schwanz, das Symbol der Freiheit und vollständigen Souveränität, der keine Grenzen kennt. Die poetische und ethische Vorstellung, „eines Tages wird der Quetzal gemeinsam mit dem Condor fliegen“, drückt den Willen der Volksstämme der Mitte und des Südens Abya Yalas aus, gemeinsam die Befreiungskämpfe zu denken und zu führen.

Nach dem Internationalen Treffen „Souveränes Abya Yala“ von 14 sozialen Bewegungen in Guatemala-Stadt Anfang Dezember 2021 besuchten zwei Delegationen der Andenvolksstämme die territorialen Versammlungen der Maya- und Xincavolksstämme, die sich im Widerstand befinden. Die besagten vielnationalen Versammlungen sprühten vor Enthusiasmus, Vertrauen in die Projekte und Glauben an den Sieg. In Kameradschaft und Brüderlichkeit begaben sich die Vertreter der Maya-, Xinca- und Andenvolksstämme, ohne sich vorher gekannt zu haben, auf „revolutionäre Flügel“ gleicher Richtung, gegen den Wind des neoliberalen und neokolonialen Imperiums, als würden Quetzal und Condor gemeinsam fliegen.

Der Empfang war grandios. Die Maya und Xinca erwarteten ihre Brüder und Schwestern aus den Anden in einem traumhaften Ambiente, in farbiger Kleidung, mit dem Duft der Pinienblätter und mit Folkloremusik. Die kommunalen Säle reichten nicht aus, um die Interessierten aufzunehmen. In den Foren hörten sie sich gegenseitig zu. Sie erzählten

vom historischen und gegenwärtigen Leben und sprachen über ihre Vorstellungen, sozialpolitischen Projekte und tausendjährigen Hoffnungen, die sie Schritt für Schritt gegen den Willen der jahrhundertlangen Kreolen-Herrschaft, die sie kolonialisierte, und die transnationalen Unternehmen, die seit langem über sie herfallen, verwirklichen wollen. Die Volksstämme des Quetzals und des Condors haben eine ähnliche Geschichte und tei-



len gemeinsame Vorstellungen. „Wir haben die gleichen Feinde ... Die transnationalen Staaten und Konzerne, der Neoliberalismus und der nordamerikanische Interventionismus rauben uns aus, verfolgen, daß unser Schicksal nicht der vielnationale Staat, unser Ziel nicht die verfassungsgebende Versammlung sind. Unser Ziel muß sein, unseren eigenen kollektiven Lebensinhalt in Harmonie mit Mutter Erde wieder aufzubauen. Wir nennen das ‚gut zu leben‘.“

Mayas, Xincas und Andenbewohner, die genetisch durch ihre Haut- und Haarfarbe sowie ihre Bodenverbundenheit viel Gemeinsames haben, waren sich einig, daß nicht die Differenzen der indigenen Völker, sondern die Kreolen-Staaten und die kapitalistischen Konzerne das Problem sind.

Die Vertreter der Volksstämme wollten sich näherkommen. Sie verpflichteten sich, von ihren Territorien aus die Bewegungen der sozialpolitischen Kämpfe fortzusetzen. Diese bestehen nicht mehr nur darin, soziale Ansprüche zu befriedigen und persönlichen Wohlstand zu suchen, sondern, die Macht der Reichen zu brechen und das Wohlbefinden der Menschen auf und mit Mutter Erde zu fördern – also „gut zu leben“. Die Teilnehmer meinten, früher als zu spät aufgewacht zu sein.

Wenige Tage vor Weihnachten 2021 sollte die zweite Beratung der Volksstämme und sozialen Bewegungen Abya Yalas der Mitte und des Südens in Cusco, Peru, stattfinden. Allein die angekündigte Teilnahme des Ex-Präsidenten Boliviens Evo Morales reichte aus, um die rustikale Oligarchie Limas wütend zu machen.

Diese Oligarchie verwehrt den tausendjährigen Volksstämmen Perus, selbständig zu werden.

RUNASUR¹ ist der bevorzugte Raum der Menschen des Süd-Kontinents mit der Absicht, den Prozeß der Befreiung von der Vorherrschaft die Kreolen-Oligarchien und des nordamerikanischen Imperialismus zu artikulieren. In Peru sind die Indigenen-Volksstämme „Sklaven und Siedler“ der Republik. Deshalb weist die Lima-Oligarchie jeden Versuch der Emanzipation seiner „Siedler“ zurück. In diesem Fall erklärten ihre Anhänger, das Treffen sei ein Angriff eines „ausländischen Rebellensiedlers“.

„RUNASUR will unsere Volksstämme teilen“, ist eine andere Krücke, die von den Wächtern oder Ex-Wächtern der peruanischen Kreolen-Republik wiederholt geschwungen wird. Doch die Indigenen-Gemeinschaft wird ihr Vorhaben der Befreiungskämpfe fortsetzen, bis ein souveränes vielnationales Abya Yala erreicht ist.

„Es sind die zweihundertjährigen Kreolen-Republiken, welche die Eingeborenen-Volksstämme teilten und die brudermörderische Grenzen aufstellten. Aymaras, Quechuas, Guaranes, Mayas, Misquitos ... sie alle wurden durch kriminelle republikanische Grenzen voneinander getrennt. Sie nannten unsere Blutsbrüder und -schwestern Ausländer. Wir wollen unsere jahrhundertalte Identität wiedererlangen und Peruaner, Bolivianer, Ecuadorianer und Guatemalteken sein ...“

„Die Vielnationalität ist eine sozialpolitische Antwort für den Aufbau, der die Entkolonialisierung der Völker vorsieht. Sie ist eine transmoderne Antwort. Traurig, aber wahr: Im 21. Jahrhundert fälschen die inneren Kolonialherren immer noch die Geschichte und versuchen, unseren Befreiungskampf aufzuhalten. Oder noch schlimmer: Sie geben ihre Falschheiten als Wahrheiten aus und verlangen, daß wir sie glauben. Im Verlauf der Zeit hat jedoch unsere Bereitschaft zugenommen, die zweihundertjährigen Kolonialrepubliken abzuschütteln.“ Ein neuer Traum kann Wirklichkeit werden: Der unbezähmbare Quetzal wird gemeinsam mit dem majestätischen Condor fliegen und die vielnationale Einheit finden. Eines Tages werden sich beide mit dem Adler vereinen ... Und dann führen die unaufhaltsamen „Kämpfer des Regenbogens“, der Quetzal, der Condor und der Adler, die Völker des Kontinents Abya Yala an, um ihn endgültig vom Ballast der kolonialen Vergangenheit zu befreien.

Wolfgang Herrmann
Dreesch

Gestützt auf Beiträge von Itzamná Ollantay auf teleSUR, Angehörige der Quechua, Kind der Pachamama, Anwältin, Theologin und Anthropologin

1 Wortzusammensetzung aus „Runa“ (in Quechua: Menschen) und „Sur“ (für südliche Hemisphäre)

... und jetzt wird enteignet?

RF dokumentiert ein Interview mit dem Sprecher der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ **Rouzbeh Taheri**, die den Volksentscheid parallel zur Bundestagswahl und zur Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 26. September organisiert hat.

Knapp 60 Prozent und über eine Million Berlinerinnen und Berliner votierten für eine Enteignung.

Am 26. September gab es ja auf Bundesebene wenig ermutigende Ergebnisse für diejenigen, die fortschrittliche Politik machen wollen. Ganz anders sah das in Berlin aus. Dein Kommentar dazu war: „Die Berlinerinnen und Berliner haben heute Geschichte geschrieben. Zum ersten Mal in Deutschland haben sie für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne gestritten.“ Warum „Geschichte“? Und: Tickt Berlin anders als der Rest des Landes?

Der Artikel 15 des Grundgesetzes zur Vergesellschaftung wurde zwar von Sozialdemokraten und Kommunisten im Parlamentarischen Rat erstritten, in der Geschichte der Bundesrepublik aber nie umgesetzt. Es gab in Parlamenten nie entsprechende Mehrheiten und auch nie den politischen Willen. Nun hat die Berliner Bevölkerung ein direktdemokratisches Votum für die Umsetzung dieses Artikels abgegeben unter bewußter Umgehung der Parlamente. Das ist schon ein historisches Ereignis. Dieses Votum strahlt auch auf andere Bereiche aus. Eine Diskussion über Eigentumsstrukturen in der Wirtschaft ist nicht länger tabu. Der Leidensdruck ist in Berlin etwas höher als im Rest der Republik. Hier sind die Mieten viel

schneller in die Höhe geschossen als beispielsweise in München. Die Menschen in Berlin begreifen permanente Mieterhöhungen nicht als ein Naturgesetz und sind eher bereit, sich zu wehren. Das Grundproblem der explodierenden Mietpreise besteht aber in vielen Städten der Bundesrepublik.

Während der Volksentscheid eine satte Mehrheit für Enteignung der großen Wohnungskonzerne brachte, erhielt die Partei, die euch als einzige offen unterstützte, bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus nur 14,1 Prozent und einen Dämpfer. In der neuen Koalition ist sie jetzt nur noch drittstärkste Kraft. Welche Gründe gibt es dafür?

Der Bundestrend hat sich auch in Berlin durchgesetzt, „Die Linke“ hat überall verloren, in Berlin aber nur halb so viel wie im Bundesdurchschnitt. In einzelnen Stadtteilen, wo das Ergebnis der Volksabstimmung besonders gut war, hat sie sogar dazugewonnen. Es scheint mir, als ob die Menschen zu einzelnen Initiativen mit klaren Forderungen mehr Vertrauen haben als zu Parteien mit ihren komplexen Programmen und ihren teilweise einander widersprechenden Botschaften.

Die neue rot-grün-rote Landesregierung will auf das klare Votum pro Vergesellschaftung reagieren, indem der Senat „in den ersten hundert Tagen“ eine „Expertenkommission“ einberuft, die zunächst „rechtssichere Schritte einer Vergesellschaftung benennen und bewerten“ soll. Das klingt nach Hinhaltetaktik und Aussitzen ...

Das Ziel der SPD ist, uns am ausgestreckten Arm verhungern zu lassen. Das haben sie

schon oft im Laufe der Kampagne versucht. Eine Kommission, die ein Jahr braucht, um dann nur Empfehlungen auszuarbeiten, die „gegebenenfalls“ in Eckpunkte umgewandelt werden, woraus dann erst ein Gesetz gemacht werden soll, ist keine Umsetzungs-, sondern eine Verzögerungskommission. Wir wissen aber, daß wir bisher jedes Mal aus einem solchen Verzögerungsszenario stärker hervorgegangen sind. Auch diesmal werden wir den Druck aufrechterhalten. Der Berliner Senat wird nicht in Ruhe ein Jahr lang vor sich hinkommissionieren können.

Besteht nicht die Gefahr, daß der Schwung der Massenbewegung für Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne abebbt?

Die Gefahr des Abebbens einer Kampagne besteht immer. Wir haben uns aber drauf eingestellt und uns auf ein Weiterführen der Aktivitäten in den nächsten Monaten und Jahren vorbereitet. Wir konzentrieren uns auf unsere Stärken: Organisation der Betroffenen, Kommunikation mit der Stadtgesellschaft und die permanente Skandalisierung der Mißstände. Aus diesem Dreiklang heraus können wir Druck entwickeln. Das Thema Vergesellschaftung ist in Berlin weiterhin täglich in der Presse präsent. Egal wie die künftige Berliner Regierung aussehen wird, uns werden sie nicht los.

Die Fragen für Lunapark21 stellte
Winfried Wolf.

Quelle: lunapark21, Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie, 30.12.21

Die Linke in Berlin – Quo vadis?

Hurra, wir sind wieder in der Regierung, könnte die Linke in Berlin doch jetzt frohlocken. War das nicht ein Erfolg, für den die Linke später teuer bezahlen wird?

Ein erster Blick auf die Ergebnisse der Berliner Wahlen im vergangenen Jahr könnte beruhigen: Der Zweitstimmenanteil der Partei ist im Vergleich zur Abgeordnetenhauswahl 2016 lediglich von 15,6 % auf 14 % zurückgegangen. Sie hat immer noch 24 Mandate gegenüber 27 in der letzten Legislaturperiode erreicht. Doch schauen wir etwas genauer hin: 2016 errang die Linke noch 12 Direktmandate, 2021 waren es nur die Hälfte. In ihren Hochburgen im Osten der Stadt ist der Rückgang wesentlich größer:

Lichtenberg von 26,9 % auf 21 %

Treptow Köpenick: 22,7 % auf 18,7 %

Marzahn Hellersdorf: 23,5 % auf 17,9 %

Pankow: 21,5 % auf 18,6 %

Rückblickend hat die Linke seit 2001 in Berlin 28,2 % an Zweitstimmen verloren. Ein beträchtlicher Teil bisheriger Wähler hat sich

von den Linken besonders in den Hochburgen abgewandt, weil die Bürger ihre Interessen durch die Partei nicht mehr vertreten sehen. Viele hat das Wahlkampfverhalten der Linken mit dem unbedingten Fokus auf Rot-Rot-Grün und dem Anbieten besonders von Spitzenpolitikern der Partei gegenüber der SPD abgeschreckt.

Die Linke ist nur noch viertstärkste politische Kraft in der Hauptstadt und wurde damit zum Juniorpartner der Berliner Koalitionsregierung.

Das erschreckte offenbar kaum, denn nach der Wahl kann man ja den Wählerwillen über sogenannte Zählgemeinschaften korrigieren. So geschehen zum Beispiel auch in Lichtenberg, wo die Grünen bei der Wahl des Bezirksbürgermeisters durch eine Zählgemeinschaft zwischen SPD, Linken und CDU aus dem langandauernden Machtpoker ausbootet wurden.

In Pankow konnte man nicht einmal eindeutig ausschließen, ob der Bezirksbürgermeister

der Linken nicht auch mit Stimmen der AfD ins Amt kam.

Nun liegt auch der Koalitionsvertrag „Zukunftshauptstadt Berlin“ der neuen Regierung des Landes Berlin mit den zeitgemäßen Schlagwörtern vor: Klimapolitik, Verkehrswende, Nachhaltigkeit, Vielfalt ...

Die Partei Die Linke legte das Dokument ihren Berliner Mitgliedern zur Abstimmung vor, danach erteilten angeblich 75 % dem Koalitionsvertrag ihre Zustimmung. Vergessen wird dabei geflissentlich, daß von den 8016 Berliner Parteimitgliedern nur 4220, also 52,6 %, an der Abstimmung teilgenommen haben. Von diesen haben 74,91 % mit Ja, 22,4 % mit Nein gestimmt, 3 % enthielten sich der Stimme.

Die Führung der Linken erklärte daraufhin, daß sie einen Regierungsauftrag mit großer Mehrheit erhalten hätte. Tatsächlich aber haben lediglich 39,4 % der Berliner Mitglieder dem Regierungsauftrag und dem Koalitionsvertrag zugestimmt.

Die Linken haben das wichtige Ressort Stadtentwicklung und Wohnen an die SPD abtreten und gegen das Ressort Justiz eintauschen müssen.

In der Legislaturperiode davor, als sie dieses Ressort verantwortete, hatte sie sich auch nicht gerade rühmlich hervorgetan. Zwar hatte die damalige Senatorin Frau Lompscher den Mietendeckel auf den Weg gebracht, aber dann mußte sie erst einmal wegen nicht abgerechneter Vergütungen aus übernommenen Mandaten im August 2020 zurücktreten.

Unter Führung der Linken ist nicht nur das Projekt Mietendeckel sang- und klanglos am 15. April 2021 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Dieses im Januar 2020 von der Berliner Landesregierung verabschiedete Gesetz verfolgte das Ziel, im Interesse der Mieter gesetzlich weiteren Mietpreiswucher zu untersagen, Obergrenzen festzulegen und überhöhte Mieten zu kassieren. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts lautete: Dem Land Berlin fehlt die Gesetzgebungskompetenz in dieser Frage. Das Mietpreisrecht liegt nach Auslegung der Karlsruher Richter in der ausschließlichen Zuständigkeit des Bundes.

Es gab also gar keine inhaltliche Auseinandersetzung zu diesem Gesetz, sondern eine einfache formale Entscheidung zur Zuständigkeit. Zu fragen wäre, durch wen und wie hat sich die verantwortliche Senatorin in der Gesetzgebungsphase eigentlich juristisch beraten lassen?

Ein weiteres Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom 9. November 2021, das bestimmt, daß das Vorkaufsrecht der Kommune nicht ausgeübt werden darf, wenn lediglich angenommen wird, daß der neue Eigentümer in Zukunft gegen den Milieuschutz verstoßen könnte, ist ein weiterer Rückschlag zum Nachteil der Berliner Mieter und macht das in der Hauptstadt durchaus oft ausgeübte Vorkaufsrecht zu einem stumpfen Schwert.

Mit der Abgabe des Senatsressorts an die SPD hat man sich elegant um die Verantwortung für die Durchführung des Volksentscheides „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ gedrückt und kann jetzt alles auf die SPD abwälzen.

Die Linke hatte sich ja im Wahlkampf eindeutig positioniert: zügige Umsetzung der Enteignung, oder besser der Übernahme in kommunales Eigentum mit Entschädigung des jetzigen Eigentümers, die sogenannte „Vergesellschaftung der Wohnungsbestände großer Wohnungsunternehmen“.

Kurz vor der Wahl hat die rot-rot-grüne Vorgängerregierung schon mal gezeigt, wie das aussieht: Am 17. September 2021 verkündete der damalige Berliner Finanzsenator Matthias Kollatz, daß die landeseigenen Gesellschaften Howoge, Degewo und Berlinovo 14 750 Wohnungen von Deutsche Wohnen und Vonovia zu einem Kaufpreis von 2,46 Milliarden Euro erworben haben. Die meisten stammen aus den 70er oder 80er

Jahren. Daraus ergibt sich zum Kaufpreis in den kommenden Jahren ein Aufwand für Sanierung und technische Instandsetzung, der auf 380 Millionen Euro beziffert wird. Die Verantwortlichen verschweigen, daß der erworbene Wohnungsbestand ein Teilrückkauf der Stadt Berlin von den im Jahre 2004 veräußerten 60 000 städtischen Wohnungen war. Damals erlöste die Stadt lediglich rund 405 Millionen Euro aus dieser Privatisierung. Genau dieser Wohnungsbestand hat heute einen Buchwert von 7 Mrd. Euro. Anfang des Jahres informieren die Berliner Wohnungsgenossenschaften über Kaltmietenerhöhungen zwischen 6 bis 8 %, gerade für die Wohnungen, die erworben wurden.

Wenn so die praktische Umsetzung des Volksbegehrens „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ aussieht, dann müssen sich die Berliner warm anziehen.

Der neue Senator für Stadtentwicklung, Herr Geisel, hat zwar schon mit privaten Immobilienunternehmen über die geplante „Neubauinitiative“ gesprochen. Mit den Vertretern der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“ gab es bisher noch keine Gespräche.

Kann man die Linke überhaupt noch als systemoppositionelle Partei bezeichnen oder hat sie sich schon zu einer systemkonformen Partei gewandelt?

Uwe Stöhr
Berlin

Karl Lauterbach – kein Hoffnungsträger

Der neue Gesundheitsminister Lauterbach hat sich währen der Corona-Pandemie einen Ruf als kompetenter Epidemiologe erworben – zur Hoffnung auf Verbesserung des Gesundheitswesens gibt es jedoch keinen Grund. Seit der Regierungsübernahme durch SPD/Grüne 1998 war er an vielen Entscheidungen beteiligt. Die damalige Ministerin Ulla Schmidt beriet er bei „Reformen“: Kassenleistungen wurden abgebaut, mehr Eigenbeteiligung an Krankheitskosten eingeführt, der Kassenbeitrag für Versicherte erhöht und der Anteil für Unternehmer gesenkt. Außerdem war Lauterbach maßgeblich an der Einführung der Fallpauschalen für Krankenhausbehandlungen beteiligt. Seitdem gibt es für Kliniken profitable Fälle einerseits, defizitäre Therapien andererseits. In der Höhe der Pauschalen spielt sich die uralte Hierarchie der Medizin wider – oben stehen Chirurgen, Orthopäden und Radiologen, unten Kinderärzte. Mit Herzoperationen, künstlichen Gelenken u.ä. machen Kliniken viel Geld verdienen, bei natürlichen Geburten und Behandlungen kranker Kinder zahlen sie drauf.

Wer berechnet solche Pauschalen, warum machen Krankenkassen so etwas mit? Das System machte Teilbereiche der Medizin hochprofitabel und war der Anstoß zur Privatisierung von Kliniken. Lauterbach ist ein

Freund der Profitmedizin jahrelang war er im Aufsichtsrat der Rhön-Kliniken AG. Er ist auch Verfechter der berüchtigten Bertelsmann-Studie, nach der fast die Hälfte aller Krankenhäuser geschlossen werden sollen. Obwohl der Inhalt dieser Studien in der Öffentlichkeit kritisiert wurde und es in keinem fach- oder Wahlgremium einen Beschluß dazu gibt, wird er eifrig umgesetzt. Trotz Pandemie schließen bundesweit Kliniken. Ein Krankenhausstrukturfonds fördert z. Z. das Aus von 34 Einrichtungen. Besonders betroffen sind Entbindungsstationen und Kinderkliniken. In Teilen Deutschlands ist die nächste derartige Einrichtung 50 Kilometer entfernt. Absurderweise müssen Kinderkliniken, die mehr Kinder aufnehmen als sie dürften – weil es weit und breit kein freies Bett gibt – hohe Strafen bezahlen.

Das Gesundheitsministerium sieht die Pandemie als Grund für weitere „Rationalisierungen“. Ressourcen bündeln und Versorgungsstrukturen optimieren ist angeblich

die Lehre aus der Misere. Das Gegenteil wäre richtig – die Anzahl der Betten und Intensivstationen und das Fachpersonal müssen an den erhöhten Bedarf angepaßt werden. Der Privatisierungswahn muß rückgängig gemacht werden, Kliniken müssen ohne Profitorientierung arbeiten. Dafür ist Druck von unten nötig – Lauterbach wird nichts davon von sich aus machen.

Gernot Linhart

Quelle: Gießener Echo, Zeitung der DKP
Gießen, Januar 2022



Die Linke – vorwärts in die Bedeutungslosigkeit

Christa Luft hat der Partei „Die Linke“ mit einer nachvollziehbaren Begründung den Rücken gekehrt. Vor ihr taten das schon viele andere Mitglieder. Man konnte es seit langer Zeit an zehn Fingern abzählen, wohin die Linke driften wird. Das Gespür hat nicht getrogen. Die Linke ist dort, wohin sie sich selbst katapultiert hat – mit 4,9 % der Wählerstimmen in die Bedeutungslosigkeit. Gerade drei Direktmandate haben noch zur Erhaltung einer Fraktion im Bundestag geführt. Diese Entwicklung wird das herrschende Establishment und das Kapital sicherlich mit Schadenfreude quittiert haben.

Nach der Konterrevolution entwarfen einige linke „Theoretiker“ die Mär von der Transformation des Kapitalismus in eine friedliche, vielleicht sogar sozialistische Gesellschaft. Aber etwas gesellschaftspolitisch transformieren kann nur, wer dazu die Macht, die Mittel und die Werkzeuge hat. Nun sieht jeder, daß das Meinungs- und Auffassungs- und Flügeldurcheinander nicht zu Einheit, sondern zu Spaltungen führt. Das hat inzwischen sogar Gregor Gysi, der Schöpfer des grenzenlosen Pluralismus in der Partei, erkannt. Wer gesellschaftspolitisch etwas verändern will, muß die Massen hinter sich haben. Hat diese Partei die Massen hinter sich?

Eine Regierungsbeteiligung bedeutet einerseits die Akzeptanz der herrschenden

Gesellschaftsordnung und andererseits die Abkehr vom ursprünglich einmal formulierten strategischen Ziel, die kapitalistische Ordnung zu überwinden.

Im Karl-Liebknecht-Haus sollte der Beitrag „Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung“, erschienen in der „RotFuchs“-Dezember-Ausgabe 2021, zur Pflichtliteratur gehören. Dieses seit Jahren feststellbare Anbiedere an die bestehenden Herrschaftsstrukturen hat zu brachialen Stimmenverlusten vor allem im Osten geführt. Statt dies zu analysieren, wirft man den Stimmenverlust Sarah Wagenknecht und anderen wirklichen Linken vor. Im Gegenteil: Man ist stolz, in Thüringen regieren und Berlin, Brandenburg, Mecklenburg mitregieren zu können. Mit der vorangegangenen Parteiführung begann die unaufhaltsame Abwärtsentwicklung der Linken und wird unter der jetzigen Führung fortgesetzt.

Die Arbeiterklasse hat sich seit ihrer Herausbildung ständig mit revisionistischen Auffassungen und Meinungen auseinandersetzen müssen. Die einstigen starken kommunistischen Parteien in Westeuropa haben sich durch die Teilnahme an den jeweiligen Regierungen, wenn schon nicht in Nichts aufgelöst, aber zumindest selbst geschwächt und bis zur Unkenntlichkeit dezimiert. Bestes Beispiel in Deutschland ist die SPD, die sich von einer kämpferischen

Arbeiterpartei in eine revisionistische Anpasserpartei entwickelte und ihre Wähler verriet und verrät. Und wenn in den letzten Jahren fortschrittliche linke Bewegungen in direkte Regierungsverantwortung zu gelangen versuchten, wurde das offen oder versteckt durch das herrschende Kapital, wie z. B. in Griechenland und Spanien, verhindert. Offenbar hat die Führung der Linken solche Tatsachen nicht zur Kenntnis genommen. Aber wie sollte es auch anders sein, wenn man Marx, Engels und Lenin nicht mehr im Sprachgebrauch hat.

Angesichts der täglich wachsenden Kriegsgefahr ist zu fragen: Wo sind die Aktionen zur Friedenserhaltung, wo die Mobilisierung von Friedenskräften? Wo sieht man denn die mobilisierende Handschrift der Linken? Wenn in der Parteiführung solche Experten wie Wulf Gallert das Sagen haben, wundert es nicht, wenn friedenserhaltende Forderungen in dieser Partei nicht mehr formuliert werden. Gallert setzt die USA/EU mit Rußland und China gleich. Hat er nicht mitbekommen, wer Kriege verursacht, wer Rußland einkreist, wer eine immense Aufrüstung betreibt? Und Gregor Gysi „stört der massive Aufmarsch der russischen Soldaten an der Grenze zur Ukraine“. Kennt er das Prinzip Aktion und Reaktion nicht?

Reiner Neubert
Berlin

Vom Meinungswandel eines Ex-Kanzlers

Es war Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der im Bunde mit dem seinerzeitigen Außenminister Josef Fischer 1999 das Bombardement gegen Serbien und Montenegro anordnete und Deutschland damit erstmals seit dem Ende des 2. Weltkrieges wieder an einem Krieg teilhaben ließ. Auch die Einführung „hartziger“ Lebensverhältnisse für Millionen Bundesbürger sind ihm anzulasten. Nun aber scheint er geläutert zu sein. Er wendet sich gegen den politischen Gleichschritt der neuen Ampelregierung beim Vormarsch gegen Rußland und China und betätigt sich als „Warnleuchte“ für die zukunftsblinden Chefs von SPD, den Grünen und FDP. Schröder warnt, sich nicht in den „Kalten Krieg“ des transatlantischen „Befehlshabers“ hineinziehen zu lassen.

In einer Kolumne im t-online-Nachrichten TV vom 3. März stellt er fest: „Die USA haben Angst, ihre ökonomische und damit verbunden auch politische Vormachtstellung in der Welt abtreten zu müssen.“

Doch „die Zeiten, in denen jemand die Vormachtstellung in der Welt hat, gehen tatsächlich zu Ende, auch wenn das noch nicht jeder glauben mag. Daher wäre eine

Entkopplung von China, wie es den Amerikanern vorschwebt, aus deutscher Perspektive grundfalsch. Wir dürfen uns in keinen Kalten Krieg hineinziehen lassen.“ Interessant wäre, ob Kanzler Olaf Scholz die Größe hat, diese realpolitische Überlegung seines Ex-Chefs aufzugreifen und seiner kriegslüsternden Außenamtsvorsteherin Baerbock die Zügel anzulegen. Reaktionen aus Regierungskreisen und den gleichgeschalteten Medien zufolge, scheint das jedoch illusorisch. Schröder sei, meinen sie, bei den Olympischen Winterspielen in China „ausgerutscht und auf den Kopf gefallen“.

Immerhin kamen ihm dabei offensichtlich neue Erkenntnisse. Mit Blickrichtung auf die Bundesregierung konstatiert Schröder: „Im Vorfeld der Olympischen Winterspiele in Peking sind aus dem politischen Berlin allerlei markige Forderungen zu hören, die unser Verhältnis zu China betreffen. Viele davon halte ich für irreführend, denn sie beruhen auf einem falschen Verständnis dieses Verhältnisses“. Nach Ansicht des Ex-Kanzlers ist „China für Deutschland und die ganze Europäische Union ein sehr

wichtiger Partner, der auch zunehmend ein ökonomischer Konkurrent wird. Aber politisch benötigen wir China in allen zentralen Fragen der Weltpolitik“.

Unabhängig davon, welche Motive seiner Meinung zugrunde liegen, ist sie richtig. Ohne China ist nichts mehr regulierbar in der Welt, mithin auch nicht in Europa, nicht in Deutschland. Wer diese Tatsache ignoriert, wird ökonomisch, politisch und letztendlich auch mit einer militärischen Aggression scheitern.

Wäre Schröders Standpunkt in der Bundesregierung aktuelle Politik, hätte er sicher die Chance, wieder Kanzler zu werden – obwohl: Als Lobbyist im russischen Gas-Geschäft eingebunden zu sein, ist ja auch nicht schlecht. So kann er vielleicht ein bißchen dafür sorgen, daß deutsche Bundesbürger auch zukünftig ihre Wohnungen zuverlässig mit russischem Erdgas beheizen können, um nicht das natur- und klimaschädliche sowie teure Frackinggas von „Uncle Sam“ bezahlen zu müssen.

Manfred Wild
Berlin

Impfstoffe gegen Corona – gigantische Profite für die Pharmariesen

In Australien gibt es eine Regulierungsbehörde für therapeutische Mittel (TGA). Diese entschied im Januar, daß „Sputnik V“ durch die australischen Behörden als Impfstoff gegen Covid-19 anerkannt wird. Das russische Vakzin wird bereits in über 70 Ländern eingesetzt.

Die vorgelegten Studiendaten zeigen, daß zwei Dosen von „Sputnik V“ eine durchschnittliche Wirksamkeit von 89 Prozent gegen die Coronavirus-Infektion haben. Ihre Wirksamkeit gegen Krankenhausaufenthalt oder Tod liegt bei 98 und 100 Prozent. „Die Anerkennung von Sputnik wird die Möglichkeiten für die Rückkehr internationaler Studenten, Reisen von Fach- und Hilfskräften nach Australien sowie Reisen von Geschäftsleuten und Spitzensportlern in unser Land erweitern“, berichtete die TGA. Bisher hatte Australien die Verwendung der Impfstoffe von AstraZeneca, Pfizer/BioNTech, Moderna und Johnson & Johnson genehmigt. AstraZeneca ist ein schwedisch-britischer Konzern. Die drei anderen Corona-Impfstoffproduzenten sind von amerikanischen Großkonzernen dominiert.

Anerkannt sind auch zwei in China und die zwei in Indien hergestellten Impfstoffe.

Die Anerkennung des russischen Impfstoffes durch Australien erfolgte offenbar aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, wie die TGA-Stellungnahme festhält.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO zählt derzeit 333 Impfstoffe. „Dazu kommen noch mindestens zwölf weitere Projekte, die sie noch nicht verzeichnet. Nicht alle Projekte verfolgen das Ziel einer EU-Zulassung. Viele Impfstoffe sind auch ausdrücklich für Zulassungen in anderen Regionen gedacht, beispielsweise in Ostasien.“ (vfa. Die forschenden Pharma-Unternehmen, 17.1.2022)

Sogar das kleine Kuba hat zwei Impfstoffe entwickelt. „Ein in Kuba entwickelter Konjugatimpfstoff gegen SARS-CoV-2 hat in einer Phase-3-Studie nach zwei Dosierungen eine Schutzwirkung von 71 % erzielt. Nach der Boosterung mit einem modifizierten Impfstoff stieg die Schutzwirkung auf 92,4 %. Ein Vorteil des Impfstoffs könnte seine gute Verträglichkeit sein.“ (aerzteblatt.de, 30.11.21)

Marktbeherrschung durch Marktabschottung

Die Europäische Union hatte beschlossen, Corona-Impfstoffe zentral über EU-Verträge für alle EU-Länder zu beschaffen. Mit folgenden acht Produzenten wurden Lieferverträge vereinbart: Valneva, AstraZeneca, Sanofi-GSK, Janssen Pharmaceutica NV (Johnson & Johnson), BioNTech-Pfizer, CureVac, Moderna und Novavax.

Die Marktabschottungsstrategie der EU verfolgt zwei Ziele. Das erste Ziel ist die Sicherstellung von hohen Profiten für die Pharmafirmen durch monopolistische Preisfestlegung. Das zweite Ziel besteht im

Ausschluß von Wettbewerb. Das wird insbesondere durch zentrale Vertragsabschlüsse über Liefermengen und Preise für Impfdosen seitens der Europäischen Union dokumentiert und vor allem durch Ver- bzw. Behinderung des Marktzuganges anderer Impfstoffproduzenten erreicht. Die EU und die BRD bedienen sich dafür nichttarifärer Handelsschranken. In unserem speziellen Fall übernimmt die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) die Rolle des Blockierers. Hauptargumente gegen eine Zulassung von „Sputnik V“ sind immer noch die Behauptungen, daß der Impfstoff nicht ausreichend getestet sei und nicht genügend Informationen von der russischen Seite geliefert wurden. Ungarn und die Slowakei haben jedoch den russischen Impfstoff inzwischen eingesetzt. Dies sei, so die ungarische Seite, „ein Erfolg“ gewesen.

Monopolistisches Preisdiktat

Monopolistische Marktpreisbestimmung erfolgt auf der Grundlage ökonomischer und politischer Machtposition. Sie dient der Sicherung hoher Monopolprofite und zur Unterdrückung bzw. Ausplünderung ökonomisch schwächerer Konkurrenten, Abnehmer (z.B. auch Staaten) und Lieferanten. Ausgehend von dieser Definition widerspiegeln die Preise für die Impfstoffe deutlich das Verschmelzen von wirtschaftlichen Machtpositionen einzelner Monopole bzw. Monopolgruppen mit der Preispolitik von Staaten bzw. supranationalen Organen, wie der Europäischen Union.

Anderthalb Jahre nach Pandemiebeginn wird der Corona-Impfstoff Medienberichten zufolge teurer: Wie die britische „Financial Times“ berichtete, haben die Hersteller Biontech/Pfizer und Moderna ihre Preise in den neuesten EU-Lieferverträgen angehoben. Laut der Tageszeitung, die offenbar Einblicke in Vertragsunterlagen erhielt, kostet eine Dosis des Impfstoffs von Biontech/Pfizer nun 4 Euro mehr, nämlich 19,50 Euro statt 15,50 Euro. Das entspricht einer Preisanhebung von etwa 25 Prozent. Der Moderna-Impfstoff sei in den neuen Verträgen 2,50 Euro teurer. Eine Dosis liege bei 21,50 Euro statt bei 19 Euro, was einer Steigerung von rund 13 Prozent entspricht.“ (RND Redaktionsnetzwerk Deutschland, 2.8.2021) Der „Tagespiegel“ nannte die Verhandlungen zu den Preisen für Impfstoffe „undurchsichtig“.

„Investigate Europe“ (ein Team von Journalisten aus neun europäischen Ländern) informierte am 23.9.2021: „Die EU habe so für Impfdosen möglicherweise rund 31 Milliarden Euro zu viel gezahlt, kritisiert nun die People's Vaccine Alliance, ein Bündnis von mehr als 70 humanitären Organisationen.“ Die Journalisten beriefen sich auf eine Studie des Imperial College London. Demnach liege die Herstellungskosten einer Dosis der mRNA-Impfstoffe in Massenproduktion im Bereich von 1,18 bis 2,85 US-Dollar. Britische Forscher kamen deshalb zu dem Ergebnis,

daß „Moderna“ einen Gewinn pro Impfung von 794 Prozent und „Pfizer/Biontech“ von über 1.838 Prozent erzielen.

Anspruch und Wirklichkeit

Der Kampf gegen die „Coronavirus-Krankheit-2019“ ist geprägt durch einen Kampf um Absatzmärkte und Profit. Dabei spielen US-amerikanische und westeuropäische Pharmakonzerne eine dominierende Rolle.

Besonders hart trifft diese Politik Entwicklungsländer, da wirtschaftlich schwache Länder einerseits ein schlecht ausgebautes Gesundheitssystem haben. Andererseits verfügen sie auch nicht über ausreichende finanzielle Mittel, um Pandemien durch den Kauf von Impfstoffen und Medikamenten effektiv zu begegnen.

Bis Ende Januar erhielten ca. 62 Prozent der Weltbevölkerung eine Impfung gegen Covid. In den Ländern mit niedrigem Einkommen waren es nur 10 Prozent.

„Bereits im Oktober 2020 hatten Indien und Südafrika bei der WTO beantragt, für die Dauer der Corona-Pandemie Patente und geistige Eigentumsrechte auf Impfstoffe, Diagnostika und Therapien auszusetzen. Das würde dazu führen, daß nicht nur mehr Hersteller Impfstoffe produzieren könnten, sondern auch Diagnostika wie Schnelltests und dringend benötigte Therapien mit Beatmungsgeräten. Nur so kann es gelingen, den weltweiten Bedarf für diese medizinischen Produkte zu decken und die Pandemie schneller einzudämmen,“ meinte „Brot für die Welt“ am 6.5.2021

US-Präsident Biden machte Anfang Mai 2021 den Vorschlag, Patente von Impfstoffherstellern vorübergehend auszusetzen, um den Entwicklungsländern die Herstellung von Vakzinen gegen Covid 19 zu ermöglichen. Dieser Vorstoß erfolgte aber erst, nachdem der US-Markt mit Impfstoffen abgedeckt war. Die Europäische Union lehnte das ab. Und zur Wahrheit gehört, daß die USA nicht wirklich die Patente freigeben wollten.

Im Rahmen der Vereinten Nationen wurde der Versuch unternommen gegenzusteuern. Im April 2020 wurde mit Unterstützung der WHO COVAX (Covid-19 Vaccines Global Access) gegründet, um einen weltweit gleichmäßigen und gerechten Zugang zu COVID-19-Impfstoffen zu gewährleisten. Sie war bisher jedoch nicht in der Lage, das Produktions- und Verteilungsproblem zu lösen. Dafür wären umfassende Zugeständnisse auf dem Gebiet des geistigen Eigentums (Patente) und der technischen Unterstützung seitens der westlichen Industrienationen erforderlich. „Geld- und Impfstoffspenden“ täuschen nicht darüber hinweg, daß Marktbeherrschung und monopolistisches Preisdiktat in den Bereichen Medizin, Pharmazie und Medizintechnik Teil des imperialistischen Weltherrschaftsanspruchs sind.

Dr. Ulrich Sommerfeld

WISSENSCHAFTLICHE WELTANSCHAUUNG

Gesellschaftsutopien im zaristischen Rußland (2 und Schluß)

Vor vielen Jahren hat der damalige „Deutschlandsender“ (später umbenannt in „Stimme der DDR“) eine auch in Westdeutschland gehörte und beachtete Sendereihe mit Vorträgen zu Fragen unserer wissenschaftlichen Weltanschauung ausgestrahlt, deren Manuskripte sich erhalten haben und die wir den Lesern des „RotFuchs“ in einer Auswahl zur Verfügung stellen – inhaltlich wurde nichts verändert, von einzelnen Kürzungen abgesehen. Man kann diese Vorträge lesen als Kapitel eines Geschichtsbuchs (dazu auch immer die Angabe des seinerzeitigen Sendetermins) und zugleich als Einführung in die Grundlagen marxistisch-leninistischen Denkens. Viele auch in den Vorträgen zum Ausdruck kommende Hoffnungen haben sich mit und nach der Konterrevolution von 1989/90 zerschlagen, manche Prognosen haben den Praxistest nicht bestanden – wesentliche Erkenntnisse von Marx, Engels, Lenin und anderen unserer Theoretiker aber haben nach wie vor Bestand, an ihnen halten wir fest, sie wollen wir auch mit dieser Serie vermitteln und erneut zur Diskussion stellen.

RF

11. August 1977

Im ersten Teil dieses Beitrags (siehe RF 288, Jan. 2022) hatten wir uns mit dem revolutionären und utopisch-sozialistischen Gedankengut Tschernyschewskis befaßt. Dieser Name steht für jene Gruppe, die als „Revolutionäre Demokraten“ vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts um eine Erneuerung der russischen Gesellschaft kämpfte.

Anfang der sechziger Jahre kam es in Rußland zu Unruhen, weil die von der Monarchie verabschiedeten Reformen zur Abschaffung der Leibeigenschaft in Wahrheit ganz den Interessen der Gutsbesitzer entsprachen. Die Bauern wehrten sich; es kam zu zahlreichen Protestaktionen. Im Zusammenhang damit wurden 1862 Tschernyschewski und andere Revolutionäre verhaftet. Der Zarismus glaubte, die anstehenden Probleme mit Hilfe des Terrors lösen zu können.

In den folgenden Jahren bildeten sich jedoch eine Reihe von Gruppen und Zirkeln, in denen die revolutionäre Bewegung weiterlebte. Das utopisch-sozialistische Gedankengut verbreitete sich zunächst vor allem unter Intellektuellen. So formierte sich in den siebziger Jahren jene politische Strömung Rußlands, die unter der Bezeichnung „Volkstümlerbewegung“ in die Geschichte eingegangen ist. Zu ihren bekanntesten Theoretikern gehörten Lawrow, Tkatschow, Michailowski und Bakunin. Mit den revolutionären Demokraten verband sie zunächst der Kampf gegen die zaristische Monarchie und die Verteidigung der Bauerninteressen. Auch sie waren der Überzeugung, daß die Bauernschaft die Hauptkraft einer revolutionären Umwälzung der Gesellschaft sein müsse.

Zu einem Angelpunkt ihrer theoretischen Überlegungen wurde die schon von den revolutionären Demokraten aufgeworfene Frage, ob Rußland den Weg zum Kapitalismus einschlagen muß oder nicht. Hatte Tschernyschewski ein Überspringen des Kapitalismus für möglich gehalten, so wurde das nun zu einer Grundüberzeugung der Volkstümlerichtung. Zum besseren Verständnis dieser Gruppierung einige Anmerkungen über ihre politische Entwicklung:

Ein entscheidendes Anliegen der Volkstümler war es zunächst, die Bauern von der Notwendigkeit eines Aufstands zu überzeugen.



Wera Sassulitsch (1849–1919), Übersetzerin des „Manifest“ ins Russische

Das führte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre zu einer breiten Bewegung unter der Losung „Ins Volk gehen“. Vor allem Studenten, die die Auffassungen der Volkstümler teilten, gingen damals in die Dörfer, um die Bauern für eine Erhebung gegen den Zarismus zu gewinnen. Der Höhepunkt dieser Bewegung wurde 1874 erreicht. Jedoch die Bauernschaft – unter großer Armut lebend, auf das brutalste unterdrückt, ihrem sozialen Charakter nach uneinheitlich – war keineswegs zu einer sofortigen Erhebung bereit. Die praktischen Ergebnisse der Studentenagitation waren gering.

Aus dieser Etappe zog die Volkstümlerbewegung dann auch eine wichtige Lehre: Die vorhandene Zersplitterung der Kräfte hatte sich als großer Mangel erwiesen, und es

setzte sich die Auffassung durch, daß es einer straff organisierten, einheitlichen revolutionären Organisation bedürfe, um die gestellten Ziele zu verwirklichen. Eine solche Organisation entstand 1876 unter dem Namen „Semlja i wolja“, „Land und Freiheit“. Zu ihren aktivsten Mitgliedern gehörten Georgi Plechanow, Wera Figner und Wera Sassulitsch. Sie stellten sich unter anderem die Aufgabe, für längere Zeit unter den Bauern zu arbeiten, um sie so für revolutionäre Aktionen zu gewinnen. Bedeutsam waren auch die ersten Ansätze politischer Agitation unter der sich jetzt bildenden Industriearbeiterschaft. Doch das Hauptaugenmerk galt der Arbeit auf dem Dorf. Die Versuche der Organisation, auf dem von ihr eingeschlagenen Weg die Bauernschaft zu revolutionieren, waren wiederum erfolglos. Wenn viele ihrer Anhänger bis dahin an den sozialistischen Geist der Dorfgemeinde geglaubt hatten und manche im Zusammenhang damit sogar von einem „besonderen kommunistischen Instinkt“ der russischen Bauern gesprochen hatten, so schlugen sich die wiederholten Mißerfolge bei nicht wenigen in ausgesprochener Resignation nieder, und es machten sich Zweifel breit, ob das Volk überhaupt zu einer Massenbewegung fähig sei. Dieser Umstand sowie der sich verschärfende Polizeiterror zwang dazu, viele Probleme des revolutionären Kampfes neu zu durchdenken. Dabei wurde jedoch von fehlerhaften theoretischen Positionen ausgegangen. Dazu gehörte z. B. die Gegenüberstellung von sogenannten „revolutionären Helden“, den eigentlichen „Akteuren“ der Geschichte, und der passiven Masse, die jene in Bewegung zu bringen hätten. Angesichts der fehlgeschlagenen Versuche, die Bauernschaft zu aktivieren, führte diese falsche Gegenüberstellung dazu, daß ein Teil der Volkstümler nunmehr nur in der unmittelbaren revolutionären Aktion der sogenannten „Helden“ die Rettung sah. Dieser Aktionismus schlug bald in individuellen Terror um; in ihm erblickte man das Hauptprinzip der revolutionären Bewegung.

Es zeichneten sich also immer mehr zwei Richtungen innerhalb der Volkstümlerbewegung ab: Die eine war für eine Beibehaltung der alten Linie und orientierte sich vor allem auf die Agitation und die Verbreitung ihres sozialistischen Gedankengutes unter

den Bauern. Die andere Strömung wählte den individuellen Terror als Hauptform des Kampfes.

Aus diesen beiden Gruppierungen entstanden schließlich zwei neue Organisationen: „Tschornyj Peredel“ („Schwarze Umverteilung“) und „Narodnaja Wolja“ (Volkswille). Während „Tschornyj Peredel“, wozu unter anderem Plechanow gehörte, im wesentlichen die Methode der Bauernbeeinflussung beibehielt, wandte sich „Narodnaja Wolja“ immer mehr dem unmittelbaren Kampf um die politische Macht zu, der vor allem mit den Mitteln des individuellen Terrors ausgetragen wurde. Diese Organisation hat viele mutige, sich selbst aufopfernde Revolutionäre vereint, die dem verhaßten Zarenregime einen verzweifelten Kampf auf Leben und Tod lieferten. Viele von ihnen wurden verhaftet, gefoltert, verbannt und hingerichtet. Wohl gelang es ihnen, am 1. März 1881 das Attentat auf den Zaren Alexander II. durchzuführen, aber die Monarchie vermochten sie mit ihren Methoden nicht zu beseitigen. Durch die verstärkten Repressalien des zaristischen Machtapparates wurde die Organisation „Narodnaja Wolja“ schließlich Mitte der achtziger Jahre zerschlagen. Das Volkstümlertum geriet in eine schwere Krise. Im weiteren verlief sich diese Bewegung; sie nahm mehr und mehr kleinbürgerlich-liberale Züge an; andere Gruppierungen traten an ihre Stelle. Doch die Ideen der Volkstümpler wirkten noch eine Reihe von Jahren weiter. Ihre systematische Analyse erfolgte durch den jungen W. I. Lenin, vor allem in seinen 1894/95 verfaßten Arbeiten „Was sind die ‚Volksfreunde‘ ...?“ und „Der ökonomische Inhalt der Volkstümlerrichtung ...“.¹ Eine der wesentlichen Ursachen für die Niederlage der Volkstümpler ist in ihren falschen theoretischen Auffassungen zu sehen. Lenin hat sich vor allem deshalb in den ersten Jahren seiner Tätigkeit mit ihrer ideologischen Konzeption auseinandergesetzt, weil die entstehende revolutionäre Arbeiterbewegung sich unbedingt von allen Einflüssen der Volkstümpler befreien mußte, um selbst einen erfolgreichen revolutionären Kampf führen zu können.

Lenin wies in seiner differenzierten Bewertung auf wesentliche theoretische Fehler der

Volkstümpler hin: Sie schätzten die historischen Entwicklungstendenzen und die objektive Klassensituation Rußlands auch dann noch falsch ein, als es schon möglich war, die gesellschaftlichen Entwicklungsrichtungen genauer zu erkennen, als sich schon deutlich die Konturen einer kapitalistischen Entwicklung in Rußland abzeichneten, das Industrieproletariat entstanden war und Anfänge einer eigenständigen Arbeiterbewegung sichtbar wurden. Mit dieser romantischen Verklärung der Realität war eine subjektivistische Geschichtskonzeption verbunden. Man glaubte, eine kapitalistische Entwicklung in Rußland vermeiden zu können, wenn es gelang, durch den energischen Kampf entschlossener Revolutionäre das Land in eine andere Richtung der historischen Entwicklung zu lenken. Das bedeutete die Leugnung objektiver gesellschaftlicher Entwicklungsgesetze. Damit verband sich die Überbewertung historischer Besonderheiten Rußlands, zum Beispiel der Dorfgemeinde. Lenin hat sich in seiner Polemik gegen die Volkstümplerrhetorik scharf gegen die Leugnung objektiver Gesetzmäßigkeiten gewandt. Er zeigte durch detaillierte und umfassende Untersuchungen der kapitalistischen Entwicklung Rußlands, daß hier notwendig dieselben gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze wie auch in anderen Ländern wirken. In Rußland entwickelte sich der Kapitalismus, und der Weg zum Sozialismus konnte nur über die Herausbildung des Kapitalismus und die Formierung der Arbeiterklasse führen.

Der Subjektivismus der Volkstümpler ließ sie auch die Rolle der Volksmassen in der Geschichte verkennen. Nach ihrer Ideologie waren es die „Helden“, also eine kleine revolutionäre Minderheit, die berufen sein sollte, Geschichte zu machen; die Mehrheit des werktätigen Volkes wurde als passive und träge Masse betrachtet, unfähig zur eigenen geschichtlichen Tat. Lenin setzte dem den fundamentalen Gedanken Karl Marx' entgegen, daß „mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion ... der Umfang der Massen zunehmen (wird), deren Aktion sie ist“.² Gerade weil die sozialistische Revolution die gründlichste Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse darstellt, kann sie nur die Aktion

breiter Massen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger sein. Lenin stand auch in dieser Frage uneingeschränkt auf der Position von Marx und Engels. Die Bestätigung erfolgte reichlich zwei Jahrzehnte später im Roten Oktober des Jahres 1917.

Eng mit der fehlerhaften Einschätzung der Klassensituation durch die Volkstümpler war das Prinzip des individuellen Terrors verbunden. Der Gedanke, die Gesellschaft mit dessen Hilfe umwälzen zu können, war auch aus der Fehleinschätzung der historischen Rolle der Volksmassen erwachsen, eben weil ihnen generell die Fähigkeit zur historischen Aktion abgesprochen wurde. Zwar war es begreiflich, daß sich angesichts der Lage das Augenmerk eines Teils der Volkstümpler auf die Taten einzelner richtete. Doch es war bereits damals so wie heute: Revolutionäre Aktionen mit Methoden des individuellen Terrors mögen als Bürgerschreck dienen – sie verunglimpfen jedoch die gesamte revolutionäre Bewegung und fügen ihr Schaden zu. Die Geschichte hat schon im 19. Jahrhundert das Falsche einer solchen Konzeption hinlänglich bewiesen. Ungeachtet aller individuellen Heldenummuten vermochten die Volkstümpler nicht das mindeste an den Verhältnissen zu ändern. Lenin wandte sich deshalb mit aller Entschiedenheit gegen derartige Vorstellungen. Er ging davon aus, daß die sozialistische Revolution nur das Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse sein kann, die sich unter Führung ihrer revolutionären Partei organisiert, sich von den Erkenntnissen der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze leiten läßt. Die Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in Rußland haben die Richtigkeit der Auffassungen Lenins bewiesen.

Anmerkungen

1) W. I. Lenin, *Werke*, Bd. 1, S. 119 ff. und S. 339 ff.

2) Marx/Engels, *Die heilige Familie ...*, in *Werke*, Bd. 2, S. 86

Literaturempfehlung

Günter Heyden: *Einführung in Lenins Schrift „Was sind die ‚Volksfreunde‘ ...?“*. Dietz-Verlag, Berlin 1977

Liebe Delegierte des Bundeskongresses der SDAJ,

die Redaktion der Monatszeitschrift „RotFuchs“ und der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins übermitteln Euch herzliche Grüße. Wir wünschen Eurem Kongreß viel Erfolg. Wir leben wieder in Zeiten höchster Kriegsgefahr. Das Land braucht Euren revolutionären Jugendverband vielleicht nötiger denn je.

Der „RotFuchs“ erscheint seit Februar 1998, hat heute eine Auflage von fast 10 000 Exemplaren und wird dank großzügiger Spenden kostenlos vertrieben. Er ist ein von Sponsoren und Organisationen unabhängiges Blatt für Kommunisten, Sozialisten und andere Linke mit und ohne Parteibuch.

Unsere Zeitschrift enthält Beiträge zur deutschen und zur internationalen Politik,

insbesondere zum Kampf für den Frieden und vermittelt marxistisch-leninistische Grundkenntnisse. Der „RotFuchs“ tritt für konsequenten Antifaschismus ein und bekämpft Nazismus in jeder Form. Wir beugen uns nicht dem Antikommunismus und der Geschichtsklitterung zur DDR. Für uns bleibt die DDR die größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung – nicht, weil sie ohne Fehl und Tadel gewesen wäre, sondern weil sie den Bourgeois und Baronen für 40 Jahre Macht und Eigentum entzog. Und: Weil sie den Frieden in Europa sichern half.

Wir sind der Auffassung, daß es angesichts der akuten Gefahren für den Weltfrieden gerade in diesem Jahr notwendiger denn je

ist, für eine Politik der Vernunft einzutreten, wie es die DDR vor bald 40 Jahren im Jahr der Raketenstationierung nach dem sogenannten NATO-Doppelbeschluß tat. Für eine solche Politik wird der „RotFuchs“ weiterhin streiten – als Stimme gegen Lüge und Ausbeuterei, gegen chauvinistischen Größenwahn und imperialistischen Krieg. Es ist für uns sehr wichtig zu wissen, daß wir dabei die SDAJ an unserer Seite haben.

Solidarische Grüße

Arnold Schölzel

Redakteur des „RotFuchs“ und Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins

Lohn, Preis und Profit

Der Zürcher Kommunist Konrad Farner (1903–1974) gehört zu den Pionieren des heute weder zum Nutzen der Kommunisten noch zum Nutzen der Christen in die Vergessenheit gedrängten Dialogs zwischen Christen und Marxisten. 1971 hat Farner mit dem Berner Pfarrer Kurt Marti (1921–2017), der ein Spezialist für Psalmen (Theopoesie) war, eine vom Berner Kameramann Peter von Gunten (*1941) aufgenommene Diskussion geführt, die als etwa fünfzig Minuten langer Dokumentarfilm am 23. November 1971 im Kellerkino Bern gezeigt wurde. Farner und Marti waren im Einvernehmen, daß das marxistische Weltbild wie das christliche Weltbild die Liebe im Zielpunkt hat, „einen ethischen Menschen, einen gemeinnützigen Menschen, einen barmherzigen Menschen, einen edlen Menschen, einen guten Menschen“ (Farner). Kurt Marti erhielt wegen dieser Diskussion mit Farner keine Anstellung an der Universität Bern, um die er sich beworben hatte. Das war im schweizerischen Universitätssystem nicht ungewöhnlich. Farner hatte bis in seine letzten Lebensjahre an schweizerischen Universitäten Hausverbot, auch Hans Heinz Holz (1927–2011) und andere linksorientierten Gesellschaftswissenschaftler wurden abgelehnt. Es ist naheliegend, daß Farner sich in Vorbereitung auf den mit Christen geführten Dialog mit der Botschaft von Franziskus von Assisi (1181/82–1226) befaßte. Franziskus stammte aus der reichen Tuchhändlerfamilie Bernadone, die mehrere Häuser in Assisi besaß. Franziskus predigte Armut und lebte selbst das Ideal der Armut. Er war Begründer des Minoritenordens (Ordo Fratrum Minorum). Dieser Orden war eine der Reaktionen „auf das Politikasterium der Kirche und gleichzeitig auf die scholastische Philosophie“, wie das Antonio Gramsci (1891–1937) treffend charakterisiert hat.

Farner analysiert mit der Überschrift „Franziskus von Assisi und dessen Antithese: Lohn, Preis und Profit“ den historischen Prozeß, der die individuelle Option von Franziskus hervorbrachte. Was Karl Marx (1818–1883) darüber dachte und niedergeschrieben hat, erörterte zuletzt Thomas Kuczynski (*1944): „Arbeit in unserem heutigen, bürgerlich-kapitalistischen Sinne ist im Grunde eine Sache erst der letzten Jahrhunderte, genauer: seit der Frührenaissance, noch genauer: seit der Reformation, noch genauer: seit dem Calvinismus. Vordem galt die Losung: arbeiten, um zu leben; seither: leben, um zu arbeiten. Allerdings war die Arbeit der antiken Sklaven und der mittelalterlichen Leibeigenen stete Mühsal, aber sie stand nicht im Zentrum menschlichen Denkens, obschon sie das Dasein materiell ausfüllte. Jedoch der Eigentümer der Sklaven und der Herr des Leibeigenen fühlten sich letztlich verantwortlich für Leib und Leben und so auch für die Arbeit des Menschen.“

Das änderte sich radikal mit dem Aufkommen des Frühkapitalismus als Handelskapital, in dessen Mittelpunkt nun nicht mehr der Mensch als solcher steht, sondern das Geld als solches, das sich ständig mehr und mehr

muß. Das Christentum, resp. die Kirche, stand dieser neuen gesellschaftlichen und anthropologischen Sicht zuerst wehrlos gegenüber – entsprach sie doch nicht dem Evangelium, und erst Thomas von Aquin hat dann ein neues theologisches Ethos als Rechtfertigung geformt.



Älteste Darstellung des Franziskus von Assisi (1228)

So war nun die Arbeit einerseits eingerahmt durch das theologisch gefaßte Ethos, andererseits durchbrach sie wiederum im Laufe weniger Generationen diesen neuen Rahmen und kam in Konflikt mit der kirchlichen Lehre, ja, mit dem Evangelium. Der gewaltigste Rebell gegen die neue schnell reicher werdende, kapitalistische, profitmachende und geldgierige Gesellschaft mit der Entwertung und Entfremdung des Menschen war Franziskus von Assisi. Er rebellierte gegen das Geld und die Profitmacherei, er rebellierte gegen die sich in das neue Erwerbsleben integrierende kirchliche Institution, die bereits im 13. Jahrhundert Teil des Kapitalismus geworden war. Er rebellierte aber vor allem gegen die Einengung des Lebens durch Arbeit, Lohn, Profit und Kapital. Seine demonstrierte Armut war mehrfaches Zeichen gegenüber dem Preis, den die neue bürgerliche Gesellschaft ständig zahlte, um dann zuletzt im 20. Jahrhundert dem Geld und Profit im doppelten Sinn zu erliegen: das Geld verkörpert den neuen Wert und der Wert besteht nun in neuem, sich mehrendem Geld. Franziskus ist somit mehr denn je das Vorbild heutiger Rebellion gegen falsche Werte; er ist der scharfe Kritiker gegenüber der tatsächlichen Entchristlichung des Lebens als Vermaterialisierung und gegenüber dem Leistungsprinzip kapitalistischer Arbeit. Es ist nicht zufällig, daß die Zweite Reformation des städtischen Bürgertums – dieses neue Arbeitsethos als Leistungsprinzip enorm gefördert hat, ist sie doch Kind des Kapitalismus, dem sie dann, weit mehr als Thomas von Aquin, die eigentliche theologische (und vermeintlich somit christliche) Rechtfertigung als neue Arbeitsethik lieferte. Kein Zufall, daß das Handelskapital mit der Zeit in den protestantischen Ländern sehr stark wurde, daß der Industriekapitalismus

im protestantischen England seine Geburt erlebte, daß das Finanzkapital in den protestantischen USA gewaltig zum Zuge kam. Kein Zufall aber auch, daß die Kirche heute wieder eine neue, resp. die uralte evangelische Sozialethik sucht, daß sie mehr denn je und sogar ökumenisch die gewaltige Rebellengestalt des Franziskus zu würdigen sucht – Franziskus von Assisi, der direkteste Nachfahre des Jesus von Nazareth, dieses wahrlich einmaligen und unnachahmlichen Setzers echten Lebens, abseits von Geld und Profit und Leistungsprinzip, abseits von Preis, Profit und Kapital.“ Papst Franziskus (*1936) hat sich als Kardinal Jorge Mario Bergoglio SJ nach seiner Wahl zum Kirchenoberhaupt (13. März 2013) als erster Papst den Namen „Franziskus“ gegeben. Tatsächlich stehen in Anlehnung an Franziskus von Assisi die Armen als Ergebnis der Dialektik von Reichtum und Armut und der Frieden von Anfang an im Zentrum des Denkens und Handelns von Papst Franziskus. „Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen – Diese Wirtschaft tötet“ – heißt es im ersten Rundschreiben „Evangelii gaudium“ (24. November 2013). Franziskus von Assisi hat Papst Franziskus zur Umwelt-Enzyklika „Laudato si“ (24. Mai 2015) angeregt, in der Geschwisterlichkeit und soziale Freundschaft im Zentrum stehen. Seine Enzyklika „Fratelli tutti“ (3. Oktober 2020) beginnt er mit den von Franziskus von Assisi niedergeschriebenen Gedanken an alle Brüder und Schwestern, „um ihnen eine dem Evangelium gemäße Lebensweise darzulegen“. (...)

Papst Franziskus begnügt sich nicht wie seine beiden Vorgänger mit der spätkapitalistischen Botschaft, es sei von der sehr kleinen reichen Minderheit der Weltbevölkerung nur nötig, am Schicksal der Armen, an den Hungersnöten und Kriegsoffern teilzuhaben, um der Entfremdung des Menschen entgegenzuwirken. Papst Franziskus ist keine Charaktermaske bürgerchristlicher Nächstenliebe, er verpflichtet sich und orientiert mit seinen Rundschreiben und Botschaften in Konsequenz auf den revolutionären Umsturz der auf den bestehenden Eigentumsverhältnissen beruhenden, im Ergebnis zu barbarischen Konsequenzen führenden Sozialstruktur. Das bedeutet nicht die Forderung zu einer Rückkehr zu den Strukturen der früheren sozialistischen Länder, weil eine neue Revolution neue Strukturen im Aufbau des Sozialismus hervorbringen kann und wird, die wir nicht kennen.

Mögen Papst Franziskus noch viele kreative Jahre bleiben, um im Interesse der allseitigen Befreiung der Menschen von Gier, Sklaverei, Hunger, Unterernährung, Krieg und Gewalt zu handeln. „Eine andere Welt ist möglich“ ist aus auf „Transformation“ hoffenden und wartenden Sozialforen zu vernehmen. Der von imperialistischen Kräften ermordete Befreiungstheologe Ignacio Ellacuría SJ hat angesichts der Realität festgestellt: „Eine andere Welt ist notwendig!“

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler

Aus: Zeitung der Arbeit, Zürich, 27.11.21

Vor 90 Jahren: Hindenburgs Wiederwahl zum Präsidenten

1932 fanden in Deutschland Präsidentenwahlen statt, bei denen alle Wahlberechtigten abstimmen konnten. Das war auch verständlich, denn im Unterschied zum Grundgesetz der BRD stattete die Weimarer Verfassung den Reichspräsidenten mit einer außergewöhnlichen Machtfülle aus. Laut Artikel 48,2 durfte er, wenn im Deutschen Reich die „öffentliche Ordnung erheblich gestört oder gefährdet“ wurde, die zur Wiederherstellung derselben nötigen Maßnahmen treffen, auch mit Hilfe der bewaffneten Macht. Zu diesem Zweck hatte er das Recht, vorübergehend die in einigen Verfassungsartikeln festgesetzten Grundrechte ganz oder zum Teil außer Kraft zu setzen. Er war auch Oberbefehlshaber der Reichswehr.

Nach dem Tod von Friedrich Ebert wurde am 26. April 1925 der von den Rechtsparteien unterstützte Paul von Hindenburg mit 14 655 641 Stimmen zum neuen deutschen Reichspräsidenten gewählt. Hindenburg stand nach dem Ersten Weltkrieg auf der Kriegsverbrecherliste der westlichen Alliierten ganz weit oben. Mitunter wird heute die Legende verbreitet, Hindenburg habe dann sieben Jahre lang ohne jede Notverordnung regiert. Das traf aber nur für die Zeit von 1925 bis 1929 zu. Am 16. Juli 1930 unterschrieb Hindenburg die erste Notverordnung der Brüning-Regierung. 1930 standen den 52 vom Reichstag verabschiedeten Gesetzen fünf Notverordnungen gegenüber. 1931 war das Verhältnis von Gesetzen zu Notverordnungen schon 19 zu 41 und 1932 fünf zu 60. Fanden 1930 noch 94 Reichstagssitzungen statt, so waren es 1931 ganze 41 und 1932 nur noch 13. Das war zwar alles nicht verfassungswidrig, doch selbst mit bürgerlicher Demokratie hatte es nicht mehr viel zu tun. Hindenburg habe sich loyaler zur Weimarer Republik verhalten, als erwartet, wird auch behauptet. Doch statt auftragsgemäß Volk und Verfassung zu schützen, ernannte er mehrmals Präsidialregierungen, die über keine parlamentarische Mehrheit verfügten. Die reguläre Amtszeit Hindenburgs endete am 25. April 1932. Reichskanzler Heinrich Brüning von der Zentrumspartei wollte zunächst eine Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs allein durch die Zustimmung des Reichstags erreichen. Eine Volkswahl sollte verhindert werden. Dazu hätte es aber einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit bedurft.

Brüning wollte für die Wiederwahl Hindenburgs auch die Zustimmung der DNVP und der NSDAP erhalten. Er machte Hitler deshalb weitreichende Zugeständnisse. Dennoch lehnten Alfred Hugenberg von der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und Hitler seine Vorschläge ab. Die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Staatspartei und die Zentrumspartei erklärten sich für Hindenburg. Angesichts der wahrscheinlichen Mehrheitsverhältnisse war aber klar, daß Hindenburg nur eine Chance hatte, wenn ihn auch die SPD unterstützen würde.

Die Führung der SPD faßte nun den verhängnisvollen Beschluß, ihre Mitglieder und Sympathisanten zur Wahl Hindenburgs aufzurufen. Diese Position war in der Partei nicht unumstritten. Vom linken Flügel kam die Forderung nach einem eigenen Kandidaten, zumindest für den ersten Wahlgang. Aber die Mehrheit glaubte der Parole des Parteivorstandes, Hindenburg sei das kleinere Übel im Vergleich zu Hitler und werde dessen Regierungsantritt verhindern. Es ist eine der Entscheidungen, für die sich die SPD schämen muß. Der Faschisierungsprozeß wurde so vorangetrieben.

Tatsächlich dauerte es gerade einmal acht Monate, bis Hindenburg Hitler zum Reichskanzler ernannte. Die DNVP und der Stahlhelm wollten weder Hitler noch Hindenburg zum Präsidentenamte verhelfen und stellten mit dem Stahlhelmführer Theodor Duesterberg einen eigenen Kandidaten auf. Die NSDAP nominierte Hitler. Um bei der Wahl antreten zu können, wurde dieser kurz vorher durch eine NSDAP-DNVP-Koalition im Freistaat Braunschweig zum Gesandten Braunschweigs bei der Landesvertretung in Berlin ernannt und erhielt dadurch die deutsche Staatsbürgerschaft.

Kandidat der Kommunistischen Partei war Ernst Thälmann. Die KPD trat mit der Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ an. Von der SPD wurde dagegen behauptet, jede Stimme, die Thälmann entrissen und Hindenburg gegeben würde, sei ein Schlag gegen Hitler.

Im ersten Wahlgang war über fünf Kandidaten abzustimmen. Dieser fand am 13. März 1932 statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 86,2 Prozent. Um zu gewinnen, war die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nötig, die keiner erreichte. Hindenburg hatte mit 49,5 Prozent die

absolute Mehrheit nur knapp verfehlt. Für Hitler votierten 30,1 Prozent und für Duesterberg 6,8 Prozent. Ernst Thälmann erreichte 13,2 Prozent der Stimmen. Angesichts der verschärften antikomunistischen Hetze war das ein beachtlicher Erfolg. Die Partei hatte im Vergleich zur letzten Reichstagswahl 1928 sogar 400 000 Stimmen hinzugewinnen können. Sie hielt auch im zweiten Wahlgang an der Kandidatur Thälmanns fest. Eine Entscheidung für Hindenburg, kam für Kommunisten nicht in Betracht. Völlig bedeutungslos blieb der fünfte Bewerber August A. Winter mit 0,3 Prozent der Stimmen. Daneben wurden noch einige tausend zersplitterte Stimmen abgegeben.

Für den zweiten Wahlgang hatten Duesterberg und Winter ihre Kandidatur zurückgezogen. Damit blieben nur noch Hindenburg, Hitler und Thälmann übrig. Der zweite Wahlgang fand am 10. April 1932 statt. Um zu gewinnen, war die relative Mehrheit der Stimmen erforderlich.

Die Wahl endete mit einem Sieg Hindenburgs, der 53,1 Prozent der Stimmen erhielt. Auf Hitler entfielen 36,8 Prozent und auf Thälmann 10,2 Prozent. Die Wahlbeteiligung beim zweiten Wahlgang lag mit 83,5 Prozent etwas niedriger als beim ersten Durchgang.

Ernst Thälmann büßte dagegen fast 1,3 Millionen Stimmen ein. Es gelang nicht, alle bisherigen Befürworter erneut zu mobilisieren.

Am 30. Januar 1933 ernannte Hindenburg Hitler zum Reichskanzler und erlaubte ihm die geforderte Auflösung des Reichstags für Neuwahlen. Am 4. Februar erließ Hindenburg die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des Deutschen Volkes, mit der zunächst Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufgehoben wurden, sowie am 28. Februar die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, mit der die übrigen Grundrechte außer Kraft gesetzt wurden.

Hindenburg verstarb am 2. August 1934. Bereits einen Tag vorher hatte Adolf Hitler per Gesetz die Ämter des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten in seiner Person vereinigt. Am 19. August 1934 ließ die Nazi-Regierung das Volk durch eine „Volksabstimmung über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs“ über diese Ämterzusammenlegung abstimmen. Dafür entschied sich eine Mehrheit der Wahlteilnehmer.

Dr. Kurt Laser

Herzliche Glückwünsche unseren Jubilaren des Monats März!

Zum 97. Geburtstag

Helga Archut (Berlin) a, 21. März

Zum 95. Geburtstag

Kurt Heß (Plauen) am 2. März
Heinz Birch (Berlin) am 9. März
Fritz Ulrich (Berlin) am 10. März

Zum 93. Geburtstag

Werner Rothe (Schwielowsee) am 9. März
Sonja Brendel (Berlin) am 16. März
Gisela Liebe (Berlin) am 16. März

Zum 92. Geburtstag

Walter Sitte (Wernigerode) am 8. März

Rudi Pietschmann (Saßnitz) am 26. März

Herbert Kühling (Weißenfels) am 28. März

Zum 91. Geburtstag

Werner Maletzki (Güstrow) am 1. März
Thea Kleine (Berlin) am 26. März

Zum 90. Geburtstag

Eva Kolowrat (Berlin) am 3. März

Zum 85. Geburtstag

Johanna Edel (Köln) am 7. März
Manfred Zickerick (Moltzow) am 20. März
Dr. Lothar Schwock (Berlin) am 25. März
Wolfgang Brau (Leipzig) am 29. März

Tassilo Stolz (Rostock) am 29. März

Zum 80. Geburtstag

Dr. Reinhard Grimmer (Berlin) am 12. März
Dr. Peter Filbrich (Zella-Mehlis) am 16. März

Zum 75. Geburtstag

Ernst Puchmüller (Bad Doberan) am 6. März
Andreas Zieger (Wildau) am 14. März

Zum 70. Geburtstag

Uwe Kuner (Rossau) am 10. März

Zum 65. Geburtstag

Cornelia Klier (Berlin) am 19. März

WIE IMMER GILT UNSERE GRATULATION AUCH ALLEN ANDEREN GEBURTSTAGSKINDERN DES MONATS.

Vom Kampf, der noch nicht ausgekämpft ist

In der RF-Ausgabe 282/283 (Juli/August 2021) hatte der Journalist Werner Voigt auf die Erinnerungen und Gedanken des Schriftstellers **Walther Victor** (1895–1971) aufmerksam gemacht. Dessen „Memoiren II“ waren erstmals komplett nur in Luxemburg erschienen. RF veröffentlicht nachfolgend den Schluß des Konvoluts unter dem Titel „Wer es je vergißt, sei vergessen“, das über 30 Jahre unter testamentarischem Verschuß lag.

Am 4. September 1967 saß ich auf meinem Stuhl an der Fürstengruft und hielt mein persönliches Repuiem für Regina Victor, geborene Friedenthal, meine Mutter, die vor 25 Jahren in Theresienstadt umgebracht worden war. Ich habe mehrfach von ihr in meinen Erinnerungen die denkwürdige Geschichte ihres Abtransportes von Berlin in „Von der Dankbarkeit“ im zweiten Band meiner „Ausgewählten Schriften“ erzählt. Bald nach meiner Rückkehr aus dem Exil nämlich hatte ich die notwendigen und möglichen Schritte unternommen, um Authentisches über das Ende meiner Eltern zu erfahren. In der Tschechoslowakei hatten die jüdischen Gemeinden sorgfältige Aufzeichnungen hergestellt über die Massaker von Theresienstadt. Danach wurde meine Mutter am 4.9.1942 umgebracht und in einem Massengrab verscharrt. Zugegeben, daß ich 1958 einmal (nach einer Kur in Marienbad) die Gelegenheit gehabt hätte, dieses Grab aufzusuchen. Ich habe es nicht getan. Ich sah mir statt dessen Prag an und gewann

ein wenig neue Kraft für den Kampf gegen die Unterwelt, der noch nicht ausgekämpft ist. Meine Mutter war im 70. Lebensjahr, als sie in der Berliner Knesebeckstraße in der Nähe des Kurfürstendamms abgeholt wurde.

Eine ganze Reihe von Nachbarn haben mir Einzelheiten aus ihrer letzten Lebenszeit erzählt. Sie war die alte geblieben: „Vom Mütterchen die Frohnatur ...“ Sie hatte das Leben geliebt und, wo es ihr entgegengetreten war, genossen. Was an meinem Lebenswerk sich etwa vererbten Talenten verdankt, verdanke ich ihr. (...)

Meine Mutter war keine Kämpferin. Vom Sozialismus wußte sie nichts. Ihr Gedicht endet mit der Perspektive auf ein Wiedersehen nach dem Tode. Sie wurde am 23. Februar 1873 geboren, mein Vater mehr als fünf Jahre früher. Am 6. Januar 1968 würde er sein 100. Lebensjahr vollendet haben. Er starb am 6. Januar 1945, buchstäblich fünf Minuten vor Zwölf. Tage danach befreite die Sowjetarmee, was von Breslau noch übrig war. Seine einzige Möglichkeit, die Not herauszuschreiben, war Post an Fräulein Ida Gerig in der Schweiz, genannt Guscha, der ich mein erstes Buch nach der Rückkehr aus dem Exil, meine Gedichte „von gestern für morgen“ gewidmet habe. Auch hier, in der Siebzigerjahren, gab es keinen Kampf, geschweige denn Klassenkampf oder Sozialismus. Es war eine Menschlichkeit, die Guscha antrieb, zu helfen, wo sie nur konnte, als die braune Sintflut über Europa tobte. Am 1. Dezember 1944 hatte Guscha eine letzte Postkarte aus Breslau

von Simeon Victor erhalten. Sie befindet sich in dem Gedenkrahmen in meinem Zimmer. „Das Jahr geht zu Ende“, schrieb er, „am 6.1. werde ich 77 Jahre. Ein schlimmes Alter, die Zahlen bilden zwei Beile – da kann man leicht das Leben lassen.“ Stimmt. Dann schrieb er noch ein letztes Mal – es waren keine eigenen, sondern Worte Goethes. Im gerade begonnenen Jahr der Befreiung schrieb der bürgerlich-kapitalistisch erzogene Simeon Victor an Guscha die 12 Zeilen der (zweiten) „Beherzigung“, die mit den Worten „Feiger Gedanken ...“ beginnen und 1777 geschrieben worden sind.

Fest steht, daß er zuletzt nicht feige war. Er hatte Gift bei sich, und er nahm es, als die letzten in Breslau lebenden Juden, während man die Kanonen der sowjetischen Befreier schon hörte, abtransportiert werden sollten. Wo sie seinen Leichnam ließen, weiß ich nicht.

Habe ich genug getan, um eine Welt mit zu erschaffen, in der solche Dinge sich nicht wiederholen können? Auch das weiß ich nicht.

Das letzte Wort

Einen Menschen lieben heißt wünschen und etwas tun, daß er glücklich sei. Wie und durch wen immer.

Alles andere ist keine Liebe, sondern Sehnsucht, Besitzgier.

Freude dem anderen ist wahres Eigentum.

Walther Victor

Was DDR-Schulkinder im Unterricht erfuhren

Der Roman „Wie der Stahl gehärtet wurde“ gehörte zur Schullektüre in der DDR, was noch nicht sehr viel darüber aussagt, ob und wie intensiv er gelesen wurde. Gerade das nicht zu lesen, was die Schule vorschreibt, gehörte zu den harmlosen, weil ungefährlichen Akten oppositionellen Verhaltens. Diese Leseverweigerung des Vorgeschriebenen kann jedoch eine Langzeitwirkung haben. Dem Potsdamer Journalisten Matthias Krauß fiel auf, daß Erwachsene, die in der DDR zur Schule gingen, heute behaupten, im Unterricht nie etwas vom Holocaust gehört zu haben, auch jüdische Autoren wären nie behandelt worden. Nun gehört Matthias Krauß, der 1960 geboren wurde und in Hennigsdorf zur Schule ging, zu den Menschen, die nie den Keller ihrer Eltern entrümpeln und die alten Schulhefte endlich wegschmeißen. Er hat sie alle noch – und verglich die allgemeine Gewißheit, die DDR hätte vom Judenmord geschwiegen, mit seinen Schulaufzeichnungen. Er fand seine frühen Vorbilder, Egon Erwin Kisch und Heinrich Heine, die beide mit spitzer Feder und persönlichem Engagement als Journalisten schrieben. Und er erinnerte sich an seine Leseindrücke von Isaak Babels „Reiterarmee“ und Friedrich Wolfs“ Professor Mamlock“, an die dort geschilderten Judenpogrome und die rechtliche Ausgrenzung und Demütigung von Juden. Als Journalist machte sich Krauß ans Recherchieren, fand heraus,

daß es seit 1952 einen für die gesamte DDR verbindlichen Einheitslehrplan gab. Er prüfte alle Lehrbücher von der 6. bis zur 12. Klasse und die dazu herausgegebenen pädagogischen Materialien – und verglich beides mit seinen Aufzeichnungen. Entstanden ist daraus ein Buch: „Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR“.

Als erster Leser und Kritiker des noch druckfrischen Buches zeigte sich der in der Bundesrepublik aufgewachsene Generalstaatsanwalt Erardo C. Rautenberg überrascht. Von den im Buch vorgestellten Texten, u. a. von Bruno Apitz, Johannes R. Becher, Jurek Becker, Lion Feuchtwanger, Anna Seghers, Arnold Zweig, kannte er nur Isaak Lessings „Nathan der Weise“. Die Vielfalt und Differenziertheit der Texte würden die Vorurteile, die DDR sei antisemitisch gewesen und habe die NS-Zeit nie aufgearbeitet, widerlegen. Ihm als Wessi sei einmal mehr ein Klischee über die Ossis abhandeln gekommen. Angeregt durch das Buch, verglich er die Lesebiographie von Krauß mit seiner eigenen, erinnerte sich an seine alten, damals noch im Dienst befindlichen Nazilehrer und daran, wie die heute gern übel beleumdeten 68er gegen das Verschweigen der Schuld, das die Demokratie der Bundesrepublik zu schädigen begann, auf die Barrikaden oder die Sitzreihen der Hörsäle stiegen. Für die aktuellen Diskussionen

wäre es aufschlußreich, wenn ein ähnliches Buch über die Schullektüre in der Bundesrepublik geschrieben würde. Im Studentenclub, der an diesem Nachmittag überwiegend von Nichtstudenten besucht war, wurden Gründe für das Entstehen der Wahrnehmung, die DDR habe Jüdisches nie thematisiert, gesucht. Die Tatsache, daß der erst seit 1979 in Westdeutschland sich einbürgernde Begriff Holocaust in der DDR vermieden wurde, würde heute im Kurzschatz als Verschweigen begriffen. Ein anderes Phänomen ist die Nichtthematisierung der jüdischen Herkunft von Remigranten, die als Kommunisten in die DDR kamen und sowohl die politische Sphäre wie die kulturelle maßgeblich mitbestimmten. Doch warum, so Rautenberg, hätten sie etwas thematisieren sollen, was für sie selbst als Atheisten keinerlei Bedeutung hatte. (...) Um sich ein Urteil zu bilden, kann es hilfreich sein, in den unausgepackten Kisten der Kindheit zu stöbern oder nachträglich die Leseverweigerung aufzugeben und einfach nachzulesen, was wirklich in der DDR gedruckt wurde, sogar in Schulbüchern.

Lene Zade

Matthias Krauß, geboren 1960, ist heute Journalist und veröffentlicht u.a. in der jungen Welt.

Aus: Potsdamer Neueste Nachrichten, 22.3.2007

Brandt und Scholz – die Väter der alten und neuen Berufsverbote

Am 28. Januar 1972, vor genau 50 Jahren, führte Kanzler Willi Brandt (SPD), der vorgab, „mehr Demokratie wagen“ zu wollen, zusammen mit den Ministerpräsidenten der Länder die Berufsverbote ein. Betroffen waren vor allem Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten und andere Linke. Millionen Menschen wurden bespitzelt und verfolgt, tausende Verfahren durchgeführt und hunderte Lehrer, Lokführer, Postler ... entlassen bzw. nicht eingestellt.

Während Betroffene bis heute um ihre Rehabilitierung und Wiedergutmachung streiten, nimmt die neue SPD-geführte Bundesregierung unter dem Deckmantel „mehr Fortschritt wagen“ zu wollen Kurs auf neue Berufsverbote. Im Koalitionsvertrag von SPD/Grüne/FDP steht auf Seite 9: „Um die Integrität des Öffentlichen Dienstes sicherzustellen, werden wir dafür sorgen, daß Verfassungsfeinde schneller als bisher aus dem Dienst entfernt werden können.“ Und auf Seite 104: „Die in anderen Bereichen bewährte Sicherheitsüberprüfung von Bewerberinnen und Bewerbern weiten wir aus und stärken so die Resilienz der Sicherheitsbehörden gegen demokratiefeindliche Einflüsse.“

Da soll wohl erneut der Verfassungsschutz aktiv werden, der in den zurückliegenden Jahren immer wieder Schlagzeilen mit sei-

werden. Ministerpräsident Bouffier ließ die Akten für 120 Jahre unter Verschluss stellen. Erst auf Druck der Öffentlichkeit und 134 000 Unterschriften für die Forderung nach Offenlegung reduzierte Bouffier die Frist auf 30 Jahre. Unter seiner Regentschaft durfte der Verfassungsschutz bereits vor Jahren bei dem Vorgesetzten eines Kommunisten im öffentlichen Dienst Auskunft über dessen „Verfassungstreue“ verlangen.

Daß diese Richtlinien keineswegs für Nazis und terroristische „Gefährder“ gemacht sind, liegt auf der Hand. Sie werden auch mit keinem Wort erwähnt. Zudem reichen zur Bekämpfung der Waffenhorte, Drohbrieffe verfassers und Haßverbreiter und anderer krimineller Machenschaften Grundgesetz und die konsequente Anwendung des Strafgesetzbuchs völlig aus. Worum es in Wahrheit geht,

liegt auf der Hand: Demokratischer Widerstand gegen die Politik der Ampel, die – wie ihre Vorgänger – den Interessen des Kapitals dient, soll gebrochen werden.

Michael Beltz
Gießen



Podiumsdiskussion gegen Berufsverbote im März 1983 im Gießener DGB-Haus. Von links: Mario Berger, Axel Brück, Egon Momberger (alle vom Berufsverbot betroffen), Prof. Helmut Ridder (Jurist), Burckhard Maletzki (DPG), Manfred Coppik (Rechtsanwalt) und – nicht mehr im Bild – Jörg Fey (GEW).

nen Verflechtungen in die Nazi-Szene, mit Verstrickung in Terroranschlägen, „Gedächtnisverlusten“ und Vertuschung machte. Der NSU-Mord an Halit Yozgat im April 2006 in einem Kasseler Internetcafé, bei dem Verfassungsschützer A. Temme anwesend war, konnte bis heute nicht aufgeklärt

„RotFuchs“-Veranstaltungen im März

■ Regionalgruppe Dresden

Am 12. März um 10 Uhr spricht Generalmajor a. D. Heinz Engelhardt zu seinem Buch „Der letzte Mann“.

Ort: „Drogenmühle“, Dresdner Straße 26, 01809 Heidenau

■ Regionalgruppe Berlin Marzahn-Hellersdorf

Am 15. März um 18 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **Die Bemühungen Chinas, fortschrittliche Strategien in der internationalen Zusammenarbeit zu entwickeln**

Ort: Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

■ Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau

Am 19. März um 10 Uhr spricht Dietmar Hänel zum Thema: **Die NATO-Osterweiterung – Die Mutter aller Konflikte?**

Ort: Seniorenbüro, Kopernikusstraße 7, 08056 Zwickau

■ Regionalgruppe Harz

Am 25. März um 14 Uhr spricht Dr. Uwe Behrens zum Thema: **„Feindbild China – was wir alles nicht über die Volksrepublik wissen“**

Ort: Burchadikloster, Am Kloster 1, 38820 Halberstadt

■ Regionalgruppe Frankfurt (Oder)

Am 25. März um 15 Uhr spricht Dr. jur. Wilhelm Rettler zum Thema: **Krieg und Frieden in den Medien – Wie schützen wir uns vor Manipulation und Irreführung?**

Ort: Klub der Volkssolidarität, Logenstraße 1, 15230 Frankfurt (Oder)

■ Regionalgruppe Rostock

Am 25. März um 15 Uhr spricht Wolfgang Dockhorn, Stellvertretender Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins zum Thema: **Unsere politische Verantwortung in den aktuellen Kämpfen zur Erhaltung des Friedens.**

Im Anschluß erfolgt die Wahl des neuen Regionalgruppenvorstandes.

Ort: Mehrgenerationenhaus Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, 18106 Rostock

■ Regionalgruppe Bernau

Am 26. März um 15 Uhr – Vortrags- und Diskussionsveranstaltung mit Doris Pumphrey, Kämpferin für eine friedliche Welt, zum Thema: **Herausforderungen! Denn Friede sei auf Erden!**

Ort: Rotunde der Schule am Blumenhag, Zepernicker Chaussee 20–24, 16321 Bernau bei Berlin

■ Regionalgruppe Potsdam

Am 29. März um 18 Uhr spricht die Potsdamer Drehbuchautorin **Christa Kozik** zu ihrem DEFA-Film „7 Sommersprossen“ über Alltag in der DDR. Bitte bringt Eure Kinder/Enkel mit.

Ort: Bürgertreff in der Waldstadt (am Waldstadtcenter), Saarmunder Straße 44, 14478 Potsdam
Anmeldung unter 03 31/5 88 39 12 oder Mail: potsdam@rotfuchs.net

Vom Rechtsverständnis der BRD-Justiz

Die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen gehört zum Grundkonsens der etablierten bundesdeutschen Parteien, dem sich die Führungsspitze der Partei Die Linke (PDL) inzwischen angeschlossen hat. In Mecklenburg-Vorpommern haben die Wahlen vom 26. September letzten Jahres zu einer Koalitionsregierung aus SPD und der PDL verholfen. Das Justizressort erhielt die Linke, welches sie mit der 44jährigen Volljuristin Jacqueline Bernhardt besetzte. Diese nun ließ mit einem Standpunkt aufhorchen, der blankes Entsetzen in Regierungskreisen auslöste. Die Ministerin ist nicht gewillt, die DDR als „Unrechtsstaat“ zu bezeichnen. Ihr gleichaltriger Amtskollege im Bund, der – bevor er als Minister seiner Klassenjustiz den Auftrag übertrug, die DDR zu delegitimieren – als Staatssekretär jahrzehntelang mit der DDR über einen Rechtshilfevertrag verhandelte, twitterte apodiktisch: „Die DDR war ein Unrechtsstaat.“ Fehlt nur noch das Wort „Basta!“

Mit ihrer Weigerung bewiese Jacqueline Bernhardt die „Geschichtsvergessenheit“ ihrer Partei, wettete der „Welt“-Kolumnist am 5. Januar. „Das ist“, meint Marco Buschmann, „kein Zufall: Die Linke ist nicht nur rechtsidentisch mit der SED, sondern auch ideologieidentisch.“ Dem hatte die Linkspolitikerin entgegengesetzt, daß „Unrechtsstaat“ kein „juristisch definierter Begriff“ sei und darüber hinaus „impliziert, daß er die Lebensleistung der Ostdeutschen zunichtemache“. Das sei natürlich alles gleich aus mehreren Gründen falsch und verhöhne die Opfer der DDR-Diktatur, so der professorale Experte der „Welt“.

Widmen wir uns hier dem Aspekt, der geradezu unangreifbar erscheint: die Perspektive der Opfer. Wenn in einem Staatswesen die Rechtsordnung und nahezu alle rechtsprechenden und vollziehenden Organe auf die Auslöschung von politischen und ethnischen Gruppen ausgerichtet ist, kann es keinerlei Relativierungen am Begriff Unrechtsstaat geben. Insoweit dürfte es – mit Ausnahme der AfD – politischer Grundkonsens sein, daß das faschistische Staatssystem mit den bisher einmaligen Massenverbrechen ein Unrechtsstaat par excellence war.

Anderthalb Monate nach Hitlers Machtantritt bildete der Nazi-Staat die ersten Ausnahmegerichte. Neben den Sondergerichten gab es weitere dieser Art: SS- und Polizeigerichte, Volkssturmgerichte, Standgerichte – und nicht zuletzt den Volksgerichtshof, der weder etwas mit dem Volk noch mit dem Recht zu tun hatte. Bezogen auf den Zweck dieses juristischen Terrorinstruments erklärte einer der ranghöchsten NS-Staatsanwälte, daß der Volksgerichtshof „nicht Recht zu sprechen, sondern die Gegner des Nationalsozialismus zu vernichten“ habe. Die Todesbilanz fiel entsprechend aus: Zwischen 1934 und 1945 erhielten von den 16 342 Angeklagten 5243 die Todesstrafen, von 1942 bis 1945 diese sogar jeder zweite; 7828 von ihnen bekamen langjährige Freiheitsstrafen und 1089 wurden freigesprochen. Aber auch diese erlangten nicht die Freiheit, sondern wurden der Gestapo überstellt, die sie umgehend in KZs verbrachte.

Die faschistische Justiz ermordete durch obliquatorische sowie Sonder- und Kriegsgerichte 50 000 bis 80 000 Menschen.

Nach 1945 wurden lediglich 200 Nazijuristen von Gerichten abgeurteilt, einige lediglich in Abwesenheit. Vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg hatten sich 15 zu verantworten. Vor bundesdeutschen Gerichten standen lediglich 11 ehemalige NS-Juristen. Nur vier von ihnen, zwei ehemalige Ankläger



Ankläger der Nazijuristen: Robert W. Kempner (1899–1993)

und zwei nebenamtliche Beisitzer, hat man rechtskräftig verurteilt. In der DDR wurden 149 ehemalige NS-Juristen rechtskräftig verurteilt.

Man hätte annehmen müssen, daß die deutsche Nachkriegsjustiz einen besonderen Fokus auf die Blutjuristen des Volksgerichtshofs legen würde, die durchweg Massenmörder waren. Soweit sie sich auf dem Territorium der DDR befanden und ermittelt wurden, hat die DDR in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, insbesondere dem IMT-Statut, die Strafverfolgung betrieben.

Da allgemein bekannt war, daß es NS-Täter westwärts zog, weil sie Strafe kaum fürchten mußten, entschloß sich die DDR-Generalstaatsanwaltschaft, ab 1960 Beweismaterial den zuständigen Justizbehörden in der BRD zu übergeben, also Rechtshilfe zur Förderung dortiger Ermittlungen und Ahndungen wegen Menschlichkeits- und Kriegsverbrechen zu leisten. Allein von 1960 bis 1965 wurden westdeutschen Justizministern und Generalstaatsanwälten hunderte tatbeweisliche Strafprozeßdokumente übergeben, die den justitiellen Massenmord betrafen. Ein mit der Sache befaßter DDR-Staatsanwalt schrieb verbittert über die strafprozeßualen Veranlassungen seiner westdeutschen Kollegen: „Soweit auf entsprechende Strafverfolgungsverlangen Ermittlungen überhaupt eingeleitet wurden, stellte man sie meist schon nach wenigen Wochen ein. Fast so schnell, wie die Nazijuristen Todesurteile erwirkten.“

Die Westberliner Justiz bequeme sich erst nach der Strafanzeige des Nürnberger

Hauptanklägers Dr. Robert M.W. Kempner im Jahre 1979, Ermittlungen gegen die Blutjuristen des Volksgerichtshofs wieder aufzunehmen, wobei der damalige Justizsenator Rupert Scholz die bisherige Untätigkeit mit einer dreisten Lüge zu bemängeln versuchte. Er behauptete am 25. Mai 1982 im ZDF, daß die DDR von 1966 bis 1979 trotz vielfältiger Anfragen Rechtshilfe nicht geleistet habe. Auf die empörte Nachfrage des DDR-Generalstaatsanwalts, welche Ersuchen nicht erledigt worden seien, mußte der Westberliner Generalstaatsanwalt mit Schreiben vom 29.6.1982 einräumen, daß ihm als zuständiger Behörde „über die Nichterledigung von Rechtshilfeersuchen aus dem hiesigen Rechtsgebiet nichts bekannt“ sei. Noch in der Amtszeit von Scholz verkündete dessen Sprecher, diesmal der Wahrheit gemäß: „Die DDR habe alle Ersuchen in vollem Umfang erfüllt.“

Entsprechend ihrem antifaschistischen Staatsverständnis ließ es die DDR nicht mit der erbetenen Rechtshilfe bewenden, sondern ermittelte selbst weiter, um gegebenenfalls zusätzliche Rechtshilfe leisten zu können und/oder Tatverdächtige auf eigenem Territorium aufzuspüren und sie vor Gericht zu stellen.

In der Zeit von Februar 1981 bis zum 2. September 1988 übergab der DDR-Generalstaatsanwalt dem Westberliner Generalstaatsanwalt beim Kammergericht zur Förderung dortiger Ermittlungen wegen justitieller Verbrechen, insbesondere Rechtsbeugung in Tateinheit mit Mord, ca. 7000 Blatt Dokumente, davon 5 243 völkerrechtswidrige Todesurteile, an denen 564 Richter und Staatsanwälte des Volksgerichtshofes beteiligt waren.

Die bundesdeutsche Justiz, in diesem Fall die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin, bei der die Fäden in Sachen Volksgerichtshof zusammenlaufen sollten, fand nur bei zwei Blutjuristen hinreichenden Tatverdacht heraus, an einer Vielzahl rechtswidriger Todesurteile mitgewirkt zu haben. Indessen kam es nicht einmal bei den 0,3 % zur rechtskräftigen Verurteilung. Um das Bild abzurunden, sei noch erwähnt, daß in der Nachkriegsjustiz der BRD 73 Richter und 121 Anklagevertreter, also 34,4 %, wieder amtierten und sich zumeist der Höchstpension bis zu ihrem Lebensende erfreuen konnten.

Kommen wir auf den Ausgangspunkt zurück: Nach Lesart bundesdeutscher Politiker, Juristen und erstaunlicherweise auch mancher Rechtswissenschaftler sei die DDR ein „Unrechtsstaat“, weil ein anderes Verdikt die Opfer verhöhn würde.

Könnten sich nicht auch die überlebenden Angehörigen der 50 000 bis 80 000 Toten der Nazijustiz von der bundesdeutschen Justiz als Opfer verhöhnt vorkommen, weil nicht ein einziger Täter, nicht ein einziger justitieller Massenmörder von dieser Justiz, dieser Rechtsordnung, dieser Rechtsprechung, diesen Staatsanwälten und Richtern rechtskräftig verurteilt wurde?

Was wäre dies dann? Ein Rechtsstaat oder ein Unrechtsstaat? Den Opfern dürfte die Antwort nicht schwerfallen.

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Winter-Olympiade 2022 in Peking und eine alte DDR-Illustrierte

Trotz Corona-Bedingungen und Polit-Boycott haben die Olympischen Winterspiele 2022 in Peking erfolgreich stattgefunden, und wie schon bei den Sommerspielen 2008 in der chinesischen Metropole begeisterten sie viele Menschen in der ganzen Welt. Damit war Peking die erste Stadt, die sowohl Olympische Sommer- als auch Winterspiele ausrichtete. Noch im September 2021 (!) war sich die „freie“ Presse der westlichen Welt einig in der Forderung, daß die Spiele verlegt werden müßten und die Teilnahme zu boykottieren sei. Unisono hieß es: „Olympia in Peking: Zur Maske gibt's den Knebel“, „Olympia 2022 in Peking nicht durchführbar“, „Peking – ein fragwürdiger Olympia-Gastgeber“, „Propagandaspiele ohne Meinungsfreiheit“ usw.

Auch die neue deutsche Außenministerin Annalena Baerbock wollte nicht nach Peking reisen. Das sei ja auch für andere Außenminister in der Vergangenheit nicht so üblich gewesen. Na denn, man hat auch Kerosin gespart und die Umwelt in dieser Sache nicht weiter verschmutzt. Der Erfolg dieser Spiele konnte aber keineswegs nur mit der Nichtteilnahme politischer Repräsentanten aus einigen Ländern zu tun haben. Es waren die sportlichen Leistungen, die begeisterten und weltweites Interesse hervorriefen. Der Boykott wurde zu einer politischen Allzweckwaffe hochstilisiert, die aber wieder nur nach hinten losgehen konnte. Olympische Spiele sind für das austragende Land zweifellos immer auch Veranstaltungen, mit denen man Erfolge repräsentiert. Wer wird daran zweifeln? Nach 2008 und den 14 Jahren dazwischen, ist China mit seiner stetig wachsenden Wirtschaft zur anerkannten und vom Westen gefürchteten neuen Weltmacht aufgestiegen und diese Winter-Olympiade war für China zu Recht ein weiterer Anlaß, seine Positionen klar zu präsentieren. Neulich war bei mir wieder einmal Aufräumen und Platzmachen angesagt; eine DDR-Illustrierte von 1988 kam zum Vorschein. Es mußte einen guten Grund gegeben haben, daß sie die Jahre überdauert hat. Das Sonderheft hatte 8,00 Mark gekostet und war wohl trotzdem noch subventioniert. Im Impressum stand: Sportverlag Berlin, 1. Auflage. Stattgefunden hatten damals die Olympischen Winterspiele in Calgary in Kanada. Auf dem Titel ein jubelnder Olympiasieger Frank-Peter Roetsch, auf der Rückseite Katharina Witt mit Goldmedaille. Nun bin ich nicht unbedingt ein Fachmann für diese Sportarten oder Wintersportfan, aber ich mußte trotzdem anfangen zu lesen, denn ich war immer stolz auf unsere Medaillen-Gewinner. Was fiel mir beim Durchblättern in diesem Heft auf? Damals gab es eine Beteiligung von 57 Nationen, die DDR war mit 53 Athleten am Start und hat sich ihre Olympia-Teilnahme auch etwas kosten lassen. Einige Mitmenschen waren immer auch der Meinung, das Geld wäre woanders besser angelegt gewesen, aber auch der Sport war Teil des weltweiten Kampfes der Ideologien. Es

waren die Winterspiele, mit denen die DDR die internationale Sportwelt noch einmal mit großen Triumphen begeistern konnte. Sie erlangte mit 25 Medaillen, davon 9 Goldmedaillen, Platz 2 in der Länderwertung. Nicht hinter der alten Bundesrepublik, sondern hinter dem großen Bruder, der schon bald keiner mehr war. Es steht geschrieben, daß die Rodler dreimal die „goldene Linie entdeckten“, zweimal gab es für sie Silber und einmal Bronze. Es sei die große Kunst der Frauen und Männer aus Oberhof und Oberwiesenthal gewesen.

Vieles hat sich natürlich in all den Jahren an Olympia verändert. Damalige Nur-Demonstrations-Wettbewerbe sind heute fester Bestandteil des Programms. Heute gibt es Freestyle-Skiing, Curling, Skeleton und vieles anderes mehr. Es gibt aber nicht nur mehr Sportarten, es gibt auch noch viel mehr Kommerz. Besonders der Spitzensport ist in immer stärkerem Maße von fortschreitender Professionalisierung und Kommerzialisierung geprägt, und diese Tendenz gilt besonders für den olympischen Hochleistungssport.

Chinesische Sportler gab es bei der Winterolympiade in Calgary auf den Siegerpodesten noch nicht, was sich aber nun, wie die Rolle dieses Landes in der Welt überhaupt, über die letzten Jahre stark verändert hat. Obwohl kein klassisches Wintersportland mit großer Tradition, wurden die chinesischen Athleten auch bei den Winterolympiaden immer erfolgreicher.

Die Olympiade in Peking ist nun Geschichte und Calgary 1988 ist mehr als 30 Jahre her, aber meine Gedanken zu den Winter-Olympiaden konnten noch immer keine Ruhe finden. In der angeführten Publikation von 1988 hieß es noch lapidar, es habe hervorragende Wettkämpfe gegeben, die besten Athleten hätten gewonnen und die Spiele seien ohne jegliche politische Spannungen zu Ende gegangen. Das aber war wohl mehr ein journalistischer Beitrag der DDR an die friedliche Koexistenz. Sport und Olympia waren in jenen Jahren immer auch Klassenkampf. Ich war noch ziemlich jung als ein Harry Glaß („aus der Ostzone“) 1956 in Cortina d'Ampezzo im Skispringen die erste Olympiamedaille (Bronze) für die DDR gewinnen konnte. Erinnerung ist auch noch, daß dieses Sprung-Ereignis im Malunterricht recht und schlecht auf Papier gebracht wurde. Wahrgenommen wurde von mir später auch eine „gesamtdeutsche Mannschaft“ in Innsbruck 1964, wo Ortrun Enderlein und Thomas Köhler die Goldmedaillen im Rennschlitten-Einsitzer gewannen. Das muß manche Leute damals mächtig geärgert haben und das mit dem „gesamtdeutsch“ war auch bald vorbei. Der Alleinvertretungsanspruch der damaligen Bundesrepublik konnte auch im (Winter)Sport keine solchen sportlichen Erfolge der DDR dulden, denn vier Jahre später in Grenoble 1968 gab's dann die angeblüh aufgehitzten Kufen bei Enderlein und Co. Und nach dem inszenierten westlichen Lügen-Skandal wurde auf

Veranlassung der DDR ein Temperaturmeßgerät für die Kufen eingeführt.

Nach Calgary fanden vier Jahre später 1992 die Winterspiele in Albertville statt, und es gab nun wieder eine gesamtdeutsche Mannschaft. Zwischen diesen Winterspielen vollzog sich weltweit ein gewaltiger politischer Umbruch. Nun war die Bundesrepublik Deutschland in der Länderwertung mit zehn Olympiasiegen und insgesamt 26 Medaillen das erfolgreichste Land. Die größten Erfolge hatte man im Eisschnellauf, Biathlon sowie im Bob- und Rennschlittensport. Wieso wohl? Vieles gäbe es hier in Erinnerung zu rufen, z.B. wo viele Olympiastützpunkte ihren Ursprung haben. Ein Biathlet Mark Kirchner und eine Eisschnellläuferin Gunda Niemann waren 1992 mit je zwei Goldmedaillen, einmal Silber (Kirchner) und einmal Bronze (Niemann) die erfolgreichsten Medaillengewinner. Eine Sowjetunion gab es nicht mehr, eine GUS erhielt 23 Medaillen und kam damals aber noch auf einen Platz zwei.

Man solle den Ländermedaillenspiegel nicht so sehr in den Vordergrund rücken, gehe es doch um den Geist des Sports, heißt es bei den Unbekümmerten immer. Zu entgegnet ist aber, man sollte dies auch nicht unterschätzen, denn die Verschärfung des internationalen Wettbewerbs spiegelt sich auch heute noch in der Nationenwertung wider. Die Bedeutung von Siegerleistungen hat immer nicht nur das Ansehen Einzelner, sondern auch das der Gesellschaft erhöht. Dies zeigte sich konkret darin, daß weltweit mehrere Milliarden Zuschauer die Wettkämpfe in Peking mit großem Interesse verfolgten. Olympia-Sport ist auch heute Kampf der Ideologien im höchsten Grade.

Dr. Jens Möller
Rangsdorf

Am 30. Januar 2022 verstarb nach langer Krankheit unser Genosse

Heiner Brendel

aus Berlin im Alter von 73 Jahren. Mit Heiner verliert das „RotFuchs“-Kollektiv einen Freund, der sich über viele Jahre mit ganzem Herzen, außerordentlichem Fleiß und absoluter Zuverlässigkeit im Rahmen des Versands unserer Zeitschrift engagierte. Heiner hielt die Fäden in der Hand. Sein Tod ist ein großer Verlust für uns alle, besonders aber für seine Mutter Sonja, der unser Förderverein ob ihrer selbstlosen Hilfe und Einsatzbereitschaft bis ins hohe Alter viel zu verdanken hat. Unser Mitgefühl gehört ihr und Heiners Familie.

Redaktion und Vorstand

Die Wut eines alten Rappers

Da Poeten im RF einen festen Platz haben, fragte der Journalist und langjährige Leiter eines Zeitschriftenverlages Dr. Malte Kerber aus Berlin, ob denn der „RotFuchs“ auch so „listig“ sei, mal einen Beitrag „ganz anderer Art in seine Seiten aufzunehmen“.

Hier der Wortlaut seiner Zuschrift:

Rap hat in der Jugend und darüber hinaus einen breiten wachsenden Hörerkreis erobert. Und das Interessante daran: Diese Musik ist nicht nur laut und aggressiv, sondern sie beinhaltet stets auch politische und soziale Themen, prangert Mißstände an, verbreitet zur Veränderung aufrufende Botschaften. Dieser Musikstil entstand Mitte der 70er Jahre in den USA, vor allem in den afro-amerikanischen Diskotheken. Er mobilisiert gegenwärtig weltweit Jugendliche in ihrer als „Hip-Hop“ bezeichneten Kultur, die sich durch Aktivität und Kreativität auszeichnet. Darf linkes politisches Engagement und Auftreten das übersehen?

Rap – der rhythmische, markante, schnelle Sprechgesang hat Wirkung und Überzeugungskraft. Also versuchen wir es doch einmal mit dem Text eines alten Rappers.

Nicht aufzuhalten, auszuhalten der Lauf durch die Zeiten der Zeit! Ach, die Zeiten! Ach, die alten Zeiten! Ach, die jetzt Digital-Zeiten. Die eilen, eilen immer schneller! Vernetzter! In rasendem Lauf. Sie proben den Untergang! Und stehen still die Zeiten! Und alles steht still und fürchtet zu ersticken. Wo geht es denn hin? Hin? Wo geht es denn lang? Wo lang? Wohin? Kannst nicht wählen! Du wirst nicht gefragt! Dir wird nur gesagt! Kannst drehen die Frage nach rechts! Kannst drehen die Frage nach links! Alle bieten dir eine Lösung! Schwindel! Schwindel! Die Zeit, die deine, die meine, die unsere, sie stellt sich uns quer! Wir rennen gegen die zeitigen Mauern! Du kommst nicht darüber! Doch Mauern, die fallen auch um! Die Zeit, die Zeit, sie bleibt uns nicht stehen! In heutigen Zeiten soll sein man einfach ein Fleck. Den putzt man weg, wenn nicht erfüllt er den Zweck! Alte und Junge, alle nur Zweck! Kleine und Große, nur Zweck! Gesunde und Kranke, nur für den Zweck! Für den globalen Profit nach westlicher Art und westlichem Wert. Übrig bleibt für die Masse, ob noch Klasse oder Schicht, übrig bleibt nur für sie: Nicht abhängen lassen! Doch abhängen allen verlebten Plunder! Wunder gibt's nur im Traum! Nicht abhängen lassen! Aufstehen! Aufstehen!

Stehen ist gut! Im Liegen liebt es sich besser! Doch kämpft es sich schlecht im Liegen! Im Stehen sieht man weiter! Sieht man die Bühne besser! Von vorn rauf! Rauf auf die Bühne! Nicht durch die Hintertür! Auf der Bühne wird das Spiel gespielt! Gespielt wird von oben! Laßt uns das Spiel spielen! Laßt uns von unten die Fragen stellen! Will man uns nicht fragen lassen! Dann stellen wir keinen Fragen mehr! Nehmen uns die Antworten her! Oho! Die machbaren Antworten! Die gibt es! Manche werden sich da wundern! Laßt machen uns Macht! Laßt machen uns Macht für alle! Macht macht mehr Macht! Dann runter von der Bühne! Unten wird unser Spiel Leben! Leben hier! Leben jetzt! Umarmt genug! Verarscht genug! Verlacht genug! Beleidigt genug, genug!! Verhöhnt genug! Belogen, ausgesogen und betrogen! Immer wieder! Es ist genug! Genug! Hier ist die Welt! Jetzt ist die Welt! Die nicht mehr zusammenhält: das Geld! Geld kein Kitt auf Dauer! Der Tod liegt auf der Lauer! Unsere Werte? Nicht westlich, nicht östlich! Nicht aus der Hölle der Waffen! Ich bin der Wert! Du bist der Wert! Wir sind der Wert! Und: Der Himmell! Der blaue Planet! Die Sterne! Laßt uns mit ihnen leben auf Dauer und in Harmonie.

malte kerber

Der 7. März und die Freie Deutsche Jugend

Am 7. März 1946 entstand mit der Gründung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) eine einheitliche, von den Parteien unabhängige, antifaschistisch-demokratische Jugendorganisation. Zu diesem Zeitpunkt blickte die Jugendorganisation schon auf eine bewegte Geschichte im Exil zurück. Emigrierte Sozialisten und Kommunisten gründeten in Prag, Paris und mehreren britischen Städten kleine Gruppen unter diesem Namen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg und noch vor der Vereinigung von SPD und KPD zur SED wurde sie in der sowjetischen Besatzungszone ins Leben gerufen. Die offizielle Genehmigung dazu erteilte die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) am 6. März 1946. Ihr erster Vorsitzender war Erich Honecker. Der Verband setzte die revolutionären Traditionen der deutschen Jugendbewegung, insbesondere die der Arbeiterjugend, fort. Sie war die sozialistische Massenorganisation der Jugend der DDR und vereinte in ihren Reihen auf freiwilliger Grundlage junge Menschen ab 14 Jahren, die das Statut anerkannten und in einer Grundorganisation mitarbeiteten. Die FDJ förderte die Teilnahme der Jugend am sozialistischen Wettbewerb und den Zusammenschluß zu sozialistischen Kollektiven. Die Jugend der DDR vollbrachte hervorragende Leistungen, z.B. beim Aufbau der Jugendobjekte Eisenhüttenkombinat Ost, dem Flughafen Berlin-Schönefeld, bei der Umgestaltung der Wische im Bezirk Magdeburg und vielen anderen Projekten. In den bewaffneten Organen, Schulen und Hochschulen hatte die FDJ einen festen Platz. In Aufgeboten und Wettbewerben, in Arbeitsgemeinschaften und in Zirkeln junger Sozialisten

förderte die FDJ den Forschungsdrang, die Aneignung der Grundlagen der sozialistischen Weltanschauung, das sportliche und kulturvolle Leben. FDJ-Mitglieder waren auch als Abgeordnete in den Volksvertretungen aktiv. Die Freie Deutsche Jugend stellte sich die Aufgabe, ihre Mitglieder zu klassenbewußten Sozialisten zu erziehen, die mithalfen, die sozialistische Gesellschaft der DDR zu gestalten,



Bezirksjugendschule Halle, 1950

ihr Vaterland gegen alle Angriffe zu schützen und im Geiste des proletarischen Internationalismus zu wirken.

Das höchste Organ der FDJ war das Parlament. Die FDJ leitete die Pionierorganisation Ernst Thälmann. Sie gehörte als ordentliches Mitglied dem Weltbund der demokratischen Jugend (WBDJ) und dem Internationalen Studentenbund (ISB) an. Der Zentralrat der FDJ gab die Tageszeitung „Junge Welt“ und weitere Zeitungen und Zeitschriften heraus. Wilhelm

Pieck gab der FDJ auf den Weg: „Es ist an der Zeit, daß unsere Jugend nicht mehr Legenden und Mythos als Geschichtsbild vorgesetzt bekommt, sondern die historischen Tatsachen. Es ist an der Zeit, daß die Jugend des werktätigen Volkes den Kampf ihrer Väter und Großväter, den Kampf ihrer Ahnen um Freiheit und soziale Gerechtigkeit erkennen lernt und Lehren für die Zukunft daraus zieht.“ Das ist eine Forderung, die nichts an Aktualität verloren hat. Im Jahr 1989 gehörten der FDJ rund 2,3 Millionen Mitglieder im Alter von 13 Jahren bis etwa Mitte 20 an. Auch heute gibt es die FDJ noch, zu der sich mehrere tausend Mitglieder bekennen. Auf der diesjährigen Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 10. Januar in Berlin wurden sie wegen des Tragens von FDJ-Fahnen und FDJ-Hemden von der Polizei stark attackiert.

Die FDJ auf dem Gebiet der DDR ist jedoch durch das Gesetz zum Einigungsvertrag – Art. 231 EGBGB, Paragraph 2 – geschützt und legal. Danach war es nicht ungesetzlich, nach dem Anschluß der DDR an die BRD auch auf dem Gebiet der Bundesrepublik zu agieren. Haben nun die FDJler, die am 10. Januar ihre Fahnen und Blauhemden trugen, gegen Paragraph 86a StGB verstoßen? Nein, sie haben die Kennzeichen der FDJ der DDR verwendet. Im „RotFuchs“, Februar 2021, schreibt Dr. jur. Wilhelm Rettler: „Das Vorgehen der Berliner Polizei war rechtswidrig. Im Zusammenhang mit dem Demonstrationzweck, der Ehrung der von den Schergen der Großbourgeoisie ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, kommt ihm eine Symbolwirkung zu, die nicht schlimmer sein könnte.“

Heinz Pocher

BUCHTIPPS



Aus der Bibliographie „FIR-Gedenkstätten zu antifaschistischem Widerstand und Verfolgung“ (s. RF 288, S. 27) vorgestellt:

Sowjetischer Ehrenfriedhof und FIR Gedenkort in Burg (Sachsen-Anhalt)

Der Ehrenfriedhof wurde bereits in den 70er Jahren für 369 sowjetische Bürger auf dem damaligen Westfriedhof Burgs angelegt, die als Soldaten während der Kämpfe im Frühjahr 1945 in der Region fielen oder als Zwangsarbeiter bzw. Kriegsgefangene verstarben. Auch sowjetische Bürger, die nach 1945 verstarben, sind hier beigesetzt. Auf dem Friedhof befindet sich ein in Form einer Mauer angelegtes Ehrenmal, an dem auf Tafeln die Namen der Toten in kyrillischer Schrift mit ihren Lebensdaten vermerkt sind. Auf der den Ehrenfriedhof begrenzenden Mauer findet sich zwischen den Symbolen Hammer und Sichel und dem FIR-Symbol eine Inschrift:

Ehrendes Gedenken den sowjetischen Helden

Optisch prägend für diese Gedenkstätte und gleichermaßen als Symbol für den Sieg befindet sich an zentraler Stelle ein sowjetischer Panzer.

Im Zuge der Vorbereitung der Landesgartenschau Burg (bei Magdeburg) 2018 wurde die Anlage gemeinsam mit dem deutschen Soldatenfriedhof für 300 000 Euro saniert und in das Gartenschaugelände einbezogen. Dabei sind auch neue historische Kenntnisse berücksichtigt worden und die Zahl der Personen erhöht, für die Gedenktafeln angebracht wurden. So wird nun namentlich 539 sowjetischer Verstorbener sowie 13 unbekannter Sowjetbürger gedacht. An der Wiedereinweihung nach der Sanierung nahmen Vertreter örtlicher und überregionaler politischer Gremien, einschließlich des Vertreters der russischen Botschaft Alexandr Gribovskii, teil. Natürlich waren auch zahlreiche Antifaschisten aus Burg anwesend, die alljährlich zum 8./9. Mai an dieser Stelle gedenken.

Ulrich Schneider

Richtigstellung einer Bildunterschrift

Der im Januar-RF, S. 27, abgebildete Gedenkstein steht nicht in Burg (Sachsen-Anhalt), sondern in Berga (Thüringen). Wir bitten um Entschuldigung.

Generaloberst Werner Großmann, geboren am 9. März 1929, war seit Mitte der 70er Jahre einer der Stellvertreter des Chefs der HV A. 1986 wurde er in der Nachfolge von Markus Wolf Chef des Auslandsnachrichtendienstes, dem er seit dessen Gründung 1952 angehörte. Werner Großmann war zugleich auch Stellvertretender Minister für Staatssicherheit der DDR.

Er starb am 28. Januar 2022 in Berlin.

Edition ost; 1. Edition (23. März 2017) 256 S., eBook 12,99 €, ISBN-103-3-600188-0



Stefan Bollinger 1939 – Wie der Krieg gemacht wurde ... und Deutschland die Welt in den Abgrund stürzen durfte

Erster September 1939 – mit dem deutschen Überfall auf Polen beginnt der Zweite Weltkrieg. War er zu vermeiden? Oft wird der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt als entscheidend gewertet. Vergessen wird das Dilemma, in das die Sowjetunion durch die ihre Sicherheitsinteressen negierende englische und französische Politik gebracht wurde. Vergessen wird auch, daß es genug Gelegenheiten gegeben hatte, dem Treiben der braunen

Machthaber Einhalt zu gebieten: Bei ihrer forcierten Aufrüstung, ihrer militärischen Intervention in Spanien, beim Anschluß Österreichs, in der Sudetenkrise.

Der Blick auf die Kriegspolitik Deutschlands ist auch ein Blick über Hitler und seinen Machtklüngel hinaus. Namhafte Konzerne standen bereit, die erwartete Kriegsbeute zu übernehmen. Und daß die erdrückende Mehrzahl der Deutschen ihrem Führer auf diesem Weg folgte, wurde ihr zum Verhängnis.

Stefan Bollinger, Dr. sc. phil, *1954, arbeitet als freier Publizist und in der Erwachsenenbildung. Veröffentlichungen zur deutschen und osteuropäischen Geschichte.

Neue Kleine Bibliothek 264, Paperback, etwa 180 Seiten, erscheint im März 2022, ISBN 978-3-89438-693-1



Florence Hervé Mit Mut und List. Europäische Frauen im Widerstand gegen Faschismus und Krieg

Im Mai 2020 jährte sich zum 75. Mal die Befreiung von der Terrorherrschaft des deutschen Faschismus. An diesem Kampf nahmen Menschen in ganz Europa teil, unter ihnen zahlreiche Frauen. Oftmals unter Lebensgefahr kämpften sie für Freiheit, Menschenrechte, für internationale Solidarität und ein friedliches Zusammenleben der Völker.

In der von Florence Hervé herausgegebenen Anthologie werden 75 Frauen aus mehr als zwanzig Ländern vorgestellt. Ein breites Team von Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen aus ganz Europa hat dazu beigetragen. Sie vervollständigen das historische Bild vom antifaschistischen Widerstand um die Frauenperspektive und machen zugleich Mut für den Einsatz gegen Neofaschismus, Rechtspopulismus, Fremdenhaß, Sexismus und Krieg.

PapyRossa Verlag Köln 2020, 294 Seiten, 17,90 €, ISBN 978-3-89438-724-2



RTDE veröffentlichte einen bemerkenswerten Artikel mit Aussagen zu möglichen Szenarien nach dem Putin-Biden-Gipfel im Januar. Laut FAZ wollen USA und NATO so weitermachen wie bisher: „Wir tun so, als ob wir es ernstmeinen, aber hinter dem Rücken schaffen wir Tatsachen, die das Kräfteverhältnis verändern.“ So hat sich dieses Kriegsbündnis über sein eigenes Versprechen, die NATO um keinen Inch (2,54 cm) nach Osten zu verschieben, einfach hinweggesetzt und die NATO in fünf Etappen nach Osten erweitert. Jetzt soll die Schlinge um Rußland mit der Aufnahme der Ukraine und von Georgien noch enger gezogen werden. Um den Bürgern im Westen das zu verkaufen, wird Rußland wegen der durch die aggressive Ausdehnungspolitik des Westens hervorgerufene Verstärkung der Truppen an seiner Westgrenze, ein Angriffswille auf die Ukraine unterstellt. Die Bedrohung kommt aber nicht aus Rußland, sondern von den Antiraketen- und Mittelstreckenraketen-Basen der USA in Rumänien und Polen, die die Anflugzeiten der Raketen, z.B. auf Moskau, auf wenige Minuten verkürzen. Gegen diese aggressive Politik des Westens stellt Rußland nun berechnete Forderungen an die USA, um seine Sicherheitsbedürfnisse aufzuzeigen und durchzusetzen. Die Zeit dafür ist günstig, denn der Westen hat in Afghanistan nicht einmal eine Motorradarmee besiegen können. Die Russen wollen kein ewig langes diplomatisches Geplänkel mehr, sondern ernsthafte Verhandlungen, deren Ziel klare schriftliche Zusicherungen sind.

Warum sollten die USA gerade jetzt auf die russischen Forderungen eingehen? Putin hatte Biden kurz vor dem Gipfel klargemacht, daß die russische Marine 2022 Hyperschallraketen einführt, womit die USA den gleichen Anflugzeiten wie Rußland ausgesetzt werden kann. Die bisher ausschließlich defensive Strategie Rußlands ist um eine offensive Komponente erweitert worden. Die mögliche adäquate Bedrohung des Territoriums der USA bewirkte bei Biden ein Nachdenken und könnte zu Verhandlungen über die Begrenzung von US-Mittelstreckenraketen in Europa, über die Nichtstationierung von Angriffswaffen in der Ukraine und über Abrüstungsvereinbarungen führen.

Die Weltlage hat sich verändert und zwar nicht nur durch überlegene russische Waffen, sondern auch durch Rußlands kluge Bündnispolitik mit China, Indien, Iran, Kuba und Venezuela u. a. Dem sollte der Westen Rechnung tragen und Rußlands Interessen ernstnehmen.

Oberst a. D. Gerhard Giese, Strausberg

Ginge es nach dem Willen der BRD-Außenministerin, wären bundesdeutsche Waffen zumindest schon seit Herbst 2021 in der Verfügungsgewalt der ukrainischen Soldateska und gewiß auch schon in Stellung gegen Rußland gebracht. Aber noch hat der neue Bundeskanzler „Bauchschmerzen“, die direkte Aggressionshilfe gegen Rußland könnte die deutsche Schuld an zwei Weltkriegen und seinen Opfern weltweit in Erinnerung rufen. Möge sein „Bauchweh“ zunehmen und seinem Kopf signalisieren, der historischen Vernunft zu folgen, entstanden aus dem Wahnsinn eines Napoleon, eines deutschen Kaisers Wilhelm II. und dem Faschisten Adolf Hitler: Die Vernunft gebietet, mit Rußland in Frieden zu leben. Es ist die einzige Alternative für den Frieden der Menschheit überhaupt.

Rußland besitzt keine aggressiven Wurzeln, keinen Expansionsdrang. Dieses Land braucht im Innern und um sich herum Ruhe und Frieden, um sich selbst zu erhalten und zu entwickeln. USA und NATO ignorieren diese historischen Tatsachen und lügen, was das Zeug hält, indem sie Rußland als Aggressor gegen die Ukraine und als Gefährder des Weltfriedens verleumdend, sich selbst aber als „Friedensengel“ maskieren. Sie rücken unter dieser falschen Flagge dem „russischen Bären“ immer mehr auf den Pelz, um ihn zu jagen und zu erlegen. Daß dieser nun seine Muskeln stärkt und seine Tatzen gegen die NATO-Hyänen trainiert und seine „Revieregrenze“ markiert, dürfte wohl aus rein menschlicher Einsicht logisch und verständlich sein.

Manfred Wild, Berlin

An nur einem Tag, dem 20. Januar, waren im Internet folgende Meldungen zu lesen:

Süddeutsche Zeitung: „Britten warnen vor zehntausenden Toten in der Ukraine“

Die Welt: „Kalter Krieg 2.0, Putins Pokerspiel mit einer neuen Kubakrise“

Spiegel: „NATO-Generalsekretär Stoltenberg über Kriegsgefahr in Europa. Rußland ist der Aggressor“

Nicht vergessen werden darf bei dieser Aufzählung Focus, Die Zeit, FAZ, die seit Monaten ihre kremlastrologischen „Erkenntnisse“ den Lesern als Wahrheit verkaufen. Eine besondere Rolle kommt dabei der ARD und dem ZDF mit den angehängten Regionalsendern zu. Was soll man von einer Talkshow mit Anne Will halten, die hunderttausende US-Dollar von der Bill-Gates-Stiftung erhält. Warum und wofür? Oder: Am 21. Januar schreibt ein Michael Thumann in „Die Zeit Online“, daß das Versprechen, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, ein Mythos sei. Verschwiegen wird, daß die NATO-Osterweiterung der Grund für die derzeitige Eskalation ist, nicht umgekehrt. Unisono wird für alles der „Russe“ verantwortlich gemacht, der „Russe“, der wieder mal in Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und ganz besonders in Regierungsberlin quasi vor der Haustür steht, obwohl er 1993/94 freiwillig abgezogen ist.

Der frühere CIA-Direktor William Casey formulierte einmal: „Wir werden wissen, daß unser Desinformationsprogramm abgeschlossen ist, wenn alles, was die amerikanische Öffentlichkeit glaubt, falsch ist.“

Die schlechteste Mischung in der Politik sind eigene eingeredete Unfehlbarkeit, Arroganz, Ignoranz, Unwissenheit, gepaart mit einem

gewissen Maß an Dummheit. Intelligenz, und sollte sie noch so grandios sein, hat nicht unbedingt etwas mit Sachverstand zu tun. Und dieser fehlt seit Jahrzehnten in der transatlantischen und deutschen Politik- und Medienlandschaft.

Reiner Neubert, Berlin

Vom 18. bis 20. Februar fand die NATO-Sicherheitskonferenz in München unter Leitung des Ex-Botschafters und Sicherheitsberaters der ehemaligen Bundeskanzlerin Merkel, Christoph Heusgen, statt. Schon im Vorfeld der Tagung fügte er sich rechtzeitig in die Reihen der Eskalationsschürer gegen Rußland ein. So leistete er also seinen Beitrag, daß die Beschlüsse der Konferenz auf Zuspitzung der Konfrontation gerichtet sind: Sicherheit für das NATO-Bündnis, Ablehnung der Sicherheitsbedürfnisse der umzingelten Russischen Föderation. Ein nicht zu übertreffender Zynismus, nicht die Spur eines guten Willens, im Gegenteil, es werden verstärkt Waffen ins Krisengebiet geliefert und die Kriegsangst in den NATO-Ländern intensiviert. Das ist bewußte ideologische Diversion, um die Bevölkerung auf einen Krieg in Europa einzustimmen. Täglich werden Bilder in der Presse und im Internet veröffentlicht, die Panzer, Kanonen und anderes Kriegsgerät im Detail zeigen. Offensichtlich mit dem Ziel zu suggerieren, daß diese Waffen höchste Qualität besitzen und unbesiegbar sind, natürlich nur, wenn NATO-Soldaten die Geräte bedienen. Soldaten mit modernen Handfeuerwaffen, die aus Laufgräben in Richtung Osten feuern, runden die in Szene gesetzten Aufnahmen ab. Diese Strategie ist eindeutig dazu gedacht, den Menschen den Krieg schmackhaft zu machen. 75 Millionen Tote des letzten großen Krieges, Millionen Krüppel und unbeschreibliches Elend sind offensichtlich vergessen. Unbegreiflich ist, daß in dieser Situation kein spürbarer Protest von den Linken wahrzunehmen ist.

Gerhard Perlick Bützow

Die Welt, scheint es, steht vor einem neuen Krieg. Vorgeschoben als „Stellvertreter“ die Ukraine mit massiver allseitiger Unterstützung des Westens. Vorbei der zeitweilige Schulterschuß der USA mit dem wiedererstarteten Rußland im Antiterrorkrieg. Die ungezügelter Ostexpansion der westlichen Allianz mußte irgendwann auf den Widerstand Rußlands stoßen, denn nichts ist nachvollziehbarer als die Sorge um die eigene Sicherheit. Die USA nehmen dieses Recht für sich in Anspruch, aber Rußland soll es nicht tun dürfen?

Nun soll die Krim für die angebliche Aggressivität der Russen herhalten. Dabei fiel dort kein Schuß und ca. 95 % der Bevölkerung stimmten für den Anschluß an Rußland. Der große Mangel: Die Wahlen wurden ohne westliche Gegenpropaganda und Einflußnahme durchgeführt und können – Selbstbestimmungsrecht der Völker hin oder her – deshalb nicht anerkannt werden. Mit der NATO-Osterweiterung, der Stationierung von Raketen systemen etc. in Osteuropa, der drohenden Auflösung des Stationierungsvertrages der Schwarzmeerflotte in Odessa und faktischer Ausdehnung der NATO mußte Rußland handeln. Man sollte also nicht Ursache und Wirkung verwechseln.

Klaus-Peter Namokel, E-Mail

Es ist kaum noch auszuhalten, wie uns tagtäglich eingepreßelt wird, daß wir uns nun endlich vom „Russen“ bedroht fühlen müssen. Unsere Regierungsvertreter mit ihrer erfahrenen Außenministerin an der Spitze tönen nun ständig von der Notwendigkeit, Rußland von der Position der Stärke zu begegnen.

Das hat Deutschland schon zweimal versucht und es endet stets mit einem großen Fiasko. Haben wir etwa mit unser Außenministerin den Bock zum Gärtner gemacht? Man muß kein Militärexperte sein, um zu erkennen, wer wirklich mit seinen Drohgebärden den Weltfrieden in eine gefährliche Schiefelage bringt. Allein die bewußt falsche Darstellung der Mächtigkeit der USA und der NATO gegenüber Rußland ist in ihrem Zynismus kaum zu übertreffen und kann durchaus als Kriegstreiberei empfunden werden. Hat etwa der Spruch, „mehr Verantwortung zu übernehmen“ eine Bedeutung, die wir uns noch gar nicht vorstellen können?

Jürgen Barz, Wismar

Wer gegen Rußland hetzt, Tatsachen verdreht, Lügen verbreitet oder Fakten bewußt oder aus Unkenntnis falsch wertet, will keinen Dialog. Will keinen Frieden. Will keine Völkerverständigung. Will keine Abrüstung. Er ist Teil der Kriegspsychose und damit Teil der Kriegsvorbereitung! Rußland macht nichts anderes als jeder andere Staat der Welt auch: Es schützt seine nationalen Interessen. Im Gegensatz zu den USA und anderen NATO-Staaten tut es dies aber nicht mit Krieg in allen Teilen der Welt.

Bernd Gnant, Kühlungsborn

Die Russen wollen keinen Krieg. Sie verloren im 2. Weltkrieg mehr als 27 Millionen Menschen, brachten die größten Opfer im Kampf gegen den deutschen Faschismus, befreiten Polen, Balten, Ukrainer, Slowaken, Tschechen, Bulgaren, Rumänen, Jugoslawen, Ungarn, Österreicher, Dänen, nicht zuletzt auch die Deutschen. Sie zogen vor 28 Jahren friedlich nach Hause – im Gegensatz zur U.S. Army, die noch heute in Deutschland auf Atombomben, einer Drohnenmordzentrale (Ramstein) und zig Militärstützpunkten in Europa fest sitzt.

Es stehen keine russischen Militärs in Mexiko und Kanada an den Grenzen der USA. Umgekehrt provozieren USA und NATO mit Militärmanövern an den Grenzen Rußlands, im Baltikum, in Polen, Rumänien, im Schwarzen Meer und in der Ostsee.

Die Russen wurden fertig mit Aggressoren aus der Mongolei, aus Polen, mit Napoleon und Hitler. Sie werden gewiß auch fertig mit der aggressiven USA-NATO-Politik.

Diese Erkenntnis dämmert allmählich auch Generälen der deutschen Bundeswehr.

Horst Jäkel, Potsdam

Einfach Klasse – die Zeilen von Lutz Jahoda und die Collage von Diagnostico in der Januar-Ausgabe des RF, die auf einen Blick deutlich machen, wohin die Reise mit der neuen Führungsriege gehen soll. Neben der Außenministerin, die den Kurs vorgeben will, tut sich auch die Verteidigungs- besser: Kriegsministerin hervor, Deutschlands Ambitionen gegen Rußland und China unmißverständlich zu vertreten.

Es kriecht wieder aus dem politischen Morast längst vergangener Zeiten der braune Moder-

geruch. Eine Kapitulation, wie 1945 vor der Roten Armee, soll sich offenbar nicht wiederholen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Deutsche Leitmedien übertreffen sich im Bestreben, bei der Verbreitung verordneter Verdummungspolitik an vorderster Front zu stehen, was man nur noch mit Satire quittieren kann:

Ich mache mir ernsthaftige Sorgen um Krieg und Frieden. Es brennt überall in Europa und anderswo. Die USA-, die BRD-, die Europa-, die NATO- und die sonstigen atlantischen Friedenstruppen werden bei ihren Manövern in der Ukraine von der russischen Armee provokatorisch eingekreist. Norwegen übt bereits den Bündnisfall – glücklicherweise nicht mit Rußland. Unsere militärischen Amazonen von der Leyen, AK-Karrenbauer, Christine Lamprecht und nun auch Annalena Baerbock, allesamt Verfechter der um die CDU verstärkten trauten Koalition von FDP, SPD und Grünen – da darf auch Die Linke nicht mehr lange abseits stehen –, sorgen sich um den Frieden in Europa durch die Bedrohung aus dem Fernen Osten. So müssen sie, ihrer moralischen Not gehorchend, endlich die Bundeswehr und unser Land für den Ernstfall tauglich machen, zur Übernahme weltweiter Verantwortung aufrüsten und unsere Soldaten und verängstigten Bürger indoktrinieren.

Ich beneide sie nicht um ihre Aufgabe, in der sie früher oder später ellenlange Nasen und kurze Beine bekommen werden. Ein Vorschlag an Wladimir Putin zur Lösung der Probleme: Ziehen Sie einfach Ihre Truppen aus Rußland ab! Dann ist jede Gefahr für den Frieden in Europa und der Welt gebannt, zumindest, bis unsere Annalena feststellt, daß die chinesischen Truppen zu nahe an China und der deutschen Europagrenze stehen. **Wolfgang Klages, Berlin**

Zu Oberst a. D. Gerhard Giese: NATO-Aktivitäten gegen Rußland in finaler Phase“, RF 288, S. 6

In der Tat sind die NATO-Staaten seit Jahren damit befaßt, Europa zu ihrem Aufmarschgebiet zu machen. Warum? Der Autor erinnert daran: „Die ukrainische Armee (UkrA) wurde in den letzten drei Jahren mit westlichen Krediten, Waffenlieferungen sowie Ausbildern aus dem Westen auf eine Stärke von 250 000 Mann gebracht (mit annäherndem NATO-Standard), von denen man im April 2021 ca. 95 000 Mann an den von der Ukraine eingerichteten Fronten Donbass und Krim in Stellung gebracht hat. Dafür hat die Ukraine 40 % ihres Budgets aufgewendet. NATO-Übungen im Schwarzen Meer, an der Trennlinie zum Donbass und an der Grenze zur Krim, würden zeigen, daß die USA, NATO und Ukraine von der Methode der neuro-linguistischen Programmierung – mit militärischen Drohungen und Sanktionen – zum Erproben der Gewaltkomponente übergegangen sind.“

Die damit verbundene Vorbereitung der Ukraine auf eine gewaltsame Konfliktlösung zur Rückeroberung der „abtrünnigen Republiken“ (Donezk und Lugansk) wurde durch die NATO-Staaten mit Waffenlieferungen unterstützt. Dabei plant die Ukraine den Einsatz aller ihr zur Verfügung stehenden Waffen und negiert internationale Vereinbarungen. Auf Opfer unter der Zivilbevölkerung wird keine Rücksicht genommen. Die Forderung der friedliebenden Menschen in Europa ist eindeutig: Schluß mit der seit Jahrzehnten beschleunigten Osterweiterung

der NATO unter Führung der USA und der europäischen Westmächte einschließlich Deutschlands in Richtung Rußland!

Dr. Dieter Rostowski, Kamenz

Der inzwischen zurückgetretene Marinechef Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach hatte erklärt, die Vorstellung, Rußland wolle die Ukraine überfallen, sei „Nonsens“, und der gesunde Menschenverstand gebiete anzuerkennen, daß die Krim für Kiew auf Dauer verloren sei.

Nach dieser Äußerung brach ein Sturm der Entrüstung in Berlin und Kiew los. Der Kiewer Botschafter reklamierte, die Ukrainer fühlten sich bei „dieser herablassenden Attitüde unbewußt auch an die Schrecken der Nazibesatzung erinnert, als die Ukrainer als Untermenschen behandelt“ worden seien.

Solche Worte ausgerechnet von einem Vertreter des Landes, in dem der Nazi-Kollaborateur und Massenmörder Stepan Bandera als Nationalheld verehrt wird und die ukrainische Regierung nicht nur nichts gegen das Faschistenproblem des Landes tut, sondern führende Nazis auch in gehobene Positionen in Staat und Militär einsetzt, entlarvt dessen geistige Haltung.

Seit das Abkommen von Minsk (Minsk II) 2015 geschlossen wurde, hat Kiew nichts, aber auch gar nichts zu dessen Umsetzung getan. Im Gegenteil, sie haben immer wieder den Waffenstillstand mit den Oblasten Donezk und Lugansk der Ukraine gebrochen. Derzeit fahren sie schweres militärisches Gerät gegen die „Abtrünnigen“ auf.

Wer provoziert, wer zündelt, wer will den Krieg? Kriege werden propagandistisch und mit Lügen vorbereitet. **Manfred Kriegeskorte, Wiehl**

Den Dezember-RF habe ich mit großem Interesse gelesen. Es waren sehr aufschlußreiche, beeindruckende Beiträge enthalten. Die schwierige, gefährliche und beängstigende Weltpolitik wurde beleuchtet. Dazu die Ampelkoalition, die meint, sie könne nun richtig Politik nach ihrem Stil machen. Vor allem die Außenministerin glaubt nun, uns zeigen zu müssen, wie man mit Großmächten umgeht. Ihre Ambitionen will sie mit der Brechstange durchsetzen. Die Gefahr eines neuen Krieges nimmt sie dabei offensichtlich billigend in Kauf. USA und NATO sind „Dauergäste“ in der Ukraine und trotzdem ist Putin der Böse. Ein friedliches und vertrauensvolles Miteinander kennt sie nicht. Wir aus der DDR haben ein anderes Verhältnis gerade zu Rußland, das es gilt zu bewahren. USA und NATO sind die eigentlichen Kriegstreiber. Sie riskieren mit ihrer Politik einen neuen Weltenbrand.

Besonders erfreut war ich, einen Brief von Dr. Dr. Ernst Albrecht zu lesen. Ich kenne ihn persönlich, seine politische Haltung und Einstellung. Ich war damals (1970) erst drei Jahre in der SED, habe viel und Interessantes über politische Zusammenhänge erfahren. Danke. Ich bin stolz, in der DDR in Sicherheit, Geborgenheit, Frieden gelebt zu haben. Das gilt es immer deutlich zu machen.

Sieglinde Ernst, Strasburg (Uckermark)

Die Berichterstattung über die Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele habe ich ausgeschaltet. Da ging es nicht um den vom Präsidenten des Internationalen Olympischen Komitees Thomas Bach herausgestellten olympischen Gedanken,

sondern vor allem darum herauszustellen, wie schlimm es um die Menschenrechte in China bestellt sei.

Über Wettkämpfe wird zwar sachlich berichtet, aber im Sportstudio dann geht es gleich los – mit Menschenrechten in China. Man kann es nicht mehr hören.

Die Volksrepublik China hat annähernd die gleiche Größe wie Europa und doppelt so viele Einwohner. In diesem Riesenland gibt es sicherlich Zustände, die uns nicht gefallen, aber wie sieht es denn mit den Menschenrechten in Deutschland und in Europa aus?

Ich denke an tausende Lehrer, Hochschullehrer, Polizisten, NVA-Angehörige, Richter, Mitarbeiter des MfS und viele andere, die aus ihren Tätigkeiten entlassen wurden. Die Suizide nach 1989 wurden nie gezählt, obwohl sonst alles statistisch erfaßt wird. Das Volk der DDR wurde enteignet, das Volkseigentum verscherbelt. Die Renten der DDR-Bürger sind bis heute nicht angeglichen, aber Nazis bekommen bis heute hohe Bezüge. Mein Vater war Mitglied der NSDAP und wurde nach dem Krieg in der Sowjetischen Besatzungszone als Lehrer entlassen. Aber nach 1953 bot man ihm wieder Arbeit im Beruf an. Im heutigen Deutschland gibt es noch nach 30 Jahren Einverleibung in die BRD bei jeder Wahl Hetzjagden auf ehemalige inoffizielle Mitarbeiter des MfS. Nach der Übernahme der DDR durch die BRD vermied man es, eine neue Verfassung durch Volksabstimmung zu auf den Weg zu bringen. Uns wurde einfach das Grundgesetz übergestülpt.

Helmut Kohlmann, Hagenow

Terroristische Organisationen bedienen sich des Glaubens, um den eigenen Einfluß in bestimmten Regionen zu sichern. Das erlebten wir jüngst in Kasachstan. Dort versuchen islamistische Terroristen, die sozial-ökonomischen Probleme im Land auszunutzen, die Verfassungsordnung zu beschädigen, institutionelle Einrichtungen zu zerstören und die Macht zu ergreifen.

Auch wenn staatlicherseits Schritte eingeleitet sind, gesellschaftspolitische Forderungen der Protestierenden zu erfüllen, wird das kurzfristig kaum gelingen.

In Kasachstan gibt es viele Auswanderer aus benachbarten zentralasiatischen und arabischen Ländern, aus denen sich bewaffnete Kräfte rekrutieren. Sie nutzen gegenwärtig die tiefen Widersprüche zwischen den Klans in Kasachstan, um die Anhänger der Islamisierung zu unterstützen, was nach dem Abzug der USA und der NATO aus Afghanistan eine neue Dimension erfährt. Überraschend ist das alles nicht, weil nun in der gesamten Region versucht wird, dem Einfluß extremistischer Ideologien zum Durchbruch zu verhelfen.

Jürgen Köhler, Berlin

Immer wieder und erneut erschütternde Nachrichten und Bilder aus Afghanistan. Das Land steht am Rande des Zusammenbruchs und die Menschen sind die Leidtragenden. Und das nach 20 Jahren Besatzungsmacht der USA und ihrer Verbündeten, die Milliarden Dollar/Euro für Tod und Verwüstung ausgegeben haben. Da das menschliche und militärische Desaster absehbar war, zog man überstürzt und ohne Plan die Truppen ab, vernichtete internationale Hilfsstrukturen, sperrte Gelder sowie Konten für das Land und überließ die Afghanen ihrem Schicksal.

Jetzt wird tränenreich und heuchlerisch der Klingelbeutel herumgereicht, anstatt die zur Kasse zu bitten, die an diesem Krieg Milliarden verdienten. Es wäre nur zu gerecht, wenn die Staaten, die mit ihren Truppen an der Zerstörung Afghanistans beteiligt waren, für die Folgekosten einstehen würden. Es wäre auch nur gerecht, wenn die dafür verantwortlichen Politiker und Militärs vor das internationale Tribunal in Den Haag gestellt würden. **Raimon Brete, Chemnitz**

Das Buch „Unter mysteriösen Umständen. Die politischen Morde der Staatssicherheit“ von Freya Klier ist seit einiger Zeit auf dem Markt. Durchgängig wird fabuliert, behauptet, unterstellt, reichlich themenfremdes Füllmaterial eingemischt und auch bereits seit vielen Jahren juristisch festgestellte Wahrheit einfach weggelassen. So ist z. B. bei der Darstellung im Fall Gartenschläger die böse Absicht unverkennbar. Es wird verschwiegen, dass Gartenschläger in der Nacht zum 1. Mai 1976 mit Komplizen bewaffnet in das Staatsgebiet der DDR eingedrungen war, als erster auf unsere Grenzposten geschossen hatte, die den Angriff erwiderten und zurückgeschossen, wodurch Gartenschläger zu Tode kam. Das Landgericht Schwerin sprach 2003 die DDR-Grenzer frei, und auch der Bundesgerichtshof bestätigte diesen Freispruch. So einfach soll es sein, juristisch festgestellte Wahrheit zu verschweigen? Ist es aber nicht! Als Morduntersucher mit 28jähriger Berufserfahrung, davon 22 Jahre im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit, kann ich dem Buch nur einen Grundsatz der seriösen Morduntersuchung anfügen: „Der Froschtod kann ein Lustmord sein, man muß es nur beweisen können.“

Mehr habe ich zu diesem Buch nicht zu sagen.

Oberstleutnant a. D. Hans Becker, Rüdnitz

Als langjähriger Leser und Förderer des „RotFuchs“ möchte ich mich für die intensive Arbeit des RF-Kollektivs bedanken und Ihnen Kraft für weiteres erfolgreiches Wirken wünschen. Die Zeitschrift bleibt für mich und drei Mitleser eine unersetzliche Quelle zur Einschätzung unserer neueren Geschichte und aktueller Ereignisse.

Dr.-Ing. Klaus Neumann, Berlin

Vielen Dank für die Zusendung einer neuen Ausgabe des „Rotfuchs“. Ich habe wieder sofort alles stehen und liegen lassen und jeden Artikel gelesen. Für mich hervorragend sind die Beiträge aus der Reihe „Wissenschaftliche Weltanschauung“ zu Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Begeistert hat mich ebenso die Ausarbeitung von Prof. Ekkehard Lieberam „Demokratie als eigenständige Frage marxistischer Programmatik“, die ebenfalls im Februarheft erschien. Ich habe ihn zweimal, an manchen Stellen auch dreimal gelesen. Immer wieder erfreut bin ich auch über die Didaktik Ihrer Autoren; das ist sehr hohes Niveau.

Hendrik Franz, Saarbrücken

Euch ist natürlich längst bekannt, daß der Thüringer Chef der AfD Björn Höcke als gerichtlich festgestellter Faschist bezeichnet werden kann. Dazu hat u.a. beigetragen, daß eine Gruppe von Kultur-Aktivisten ihm vor sein Eigenheim im thüringischen Bornhagen eine Nachbildung des Holocaust-Mahnmals in Berlin errichtet

hat – sehr zu seiner „Freude“. Diese Gruppe mit dem Namen „Zentrum für politische Schönheit“ hat bereits mit mehreren Aktionen auf die Nazi-Umtriebe in unserem Land aufmerksam gemacht. Sie haben z.B. auch die Namen von jüdischen Widerstandskämpfern aus dem Warschauer Ghetto erforscht und bekannt gemacht. Das hat mich besonders gefreut, weil ich als Kurator eines jüdischen Gedenkortes in Apolda mich ebenso um die vergessenen Namen der Verfolgten und Opfer des Naziregimes kümmere. Dafür hat mir kurz vor Weihnachten das „Zentrum für politische Schönheit“ eine Auszeichnung mit der „Frieda-Belinfante-Medaille“ überreicht. Die niederländische Frieda Belinfante hatte für den Schutz von bedrohten Juden im Herbst 1942 einen Brandanschlag auf das Einwohnermeldeamt von Amsterdam geplant. Dadurch wurden Tausende Personalunterlagen vernichtet, die den Nazibehörden zur Judendeportation genutzt hätten. Ich habe mich sehr über diese Auszeichnung gefreut. **Peter Franz, Weimar**

2022 kündigte sich auf der Ausgabenseite für den überwiegenden Teil der Menschen mit schmerzhaften Teuerungen an: Energie, Kraftstoffe, Mieten, Wohnnebenkosten, Preissteigerungen in allen Lebensbereichen etc. Ihre Einnahmen hingegen bleiben bei Minirenten, Minijob, Minilohn stecken. Der Mindestlohn wurde um 22 Cent angehoben. Davon kann ich mir nicht mal eine Zeitung kaufen, um mich über diese „soziale Errungenschaft“ zu informieren. Kann sich jemand vorstellen, was passieren würde, wenn verkündet würde, daß die Diäten der Abgeordneten um 22 Cent erhöht werden? Vielleicht wäre das aber ein wirksames Mittel, das überdimensionierte Parlament auf eine realistische Größe schrumpfen zu lassen.

Ich wünsche der Regierung Erfolg bei der Realisierung ihrer Absicht, Verteilungsungerechtigkeit zu bekämpfen. Vielleicht läßt sich dann ja auch der Wunsch des neuen Bundeskanzlers verwirklichen: „Jede und jeder muß von den Früchten der eigenen Arbeit auch im Alter ordentlich leben können.“

Jürgen Barz, Wismar

Der ehemalige BM Rexrodt stellte 2004 lakonisch fest „Wirtschaft findet in der Wirtschaft statt“. Die Folgen der jetzigen Entscheidung über ein Gesetz zur Erhöhung des Mindestlohns sind für die Politik nicht zu übersehen, da die „freie Wirtschaft“ sie umgehend mittels steigender Preise an die Verbraucher weitergibt. Nahezu unmöglich erscheint auch die Kontrollierbarkeit zahlloser Ausnahmen wie Zeit-, Leih-, Probe-, Praktikantenarbeit sowie vereinbarter Pauschalen für befristete Projekte und Minijobber u. v. m. Vollends zur Farce wird das Gesetz bei Lohnpraxen multinationaler Unternehmen u.a. mit Sitz in dubiosen Steueroasen, die sich um deutsche Gesetze wenig scheren. Dazu gibt es entmutigte Beschäftigte in labilen Arbeitsverträgen.

Für nicht unerhebliche Bevölkerungsanteile stärken solche „Wohltaten“ manch begründeten Zweifel an der Funktionalität der „sozialen Marktwirtschaft“ und mehrern begründete Zukunftsskepsis. Die Vermutung, daß auch populistische Motive das Handeln der neuen Regierung bestimmen, ist nicht von der Hand zu weisen. **Richard Jawurek, Markkleeberg**



Allen Leserinnen, Mitstreiterinnen in Redaktion, Vertrieb und Regionalgruppen übermitteln wir unseren herzlichen Gruß zum 8. März – dem internationalen Kampftag der Frauen.

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 von Klaus Steiniger gegründete **RotFuchs** ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e.V.
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin

Redaktion:

Dr. Arnold Schölzel (V.i.S.d.P.),
Bruni Steiniger

Anschrift:

Redaktion „RotFuchs“
Postfach 02 12 19, 10123 Berlin
Tel. 0160 -238 30 85
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de

Layout:

Rüdiger Serinek

Herstellung:

Druckerei Gottschalk

Internet:

www.rotfuchs.net

Redaktionsschluß für die übernächste Ausgabe ist der 28. eines Monats.

ISSN (Print) 2628-7900

ISSN (Online) 2628-7897

Autorenkreis:

Joachim Augustin
Dr. Matin Baraki
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Prof. Dr. Achim Dippe
Ralph Dobrawa
Dr. Peter Elz
Peter Franz
Bernd Gutte
Georges Hallermayer
Helmuth Hellge
Wolfgang Herrmann (Dreesch)
Dr. Ralf Hohmann
Lutz Jahoda
Rico Jalowietzki

Uli Jeschke

Dr. Hans-Jürgen Joseph

Dr. Kurt Laser

Prof. Dr. Anton Latzo

Bruno Mahlow

Dr. Holger Michael

Jobst-Heinrich Müller

Horst Neumann

Prof. Dr. Gerhard Oberkofler (Innsbruck)

Heinz Pocher

Hans Schoenefeldt

Peter Steiniger

Johann Weber

Prof. Dr. Zbigniew Wiktor (Wrocław)

Edda Winkel

Künstlerische Mitarbeit:

Siegfried Lachmann, Gertrud Zucker

Versand und Vertrieb:

Rainer Behr, Postfach 82 02 31,
12504 Berlin, Tel. 030 -983 898 30
vertrieb@rotfuchs.net

Aribert Schilling u. v. a. m.

Mitgliederfragen:

Wolfgang Dockhorn, Postfach 02 12 19,
10123 Berlin, Tel. 030-241 26 73
WDockhorn@t-online.de

Finanzen:

Jürgen Claußner
Postfach 52 02 23, 12592 Berlin
Tel. 030-427 27 66

Unsere Bankverbindung:

„RotFuchs“-Förderverein
IBAN: DE18 1005 0000 2143 0314 00
BIC: BELADEVXXXc

Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht mit denen der Redaktion übereinstimmen.